



SCHLESWIG-
HOLSTEIN

SPD

DIE POLITISCHE ARBEIT DER SPD SCHLESWIG-HOLSTEIN 2015-2017

BERICHT ZUM ORDENTLICHEN LANDESPARTEITAG
AM 27. JANUAR 2017 IN LÜBECK



Einfach schöner arbeiten!

- Ob** - Vorbereitung der nächsten Wahlen oder
- Beratung des bevorstehenden Haushaltes,
- ob** - Konstituierung der neu gewählten Fraktion oder
- Zukunftsworkshop des Ortsvereins:

Bei uns tagt Ihr entspannt und umsorgt!

Ob Ein- oder Mehrtagesveranstaltung,
wir richten Eure Tagung nach Euren Wünschen aus!

*Ruft uns an oder schreibt uns,
wir freuen uns auf Euch!*

Demokratie
braucht
Bildung!

Und beachtet auch unser Seminarprogramm im Internet!



Gustav-Heinemann-Bildungsstätte

Gesellschaft für Politik und Bildung Schleswig-Holstein e.V.

Bad Malente-Gremsmühlen

MEHR SPD WAGEN	4
BERICHTE DER BEISITZER/INNEN IM SPD-LANDESVORSTAND	7
GUTE FINANZEN - GUTE ORGANISATION - STARKE SPD	14
DIE ARBEIT DES LANDESPARTEIRATES	17
BERICHT DER REVISIONSKOMMISSION	18
AUF DEM WEG ZUM WAHLSIEG 2017	19
POLITISCHE BILDUNGSARBEIT 2015-2017	23
LANDESPARTEITAGE DER SPD SCHLESWIG-HOLSTEIN	25
ARBEITSGEMEINSCHAFTEN, FOREN UND ARBEITSKREISE	28
60PLUS	28
AFA	29
AFB	30
AG MIGRATION UND VIELFALT	31
AGS	32
ASF	33
ASG	34
ASJ	35
JUSOS	36
SPDqueer (ehemals Schwusos)	36
GESCHICHTSWERKSTATT	37
AK SPD, KIRCHEN UND RELIGIONSGEMEINSCHAFTEN	38
EUROPAFORUM	40
UMWELTFORUM	42
SGK	42
DIE ARBEIT DER SPD-LANDTAGSFRAKTION	44
DIE ARBEIT DER LANDESGRUPPE DER SPD-BUNDESTAGSABGEORDNETEN	49
EINZELBERICHTE DER NEUN BUNDESTAGSABGEORDNETEN	51
DIE ARBEIT IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT	61

HERAUSGEBER DES RECHENSCHAFTSBERICHTS 2013-2015:

SPD-Landesverband Schleswig-Holstein, Kleiner Kuhberg 28-30, 24103 Kiel

Verantwortlich: Christian Kröning, Redaktion und Gestaltung: Nina Thielscher

Texte (soweit nicht namentlich gekennzeichnet): Christian Kröning, Nina Thielscher

Fotos (soweit nicht namentlich gekennzeichnet): SPD Landesverband Schleswig-Holstein

MEHR SPD WAGEN!

*Politischer Bericht für die Jahre 2015-2017
des Landesvorsitzenden Ralf Stegner und
der stellvertretenden Landesvorsitzenden
Bettina Hagedorn und Christiane Küchen-
hof*

LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,

es ist weit mehr als eine Pflicht, die uns per Satzung auferlegt ist, dass der Landesvorstand, die Arbeitsgemeinschaften und Foren, die Landtagsfraktion sowie die Abgeordneten in Bund und Europa alle zwei Jahre ihre Rechenschaftsberichte abliefern. Vielmehr ist die vorliegende Broschüre Zeugnis einer lebendigen Nord-SPD. Mit unserem klaren Wertekompass bringen wir uns im ganzen Land und darüber hinaus in die Gestaltung der Lebensverhältnisse ein.

Die SPD Schleswig-Holstein ist eine starke und stolze Partei. Wir sind zwar ein kleiner Landesverband mit kleinem Landesvorstand und einem kleinen Team an hauptamtlichen Mitarbeitern, unserer Präsenz und Schlagkraft tut das aber keinen Abbruch. Wir haben eine leistungsstarke Mannschaft, die tolle Arbeit macht. So können wir uns auch in schwierigen Zeiten gegen die politische Konkurrenz durchsetzen. Darauf können wir stolz sein!

Wir wissen, wofür wir kämpfen, stehen zusammen und zeichnen uns nicht nur durch einen besonders hohen Frauenanteil aus, sondern auch durch eine große Strahlkraft bis in die Bundespolitik. Ob AsF, AfB oder mit einem stellvertretenden Parteivorsitzenden: Wir reden mit. Wir entscheiden mit. Und wir setzen inhaltliche Impulse in Berlin.

Unser Ziel ist es stets, das Leben der Menschen besser zu machen – und sei es in noch so kleinen Schritten. Dafür übernehmen tausende Genossinnen und Genossen auf kommunaler Ebene Verantwortung und bringen sich ein. Darüber hinaus tun dies natürlich auch unsere Mandatsträger in Land, Bund und Europa. Die verschiedenen Ebenen finden sich mit uns, Christiane Küchenhof, Bettina Hagedorn und Ralf Stegner, auch im

geschäftsführenden Landesvorstand wieder. Wir sind in der glücklichen Lage in unserem Land und in der Bundesrepublik das Steuer der Regierung fest in der Hand zu halten. Nun, im Wahljahr 2017, gilt es die Regierungsverantwortung zu verteidigen. Wir wollen die Menschen motivieren zur Wahl zu gehen. Bei uns in Schleswig-Holstein werden wir zeigen, dass eine höhere Wahlbeteiligung nicht nur zu Gunsten einer vermeintlichen Alternative ausschlagen kann. Stattdessen halten wir klaren Kurs, mit klaren Werten und verlässlichen Entscheidungen. Wir sind die Partei der Gerechtigkeit, der Freiheit und der Solidarität und darauf können sich unsere Genossinnen und Genossen genauso wie Bürgerinnen und Bürger jederzeit verlassen.

ZWEITE HALBZEIT KÜSTENKOALITION

Eine engagierte Landtagsfraktion, fachlich starke Ministerinnen und Minister und ein überzeugender Ministerpräsident: gemeinsam arbeiten sie für ein gerechtes und modernes Schleswig-Holstein. So konnten wir auch in der zweiten Halbzeit der Küstenkoalition wichtige sozialdemokratische Anliegen umsetzen und mit dem Prinzip „Versprochen. Gehalten!“ verlässlich das Land regieren.

Seit Beginn der Legislaturperiode haben wir gemeinsam mit den Grünen und dem SSW mehr als 90% unseres Koalitionsvertrages abgearbeitet. Noch nie war die Zusammenarbeit mit unseren Koalitionspartnern so konstruktiv, vertrauensvoll und harmonisch. Die Ergebnisse sprechen für sich: Rund 80.000 neue sozialversicherungspflichtige Jobs, das Kita-Geld als Einstieg in die kostenlose Kinderbetreuung, ein umfangreiches Wohnungsbauprogramm und eine 100%ige Deckung des Bruttostrombedarfs durch erneuerbare Energien zeigen, wie stark das Land seit dem Ende der angeblich alternativlosen CDU-Regierung vorangekommen ist. Hinzu kommt, dass wir 50.000 Flüchtlinge aufgenommen haben und integrieren und all dies mit soliden Finanzen.

Wir haben den echten Norden wieder auf die Beine gestellt und in vielen Positionen zum Spitzenreiter im Vergleich zu anderen Bundesländern

gemacht. Das alles bestärkt uns darin, eine Fortsetzung des Erfolgsprojekts „Küstenkoalition“ über die kommende Wahl hinaus anzustreben.

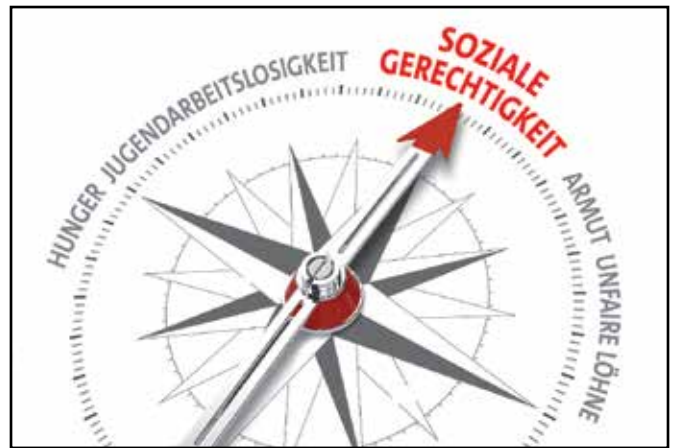
MEHR GERECHTIGKEIT WAGEN

Mit unserem Positionspapier „Mehr Gerechtigkeit wagen“, das wir auf dem außerordentlichen Parteitag im April 2016 in Kiel beschlossen haben, bringen wir uns in die innerparteiliche Programmdiskussion auch auf Bundesebene ein und bestimmen gleichzeitig unseren Kurs, unsere Werte und unsere Vorhaben. Dabei haben wir den Anspruch, über Schleswig-Holstein hinaus zu denken, das Thema Gerechtigkeit in seiner Gänze zu erfassen und trotzdem möglichst konkrete Vorschläge für eine gute sozialdemokratische Politik zu machen.

Dem Beschluss des Papiers ging ein langer Beteiligungsprozess voraus, der dank neuer Diskussionsformate über die Grenzen der Landespartei hinaus strahlte. Erster großer Pfeiler war der Gerechtigkeitskongress im September 2015, an dem neben Landes- und Bundespolitikern sowie VertreterInnen der Gewerkschaften und Sozialverbände auch der Präsident des Europäischen Parlaments Martin Schulz teilnahm, den wir als Hauptredner gewinnen konnten. Schon dies war ein Zeichen dafür, wie wichtig dieses Thema auch über Schleswig-Holstein hinaus wahrgenommen wird. Anschließend verlagerte sich die Diskussion in die Ortsvereine und Kreisverbände, unterstützt durch regionale Konferenzen mit Ralf Stegner und Torsten Albig, die der Partei und allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern offen standen. Parallel hierzu gab es zusätzlich die Möglichkeit sich über eine Online-Plattform an der Diskussion rund um das Papier zu beteiligen.



Martin Schulz auf dem Gerechtigkeitskongress der SPD Schleswig-Holstein in Kiel



Alle Kanäle wurden im Vorfeld des Landesparteitags zusammengeführt und haben ein programmatiches Papier entstehen lassen, das mit seiner Strahlkraft sowohl die Politik der Bundes-SPD wie auch der anderen Landesverbände beeinflussen kann. Viele Punkte des verabschiedeten Papieres dienten außerdem als Blaupausen für das im November verabschiedete Regierungsprogramm für die Landtagswahl am 7. Mai 2017 und wirken so fort.

REGIONALKONFERENZEN

Mit den Regionalkonferenzen haben wir erfolgreich ein neues Veranstaltungskonzept eingeführt, dass sehr ausgewogen zwischen frontaler und interaktiver Kommunikation sowohl für Parteimitglieder als auch für Außenstehende interessant ist. Bestehend aus einer Rede des Landesvorsitzenden, einem moderierten Gespräch mit dem Ministerpräsidenten und anschließenden thematischen Tischrunden, haben die Regionalkonferenzen ein interessantes und abwechslungsreiches Programm.

Für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer besonders attraktiv ist, dass sie an Themen-Gruppentischen mit zahlreichen Landtags- und Bundestagsabgeordneten, sowie Fachleuten in Kontakt kommen konnten. Um mitzubekommen, was die Leute denken, sind auch Ralf Stegner und Torsten Albig reihum an den Tischen zu Gast und kommen mit den Menschen ins Gespräch. Um die Wünsche und Probleme der Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner in den Mittelpunkt unserer Politik zu stellen, müssen wir nah bei den Menschen sein und sie in die politische Diskussion einbeziehen. Mit Veranstaltungen wie diesen schaffen wir Vertrauen bei den Menschen, denn wir sind bürgernah und machen Politik zum Anfassen und Mitgestalten.

WIR HALTEN KURS

Mit einem starken Ergebnis bei der Landtagswahl 2017 setzen wir auch ein Signal für die Bundestagswahl 2017 und schaffen Schubkraft für die anstehenden Kommunal- und Europawahlen. Ohne Scheu können wir uns an unseren Taten messen lassen. Wir haben gezeigt, dass wir dieses Land mit guten Ideen und sicherer Hand regieren können. Das wollen wir auch in den kommenden fünf Jahren weiterhin tun. Dass wir auch nach einer Regierungszeit noch viel für unser Land vorhaben, zeigt unser starkes Regierungsprogramm, das wir auf unserem Landesparteitag im November 2016 nach intensiver Debatte beschlossen haben.

Wir stellen uns der Konkurrenz und ihrem politischen Angebot. In den vergangenen Jahren haben wir gezeigt, dass es einen großen Unterschied macht, welche Partei und welcher Ministerpräsident regieren. Wir wollen Schleswig-Holstein noch gerechter, moderner und familienfreundlicher machen.

Dabei setzen wir auf eine Fortsetzung der erfolgreichen Küstenkoalition mit den Grünen und dem SSW nach der Landtagswahl im Mai 2017. Mit Torsten Albig als unserem Ministerpräsidenten, starken Ministerinnen und Ministern und einer breit aufgestellten Landtagsfraktion wollen wir den progressiven Kurs, den wir vor fünf Jah-



ren eingeschlagen haben, auch weiterhin halten. Damit wir das schaffen, sind wir alle gefragt. Lasst uns gemeinsam in den Wahlkampf ziehen und die Menschen davon überzeugen, dass wir Regierung können und dass wir die richtige Wahl für unser Schleswig-Holstein sind.

UNSER MOTTO FÜR DIE KOMMENDEN MONATE IST KLAR:

**WIR KÖNNEN DAS.
WIR WOLLEN DAS.
WIR MACHEN DAS.**

*Euer Geschäftsführender Landesvorstand:
Bettina Hagedorn, Christiane Küchenhof
und Ralf Stegner*

Gregor Gysi auf der Veranstaltungsreihe „Stegner trifft...“



Regionalkonferenz in Neumünster 2016



BERICHTE DER BEISITZER/INNEN IM SPD-LANDESVORSTAND

KRISTIN ALHEIT

Gerechtigkeit zuerst!

Armut grenzt aus. Armut verhindert Teilhabe. Armut verletzt die davon direkt Betroffenen. Und Armut verletzt das Gerechtigkeitsgefühl der großen Mehrheit der Menschen. Nichts erschüttert das Vertrauen der Menschen in uns mehr, als das Gefühl, dass es ungerecht zugeht – und wir täten nichts dagegen. Das tun wir aber intensiv und – ich tue es als Ministerin tagtäglich und es ist mir wichtig, als Landesvorstandsmitglied die Partei auch mit Blick auf zukünftige Entwicklungen gut aufzustellen.

Es ist unsere Aufgabe, Gesundheit als fundamentales Gut für alle Menschen sicherzustellen. Weshalb wir gesagt haben, dass humane Flüchtlingspolitik selbstverständlich eine zuverlässige Gesundheitsversorgung umfasst. Darum haben wir in SH die Gesundheitskarte für Asylbewerber in sehr intensiven Verhandlungen mit den Kassen auf den Weg gebracht! Und wir haben die Versorgungsangebote für traumatisierte und psychisch erkrankte Flüchtlinge verbessert – auch im Bereich der Kindertagesstätten.

Herausragendes Gerechtigkeitsthema bleibt auch unser Engagement für gutes Aufwachsen in Schleswig-Holstein. Wir investieren hohe und steigende Summen in die Verbesserung ihrer Lebenssituation heute und morgen. Etwa durch bessere Kitas, z.B. durch die zweite Kraft am Nachmittag. Frühe Bildung und Förderung entscheidet über die weiteren Bildungs- und Lebenschancen unserer Kinder.

Dafür bedarf es einer quantitativ ausreichenden und qualitativ guten Betreuungsinfrastruktur. Und sie muss bezahlbar sein. Dafür haben wir das Kita-Geld durchgesetzt! Es kann nicht sein, dass ein Kind aus finanziellen Gründen nicht in den Kindergarten geht. Wir haben mit 100,00 Euro monatlicher Entlastung den Einstieg in die beitragsfreie Kita begonnen!

Die auch dazu da ist, dass Familie und Beruf unter einen Hut gebracht werden können, ohne dass einer – ja fast immer die Frauen – zurückstehen muss. Auch das ist eine Gerechtigkeitsfrage. Zugleich setzen wir auf Qualitätsentwicklung und -sicherung in Kitas. So verbessern wir die Arbeit in den Einrichtungen kontinuierlich; Inklusion in Kita wird im Rahmen eines 2-jährigen Modellprojektes erprobt.

Eine weitere Erfolgsgeschichte ist auch die Ent-



wicklung unserer Familienzentren, für die ich mich persönlich stark gemacht habe, um Familien zu stärken und Bildungschancen von Kindern zu erhöhen. Über 100 Familienzentren konnten bis jetzt in ganz SH etabliert werden. Wir fördern sie dauerhaft für mehr Unterstützung, Förderung und Gerechtigkeit für Familien und Kinder.

Auch wenn die Kindergrundsicherung immer noch nicht auf den Weg gebracht wurde, habe ich das Thema mit Unterstützung auf Bundesebene immer wieder angemahnt. Da bleibe ich auch dran – es ist ein dickes Brett, was wir da bohren!

Eine meiner Aufgaben im Landesvorstand war, den Austausch zwischen Regierung und Partei zu stärken. Den direkten Kontakt zu den thematisch passenden Landesarbeitsgemeinschaften habe ich im Rahmen meiner zeitlichen Möglichkeiten stets gehalten. Der Dialog und Schriftwechsel mit der AsF, der ASG, der AfB, der AGS und der AG Selbst Aktiv ist für mich immer ein Gewinn, denn er ermöglicht mir den Blick auf manche Themen von einer ganz anderen Seite.

Dass ich die Partei bei diversen Veranstaltungen und Wahlkampfunterstützungen vor Ort unterstützt habe, ist so selbstverständlich wie mein intensives Engagement im anstehenden Wahlkampf. Auch, weil es immer wieder einfach Spaß macht, zu sehen, wie lebendig unsere Partei vielerorts ist, wie intensiv sie an Themen – Gerechtigkeit zuerst – arbeitet und ich das zurück geben möchte.

Da die Zusammenarbeit der Regierung und der Partei reibungslos läuft und auch mein Parteilengagement nicht darauf beschränkt ist, Mitglied des Landesvorstandes zu sein, habe ich mich nach drei Amtsperioden entschlossen, nicht mehr erneut zu kandidieren und damit meinen Posten für eine Nachfolgerin zur Verfügung zu stellen.



Der Prozess um das Gerechtigkeitspapier war gerade im Landesvorstand so gut wie abgeschlossen, als ich in den Landesvorstand gewählt wurde. Einige kleine Änderungen konnte ich auf der ersten Klausurtagung des Landesvorstands einbringen. Der Erfolg des Papiers ist: es stellte sich schnell heraus, dass es Redebedarf innerhalb der gesamten SPD gibt. So bin ich im vergangenen Herbst dann nach Hessen gereist, um im Wahlkreis von Thorsten Schäfer-Gümbel das Papier vorzustellen und die einzelnen Punkte zu beleuchten.

Auf einer Klausurtagung wurden die Tätigkeitsfelder festgelegt. Ich habe die Betreuung der Kreisverbände Dithmarschen und Nordfriesland übernommen. Auch die Betreuung der AfB habe ich gern übernommen. Somit waren für mich zwei monatliche Termine in Kiel gesetzt. Als Schwerpunkt Tätigkeit im LaVo habe ich als Berufsschullehrer und studierter Berufspädagoge die Berufliche Bildung gewählt.

Tätigkeiten von mir fangen bei ganz trivialen Sachen an: Die Sitzungen des Landesvorstands, die Teilnahme an den Landesparteitagen und an den Sitzungen des Landesparteirates. Beim Neujahrsempfang der SPD Schleswig-Holstein habe ich mitgewirkt und die Gäste begrüßt und unterhalten. In Vertretung des Landesvorstands habe ich im Raum Dithmarschen etliche Ortsvereine besucht und bin regelmäßig in Nordfriesland zu Sitzungen oder auf Kreisparteitagen gewesen.

Über meinen eigentlichen Arbeitsbereich hinaus habe ich einen Neumitgliederempfang in Scharbeutz besucht und habe dem Kreisverband Ostholstein als Referent für ein Tagesseminar ausgeholfen. Mitwirkungen an der Kooperationsrunde Süd-West der Kreisvorsitzenden sowie Besuche zu Kreisparteitagen in Steinburg rundeten mein

Engagement im Bereich der Westküste ab. Auch überregional war ich zu Veranstaltungen unterwegs, um die SPD Schleswig-Holstein zu vertreten. So war ich in Hamburg bei der AfA und zu AfB Nordkonferenzen in Schwerin und Bremen. Als stellvertretender Kreisvorsitzender war ich auch in Berlin im Willy Brandt Haus, um mit Sigmar Gabriel zu diskutieren.

Seit dem Sommer leite ich kommissarisch die AfB SH, und „netzwerke“ in verschiedenen Kreisverbänden mit. Im Arbeitskreis Bildung des Landtages habe ich einen festen Sitz und besuche, so oft es mein Dienstplan in der Schule zulässt, die Sitzungen am Donnerstag.

Im Laufe des letzten Jahres ist das Regierungsprogramm immer mehr in meinen Fokus gerückt. Auf mehreren Kanälen brachte ich mich hier konstruktiv ein. Hierbei lag mein Fokus im Bereich der Beruflichen Bildung. In vielen Gesprächen und Mails, sei es nun mit der Fraktion, oder mit dem Ministerium für Schule und Berufliche Bildung ist es mir gelungen dort Akzente zu setzen. Die Kompromissfindung war nicht einfach an so manchen Stellen, denn gerade auf den letzten Metern des Landesvorstandsbeschlusses hatte ich zwei Hüte auf. Dennoch verdient auch ein Kompromiss eine breite Rückendeckung. Darum habe ich dem Vorschlag zugestimmt.

Nun habe ich einen kurzen Abriss meiner Tätigkeiten im Landesvorstand dargelegt. Nun, da ich mich eingearbeitet habe, bewerbe ich mich erneut bei euch für einen Beisitzerposten im Landesvorstand. Die Berufliche Bildung ist mein Hauptinteressensgebiet, darum will ich versuchen die Berufliche Bildung in Schleswig-Holstein weiter zu entwickeln. Das Duale System ist ein starker Partner in allen Regionen im Land. Darum möchte ich mit Verantwortlichen im ganzen Land reden und das System weiter entwickeln. Ideen erhoffe ich mir von Dialogen mit örtlich tätigen PolitikerInnen, KammervertreterInnen, Gewerkschaften und Betrieben. Wir haben noch zu viele junge Leute im Übergangssystem. Die AfB SH hat dazu ein Bündnis für Duale Berufsausbildung beschlossen. Ich sehe es als Aufgabe des Landesvorstands und möchte dazu in den kommenden zwei Jahren meinen Beitrag leisten.

SERPIL MIDYATLI



In der vergangenen Amtszeit des Landesvorstandes haben mich zwei große Themen bewegt: Unser Grundsatzpapier zur Gerechtigkeit und die Integration und Unterbringung von 35.000 Neubürgern.

Im Jahr 2015 habe ich in vielen Kreisverbänden und Ortsvereinen den Dialog gesucht. In öffentlichen Veranstaltungen haben wir uns mit dem SPD Kernthema Gerechtigkeit beschäftigt. Die Diskussionen haben gezeigt, wie wichtig es ist, uns immer wieder auf unsere Wurzeln zu besinnen. Dabei diskutierten wir neben der Verteilungsgerechtigkeit, also der Frage, wer wie viel verdienen und besitzen soll, auch die Frage nach kultureller Teilhabe. „Mehr Gerechtigkeit wagen“ haben wir zu unserem Leitspruch gemacht. Die große Konferenz in der Ostseehalle in Kiel hat gezeigt: Wir brauchen einen vorsorgenden Sozialstaat. Er muss sich stärker an den Bedürfnissen aller Menschen im Land ausrichten. Eine moderne Sozialpolitik muss die Fixierung auf Erwerbsarbeit überwinden, lebenslauforientiert und gegenüber den unterschiedlichen Lebensentwürfen der Menschen offen sein. Das nehme ich aus diesem Prozess mit und freue mich dies auch in Zukunft mit der SPD Schleswig-Holstein zu gestalten.

Im Jahr 2015 wurden wir in Schleswig-Holstein durch zeitweise 55.000 Menschen, die vor Krieg und Verfolgung geflüchtet sind, stark gefordert. Im Landesvorstand bin ich für den Bereich Integration und Flucht zuständig. Gemeinsam haben wir Impulse für mehr Solidarität gesetzt, geholfen und an praktischen Lösungen gearbeitet. Dabei hatten wir immer die Menschen und nicht die Kosten im Blick. Das bedeutete erstmal viel Aufklärungsarbeit und öffentliche Diskussionsveranstaltungen. Am Ende dieses Weges sind 35.000 Menschen geblieben. Wir haben sie gut

und sicher untergebracht. Ich bin stolz, dass in Schleswig-Holstein niemand auf der Straße übernachten musste. Das haben wir alle gemeinsam geschafft: Politik, Verwaltung und vor allem die vielen helfenden Menschen im Land.

Liebe Genossinnen und Genossen, es ist mir ein außerordentliches Bedürfnis mich bei euch allen zu bedanken. Viele engagieren sich in der Flüchtlingshilfe in Vereinen vor Ort oder ganz unkompliziert in der Nachbarschaft. Uns Sozis ist es gelungen mit vielen Veranstaltungen und auch mit vielen Gesprächen mit allen Akteuren, ein gutes Klima im Land zu erzeugen. Schleswig-Holstein hat, wie kein anderes Land, diese Herausforderung gemeistert. Das ist vor allem auch euer Verdienst!

Na klar, es gab Diskussionen vor Ort: „Wie schaffen wir das?“ Das war überall im Land so und auch bei uns in der SPD. Am Ende ist es uns immer gelungen, unseren Werten zu folgen und gute Lösungen zu finden. Dafür bin ich dankbar und darauf auch ein wenig stolz.

In diesem Sinne bedanke ich mich und freue mich auf die kommenden Jahre mit der SPD Schleswig-Holstein.

BIRTE PAULS



Dänemark – Minderheiten- Pflege – Demografie

Die Zusammenarbeit mit Dänemark von Landesseite funktioniert und ist stabil. Verkehrskonferenzen werden regelmäßig durchgeführt, der neue Kulturvertrag ist unterschrieben, erstmalig ist Schleswig-Holstein mit Beobachterstatus im Nordischen Rat (organisiert die Zusammenarbeit aller skandinavischen Länder) vertreten.

Hochschulen kooperieren, die Kultur tauscht sich aus. Viele „people to people“ – Projekte laufen

auch ohne große Überschriften ganz selbstverständlich. 90 Millionen € stehen für das aktuelle Interreg – Programm zur Verfügung, mit dem die Arbeitstitel Innovation, Nachhaltige Entwicklung, Arbeitsmarkt, Beschäftigung, Ausbildung und funktionelle Zusammenarbeit in der erweiterten deutsch-dänischen Grenzregion gefördert werden. Ein Kooperationsvertrag mit der Region Seeland ist unterschrieben.

Allerdings mussten wir im Rahmen der Flüchtlingssituation im Herbst 2015 feststellen, dass wir uns doch nicht bei allen Themen mit Dänemark einig sind. Während wir die geflüchteten Menschen aufgenommen haben, Humanität und Hilfsbereitschaft gelebt wurde, beschloss die dänische Regierung die Wiedereinführung der Grenzkontrollen. Auch wenn sich die anfänglichen Befürchtungen von Zeitverlust bei Handel, Transport und für Pendlerinnen und Pendler nicht in vollem Umfang bestätigt haben, ist diese Rolle rückwärts in Europa und besonders für unsere Region bedauerlich. Wir bekennen uns mit Dänemark zu einer gemeinsamen Region mit Wachstums- und Entwicklungsplänen und der im Schengener Abkommen vereinbarten Freizügigkeit in Europa. Allerdings wünschen wir uns eine humanitäre und solidarische Flüchtlingspolitik in Europa, in der nationale Egoismen und Alleingänge angesichts der großen Herausforderungen zurückstehen sollten. Viele Gespräche sind auch mit den dänischen Sozialdemokraten geführt worden. Wir sind uns oft einig, aber in dieser Frage waren wir bedauerlicherweise auseinander.

Bedauerlich ist auch, dass ein ganz besonderes Leuchtturmprojekt 2017 endet: Bisher konnten dänische Krebspatienten sich einer Bestrahlungstherapie in Flensburg unterziehen um damit einer längeren Wartezeit in dänischen Häusern vermeiden. Jetzt sind die Kapazitäten in DK angepasst worden und der Vertrag endet. Wir wollen nach anderen Möglichkeiten suchen, die Gesundheitsversorgung grenzüberschreitend anzubieten. Dabei darf der Weg natürlich keine Einbahnstraße sein, sondern muss auf Gegenseitigkeit ausgerichtet sein.

Bei Gesprächen, Treffen, Konferenzen und Veranstaltungen mit dänischen Kommunal-, Regions- und Folketingvertreter/innen ist der gemeinsame Arbeits- und Wirtschaftsmarkt immer wieder als eines der gemeinsamen Hauptarbeitsfelder identifiziert worden. Im direkten Zusammenhang dazu stehen natürlich die Verkehrsentwicklung und der Spracherwerb.

Nach wie vor gibt es bürokratische Hemmnisse

für den grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt, die meist in der Unterschiedlichkeit von sozial-, versicherungs- oder steuerrechtlichen Systemen liegen. Die individuelle Beratung der Arbeitnehmer aber auch Arbeitgeber durch das Infocenter -Grenze in Padborg ist daher unerlässlich.

Die Fehmarnbelt-Region wird durch die feste Fehmarnbelt-Querung zunehmend in den Fokus von Arbeitnehmer/innen und Wirtschaft rücken. Auch da gilt es, eine gute nachhaltige Nachbarschaft auszubauen. Vielen Dank an alle, die zum Gelingen des Austausches beitragen, z.B. unsere Jusos.

Schleswig-Holstein hat seine Vorreiterrolle in Sachen Minderheitenpolitik ausgebaut. Respekt, Toleranz und Gleichstellung bestimmen den offenen, gegenseitigen, freundschaftlichen Dialog und die wertschätzende Zusammenarbeit mit Dänen, Deutschen, Friesen und Sinti und Roma. Der neu entwickelte „Handlungsplan Sprache“ ist für uns Leitfaden um der Umsetzung der europäischen Sprachen- Charta gerecht zu werden. Verträge geben den Minderheiten Planungssicherheit, auch über das aktuelle Jahr hinaus.

Weiterhin ist die Pflege eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und eine der wichtigsten Herausforderungen im Gesundheitsbereich. Politisch müssen wir die Weichen richtig stellen um den Pflegeberuf attraktiv zu gestalten und eine qualitativ hochwertige Pflege dauerhaft anbieten zu können. Wir haben diesbezüglich vieles auf den Weg gebracht. Dazu gehören:

- Die Einrichtung eines pflegewissenschaftlichen Studienganges an der Uni Lübeck und eine damit verbundene Attraktivitätssteigerung
- Die Schaffung von 700 zusätzlichen kostenfreien Ausbildungsplätzen in der Altenpflege. Damit muss endlich niemand mehr diese wichtige Ausbildung selber finanzieren.
- Der Abbau von Bürokratie und doppelten Kontrollstrukturen. Dadurch wird mehr Zeit für die eigentliche Pflege frei.
- Wir machen uns stark für einen gesetzlichen Personalbemessungsschlüssel
- Die generalistische Ausbildung ist in Arbeit. Die gemeinsame Ausbildung schafft mehr Flexibilität für die beruflich Pflegenden.
- Die Einrichtung einer Pflegekammer ist auf dem Weg. Der vorbereitende Errichtungsausschuss hat seine Arbeit aufgenommen.
- Weitere Pflegestützpunkte konnten eingerichtet werden, es fehlt nur noch ein Kreis, damit eine flächendeckende trägerunabhängige Beratung gewährleistet ist.

- Das 3. Pflegestärkungsgesetz wird seit Anfang 2017 umgesetzt und sichert mehr Menschen eine individuellere Betreuung und Pflege
Wir brauchen ein breites Bündnis für die Pflege aus Arbeitgebern, Politik, Gewerkschaften, Gesellschaft und den Pflegenden selber. Dafür setze ich mich auch weiterhin ein.

Der demografische Wandel hat viele Facetten: Geringe Geburtenzahlen und eine immer älter werdende Bevölkerung bedeuten Veränderungen auf allen Gebieten. Angefangen von der Situation in der Geburtshilfe, die uns besonders in unseren Randlagen und Inseln beschäftigt. über Schule und Bildung, Arbeitsmarkt und Fachkräftemangel, Verbraucherschutz, Wohnungssituationen, Verkehr, Sozialversicherungssysteme bis hin zur Pflege- und Gesundheitsversorgung. Hier bedarf es einer engen Zusammenarbeit aller Fachgebiete, für die man immer wieder werben muss.

Ich bedanke mich herzlich bei den Arbeitsgemeinschaften und Kreisverbänden, aber auch bei den hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landesverbandes und den Kolleginnen und Kollegen im Landesvorstand für die gute Zusammenarbeit. Mir hat es Spaß gemacht.

DR. NINA SCHEER



Die Arbeit im SPD-Landesvorstand bereitet mir große Freude: Es gelingt uns mit bundesweiter Ausstrahlungswirkung sozialdemokratische Antworten für mehr Gerechtigkeit zu formulieren und damit programmatisch sowohl durch die Rot geführte Landesregierung als auch im parteiinternen Diskurs spürbar Akzente zu setzen.

Mit meinem politischen Schwerpunkt auf Energie- und Umweltthemen habe ich für den Landesvorstand mit Blick auf den Bundesparteitag vom 10. Dezember 2015 den Antrag ‚Handel braucht Wandel – UN-Ziele beachten‘ formuliert, worin die Ausrichtung von Handelspolitiken auf die Ende September 2015 in New York international verein-

barten Nachhaltigkeitsziele gefordert wird. Entsprechende Erwartungen habe ich im September 2016 für die Grundwertekommission des SPD-Parteivorstands im Rahmen eines Positionspapiers zu CETA formuliert und hierfür an verschiedenen Stellen geworben. So enthält nun auch der SPD-Konventbeschluss vom 19. September 2016 die Erwartungshaltung, dass CETA und die darin beschriebene Handels- und Wirtschaftspolitik sich an den globalen Nachhaltigkeitszielen und dem Pariser Klimaschutzabkommen orientiert um „CETA zustimmungsfähig zu machen“.

Im Oktober 2016 habe ich für den Landesvorstand ein Konzept für eine Veranstaltungsreihe ‚Energiewende vor Ort‘ entworfen, die nun im Zuge des Landtagswahlkampfes an vier bis sechs Orten in Schleswig-Holstein zusammen mit unseren Landtagsabgeordneten bzw. Kandidatinnen und Kandidaten und Vertreterinnen und Vertretern vor Ort stattfinden wird.

Der Umgang mit unserer Umwelt und Gesundheit sowie die Energiewende hin zu einer Energieversorgung auf Grundlage Erneuerbaren Energien sind für mich sozialdemokratische Aufgaben. Die Auswirkungen der konventionellen Energiewirtschaft auf unsere Gesundheit, Umwelt und unser Klima verlangen nach einem schnellstmöglichen Umstieg auf Erneuerbare Energien unter Ablösung von sowohl der Atom- als auch der Kohleenergie. Der Erhalt von Lebensgrundlagen wird zunehmend zur Gerechtigkeitsfrage – dem Eintreten für Umweltgerechtigkeit. Denn die Umwelt ist menschlicher Lebensraum, von dem wir abhängig sind und Teil dessen wir als Menschen sind. Unsere gesellschaftliche Abhängigkeit von Energie erfordert einen dauerhaften und für alle Menschen garantierten Zugang zu Energie, die als solche nur Erneuerbare Energie sein kann. Die weltweite Energiewende sehe ich auch friedenspolitisch als unverzichtbar. Den mit der Energiewende einhergehenden Strukturwandel müssen wir sozial verantwortlich ausgestalten, ohne hierbei den Weg der Energiewende zu verlängern bzw. die konventionelle Energiewirtschaft zu begünstigen. Über einen solchen Transformationsprozess können Technologien zu Verlierern werden, Menschen einer Solidargemeinschaft sollten dies nicht. Für entsprechende Aussagen und Inhalte zu Umweltgerechtigkeit setze ich mich auch als Mitglied der Perspektivarbeitsgruppe Klima, Umwelt, Verbraucherschutz und Landwirtschaft zur Erarbeitung des Bundestagswahlprogrammes ein.

In Erarbeitung des Gerechtigkeitspapiers im

Landesvorstand war es mir wichtig, Aussagen mit möglichst konkreten Umsetzungsschritten zu treffen und politische Anforderungen im Sinne von „global denken und lokal handeln“ zu formulieren.

Im Zuge der Erarbeitung des Landtagswahlprogrammes wirkte ich sowohl als Mitglied der Programmkommission (hier gemeinsam mit Mathias Stein als Kapitelverantwortliche) als auch des Landesvorstandes im Schwerpunkt zu den Unterkapiteln Energie und Umwelt, aber auch Landwirtschaft und Wirtschaft mit. Fragen zu den Bereichen Umwelt und Energie erörtere ich dabei schon früh mit dem Umweltforum Schleswig-Holstein.

Über mein Bundestagsmandat, aber auch meine vorherige berufliche energie- und umweltpolitische Tätigkeit bin ich gut vernetzt und nutze dies gerne, um unsere schleswig-holsteinische Positionen sowohl innerparteilich als auch über die Partei hinaus zu stärken. Nicht zuletzt als Stimme aus dem Süden Schleswig-Holsteins würde ich mich über die Fortsetzung der Arbeit im und mit dem SPD-Landesvorstand freuen.

MATHIAS STEIN



Nach meiner Wiederwahl lag mein Schwerpunkt weiter in der Frage der Parteiorganisation. Gemeinsam mit den anderen Mitgliedern des Landesvorstandes, insbesondere Stefan Bolln und Alexander Wagner, arbeiteten wir an der Umsetzung des Beschlusses des Landesparteitages „Starke Mitglieder - Starkes Team - Starke Partei - Stark im Norden“. Dabei geht es weiter um die Stärkung der Mitglieder und Ortsvereine. Auch im Rahmen des Nachwuchsqualifizierungsprogramms wurden hier einige wichtige Akzente gesetzt.

Ich vertrete den SPD Landesverband in der Organisationspolitischen Kommission des Partei-

vorstandes. Bei der Vergabe der Mittel aus dem Innovationsfonds gelang es in beiden Jahren erneut, wichtige Projekte aus den Kreisverbänden in Schleswig-Holstein zu fördern.

Ich hoffe, dass auch 2017 (Antragsfrist: 12.02.2017) wieder einige Kreisverbände für das Wahljahr Mittel für innovative Projekte beantragen.

In der Tarifkommission des Landesverbandes wirkte ich ebenfalls wieder mit. Mittlerweile konnte gemeinsam mit der Gewerkschaft ver.di ein zukunftsfähiger Tarifvertrag für die Beschäftigten des Landesverbandes abgeschlossen werden. Der Weg dorthin war nicht sehr leicht und mit Konflikten beladen. Ich danke allen, die zu diesem tragfähigen Ergebnis beigetragen haben. In Vorbereitung des letzten Bundesparteitages habe ich den Landesverband in der Antragskommission vertreten.

Ich beteiligte mich aktiv an den Sitzungen des Parteikonvents und habe dort stets die Beschlusslage des Landesverbandes vertreten.

Besonders wichtig war mir, dass ich mich aktiv an der Erstellung des Beschlusses „Mehr Gerechtigkeit wagen“ beteiligen konnte. Wir beschreiben die Ansprüche an eine sozialdemokratische Politik für die nächsten Jahre. Für das anstehende Wahlprogramm zur Bundestagswahl gilt es nun darum zu streiten, dass hiervon möglichst viel von der Bundespartei übernommen wird.

Als Mitglied der Programmkommission für das Regierungsprogramm zur kommenden Landtagswahl beteiligte ich mich aktiv am Prozess und der Erstellung. Beim „Lauf-zwischen-den-Meeren 2016“ koordinierte ich für das Team „SPD Schleswig-Holstein“ und lief natürlich auch mit.

Ich betreue und begleite die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, den Arbeitskreis Digitale Gesellschaft und den Arbeitskreis Neue Mitglieder. Im Gewerkschaftsrat des Landesverbandes arbeite ich mit und bin wieder in den Landeswahlausschuss für die Landtagswahl benannt worden.

ALEXANDER WAGNER

Seit dem Landesparteitag im April 2013 in Büdelsdorf gehöre ich dem SPD-Landesvorstand als Beisitzer an. Im März 2015 wurde ich in Neumünster wiedergewählt.

In meiner zweiten Amtszeit habe ich mich vor allem auf die Bildungsarbeit, die Ortsvereinsent-

wicklung und die Mitgliederbetreuung konzentriert. In der Bildungsarbeit haben wir unsere erfolgreiche Nachwuchsqualifizierungsarbeit fortgesetzt und das Mentoringprogramm, in dem viele junge Mitglieder der SPD Schleswig-Holstein mit verschiedenen Schwerpunkten ausgebildet und für zukünftige Aufgaben fit gemacht wurden, zum Abschluss gebracht. Daneben betreute ich außerdem Treffen der Teamer*innen im Landesverband Schleswig-Holstein.



Zur Ortsvereinsentwicklung führten Mathias Stein und ich Hintergrundgespräche mit Ortsvereinsvorstandsmitgliedern und wir organisierten eine landesweite Ortsvereinskonferenz in Rendsburg, bei der Interessierte Mitglieder miteinander ihre Wünsche und Vorstellungen für einen modernen Ortsverein austauschten und konkrete Hilfeangebote für eine gute Ortsvereinsarbeit ausgetauscht wurden. Unter anderem spielten dabei die Fragen nach einem gelungenen Generationenübergang in der Ortsvereinsarbeit, die Außenwirkung und Zielgruppenansprache vor Ort und die Gewinnung sowie Betreuung von neuen Mitgliedern eine wichtige Rolle. Die Ergebnisse wurden auch in einer Dokumentation festgehalten und allen Ortsvereinen zur Unterstützung ihrer Arbeit zugänglich gemacht. Die Ergebnisse wurden auch mit den Mitgliederbeauftragten der Kreisverbände sowie den Teamer*innen diskutiert. Zum Thema Ortsvereinsentwicklung durfte ich zudem bei der Ortsvereinskonferenz des Kreisverbands Lübeck berichten, in der die Ergebnisse vertieft und eigene Lösungen für die Lage im KV entwickelt wurden.

Im Bereich der Mitgliederbetreuung habe ich mich in die Neumitgliederseminare des Landesverbands als Gastredner sowie begleitend in die Arbeit des Arbeitskreises neue Mitglieder eingebracht. Auch durfte ich im Rahmen einer Neumitgliederkonferenz im Kreisverband Ostholstein über den Landesverband berichten und die SPD Schleswig-Holstein beim Treffen der Mitgliederbeauftragten der Landesverbände vertreten.

Inhaltlich habe ich mich vielfältig in die Arbeit des Landesvorstands eingebracht. So habe ich im Antrag „Gerechtigkeit heute“ vor allem in den Kapiteln zur Arbeits- und Sozialpolitik sowie zu Fragen der globalen Gerechtigkeit eingebracht. Inhaltlich vorstellen und vertreten durfte ich unser Grundsatzpapier auch bei einigen Diskussionsveranstaltungen der Partei, u.a. beim Gerechtigkeitskongress des SPD-Kreisverbands Dithmarschen. Gleichmaßen habe ich mich in die Erarbeitung des Regierungsprogramms 2017-2022 mit eigenen Ideen bei Arbeit, Kampf gegen Rechtsradikalismus, Sport und Kultur zur Formulierung unserer Forderungen in diesen Bereichen eingebracht. Gemeinsam mit Sabrina Jacob aus dem Kreisverband Rendsburg-Eckernförde habe ich den Gesprächskreis Tourismus in der SPD Schleswig-Holstein ins Leben gerufen, in dem wir ein Netzwerk von Tourismuspolitik-Interessierten Genoss*innen gebildet haben und in mehreren Terminen in Büsum, Rendsburg und Kiel u.a. über die Einführung der Tourismusabgabe, Binnenlandtourismus und die Struktur der Tourismusorganisationen im Land diskutiert und unsere Vorstellungen in das Landtagswahlprogramm eingebracht haben. Im Rahmen der Kita-Streiks konnte ich als Kundgebungsredner einer Demonstration in Bad Segeberg die solidarische Haltung der SPD gegenüber den streikenden Erzieher*innen deutlich machen. Zur Wiederbelebung eines kleinen Stücks Parteikultur habe ich mich u.a. mit Steffen Voß darum gekümmert, zu Landesparteitagen Sondermarken zum Einfügen in das Parteibuch herauszugeben, deren Erlös zu Gunsten der Bildungsarbeit des Landesverband geht.

Als Landesvorstandsmitglied habe ich die Kreisverbände Segeberg und Stormarn sowie die Jungsozialist*innen Schleswig-Holstein betreut. Außerdem besuchte ich regelmäßig die Koordinierungstreffen der Arbeitsgemeinschaften und informierte über die Arbeit des Landesvorstands. Auf Bundesebene habe ich die SPD Schleswig-Holstein bei verschiedenen Veranstaltungen und Gremiensitzungen vertreten, unter anderem als Delegierter für Bundesparteitage, bei Programm- und Wahlkampfkongressen sowie bei Veranstaltungen der Partei-Linken.

Zudem habe ich mich aktiv in den Austausch mit unserer schwedischen Schwesterpartei in Skåne eingebracht und war mit Delegationen des Landesverbands beim Landesparteitag in Kristianstad und bei einem gemeinsamen Workshop in Malmö.

GUTE FINANZEN - GUTE ORGANISATION - STARKE SPD

Von Stefan Bolln, Landesschatzmeister

Ich bin seit 2013 Schatzmeister der SPD Schleswig-Holstein. Meine Ziele waren und sind die gute finanzielle Lage der SPD Schleswig-Holstein weiter zu stärken. Landesverband, Kreisverbände und Ortsvereine hatten Ende 2013 nach allen Wahlen ein Reinvermögen von ca. plus 440 Tsd. €. Darin enthalten waren das negative Vermögen vom Landesverband in Höhe von 1,12 Mio. €.

Ende 2015 hatten wir nunmehr einen gemeinsamen Vermögensstand der Ortsvereine, Kreisverbände und des Landesverbandes in Höhe von 1,93 Mio. €. Das negative Reinvermögen des Landesverbandes stand bei 477 Tsd. €. Die Überschüsse im normalen Haushalt des Landesverbandes von 380 Tsd. € in 2014 und 2015 in Höhe von 261 Tsd. € wurden vollständig zur Konsolidierung genutzt. In 2015 wäre der Überschuss normalerweise 346 Tsd. € gewesen, aber wir haben für die Vorbereitung des Wahlkampfjahres 2017 schon 85 Tsd. € ausgegeben.

Bereinigt man das negative Reinvermögen Ende 2015 von 477 Tsd. € um diese Kosten wäre das



negative Reinvermögen bei 392 Tsd. € gewesen. Eine vollständige Tilgung der Wahlkampfschulden aus dem Doppelwahlkampf 2009 und 2012 werden wir also bis zum Ende des Jahres 2016 um ca. 50 Tsd. verfehlen.

Das Fazit meiner jetzt fast vierjährigen Amtszeit fällt für mich positiv aus. Denn zum Ende des Jahres 2016 werden wir für die Wahlkampfjahre 2017 und 2018 als SPD Schleswig-Holstein ca. 3,8 Mio. € haben. Meine wahlkampfkostenbereinigte Prognose liegt für den Landesverband bei - 50.000 €, den Kreisverbänden bei knapp 900 Tsd. € und den Ortsvereinen bei knapp 3 Mio. €. Für die anstehenden Wahlkämpfe werden wir alle Reserven gut bündeln müssen, um erfolgreich zu sein.

MITGLIEDERBESTAND STICHTAG: 31.01.2016

Kreisverband	Mitglieder	männl./männl.	weibl./weibl. %	Ø-Beitrag
Stormarn	1.200	743 / 61,92	457 / 38,08	10,60
Ostholstein	1.366	871 / 63,76	495 / 36,24	8,14
Lauenburg	1.101	736 / 66,85	365 / 33,15	9,53
Lübeck	1.022	661 / 64,68	361 / 35,32	10,87
Steinburg	802	505 / 62,97	297 / 37,03	8,86
Segeberg	1.205	794 / 65,89	411 / 34,11	8,84
Pinneberg	1.625	1.016 / 62,52	609 / 37,48	10,70
Dithmarschen	875	565 / 64,57	310 / 35,43	6,90
Schl.-Flensburg	1.313	868 / 66,11	445 / 33,89	8,44
Nordfriesland	1.113	748 / 67,21	365 / 32,79	8,39
Flensburg	304	203 / 66,78	101 / 33,22	10,92
Rendsb.-Eckernförde	2.128	1.382 / 64,94	746 / 35,06	10,30
Plön	1.246	762 / 61,16	484 / 38,84	7,70
Neumünster	382	258 / 67,54	124 / 32,46	9,58
Kiel	1.525	1.005 / 65,90	520 / 34,10	11,67
SPD gesamt	17.207	11.117 / 64,61%	6.090 / 35,39%	9,49 €

Der Landesverband wird traditionell ein Darlehen für den Wahlkampf aufnehmen und verhandelt mit dem Parteivorstand in Berlin über strategische und finanzielle Zusammenarbeit. Ein extern finanziertes Darlehen werden wir nicht aufnehmen. Dieses regeln wir zwischen Berlin und Kiel. In intensiven Gesprächen bereiten wir die gestiegenen politischen Herausforderungen gemeinsam vor. Der Landesvorstand hat als eigenen Wahlkampfbetrag 1,1 Mio. € beschlossen. Vor dem Hintergrund der Kommunalwahlen 2018 sind unsere Ortsvereine finanziell gut vorbereitet. Sie werden uns also für die Landtags- und Bundestagswahl gut helfen können. Gerade das gute Verhältnis untereinander fällt sicherlich auch vielen außerhalb der Partei auf.

DIE SPD IST EINE MITGLIEDERPARTEI – DIES IST KEINE FLOSKEL

Dieses hört man oft und nicht nur in der SPD. Aber was das wirklich bedeutet: Die SPD Schleswig-Holstein finanziert sich zu zwei Dritteln aus Mitgliedsbeiträgen und zusätzlichen Abgaben der eigenen Mitglieder. Spenden sind dem Landesverband bislang in meiner Zeit kaum angeboten und fast immer abgelehnt worden. Da wir aber immer noch einen leichten Mitgliederückgang zu verzeichnen haben, bleiben die Beiträge relativ konstant. Also zahlen weniger Mitglieder mehr Beitrag um die politische Arbeit zu ermöglichen. Somit kann man nicht sagen, die vielen nicht aktiven Mitglieder wären unwichtig. Ca. 13.000 Mitglieder stärken ihre SPD mit ihrem Beitrag. Im Rahmen der Beitragskampagne haben von knapp 5000 Mitgliedern 40% ihren Beitrag noch einmal erhöht. Um die Aktion vorzubereiten, haben wir vier Regionalkonferenzen mit Kassierern durchgeführt. Knapp 70 Kassierer waren da und es gab viele gute Hinweise. Kritik gab es kaum und wenn dann sehr fundamental.

Den satzungsgemäßen Beitrag sollten wir alle im Blick haben. Die Beitragseinstufung ist selbstbestimmt, keiner wird kontrolliert, aber die eigenen Regeln sollten wir schon beachten. Den Mindestbeitrag einer Rentnerin mit geringer Rente bewerte ich persönlich höher als den viel zu geringen Beitrag eines sehr gut verdienenden. Wenn dieser einen satzungsgemäßen Beitrag zahlen würde, könnte der Mindestbeitrag für Mitglieder ohne jegliches Einkommen über viele Jahre gleich bleiben. Der Durchschnittsbeitrag des Durchschnittsmitglieds liegt zurzeit bei 9,64

€. Im Bundesschnitt liegen wir damit im unteren Mittelfeld. In so manchem neuen Bundesland ist der Durchschnittsbeitrag höher.

Die anstehende Wahlkampfzeit sollten wir nutzen um die vielen neuen Mitglieder einzubinden. Die Zeit ist hochpolitisch. Die Menschen interessieren sich für politische Parteien. Knapp 70% der Neumitglieder treten in den Ortsvereinen bei. Der Ortsverein bleibt die Keimzelle einer starken SPD.

CA. 4000 MITGLIEDER MACHEN AKTIV POLITIK – UNTERSTÜTZUNG GEBEN UNSERE MITARBEITER/-INNEN

Die Aufgabe des Schatzmeisters ist es, mit ver.di die Tarifverträge auszuhandeln. Nicht immer waren wir einer Meinung. Während der Manteltarifvertrag schon sehr lange läuft und weder von ver.di noch von uns gekündigt wurde, ist der Vergütungstarifvertrag wiederkehrend ein Streitthema. Sogar oft mit Streikankündigung verbunden. Noch im letzten Bericht habe ich verkündet, dass wir einseitig ohne neu abgeschlossenen Tarifvertrag 2,5%, mindestens aber 90 € mehr Lohn zahlen werden. Dies galt für 2015 und hätte vom Vorstand jederzeit widerrufen werden können. Damals konnten wir uns nicht einigen, weil es mehrere Missverständnisse bezüglich der Eingruppierung unserer Mitarbeiter/innen gab. Deshalb haben wir im Sommer 2015 Stellenbeschreibungen und Arbeitsplatzbeschreibungen auf Basis der Arbeitsrealität mit den Kreisverbänden und den Mitarbeiter/innen erarbeitet.

Im September 2015 haben wir zusammen mit unserem Betriebsrat und ver.di in Schleswig einen Tarifworkshop gemacht der über zwei Tage ging. Mit einem Berater und einer Mediatorin haben wir alle schwelenden Probleme erfolgreich besprochen. Für die Mitarbeiter/innen war das hoffentlich das Ende des Traumas des Stellenabbaus der Vergangenheit ohne Lohnzuwächse.

Für uns als Landesvorstand galt es, die Tarifstruktur für die Zukunft fit zu machen. Am zweiten Tag hatten wir dann die Tarifverträge bis zum Ende 2017 gemeinsam erarbeitet. Dabei haben die meisten Arbeitnehmer/innen Lohnzuwächse im Bereich von bis zu 4% im Jahr 2015 aufgrund von einem Sockelbetrag von 90 € erhalten und auch 2016 und 2017 steigen die Löhne für die Mitarbeiter/innen der Lohngruppe 3 um 3,4%

bzw. sogar 3,7%. In höheren Lohngruppen allerdings weniger.

Für die Zukunft haben wir eine niedrigere Einstiegsstufe für alle neuen Mitarbeiter/innen, aber auch eine Möglichkeit des Aufstiegs durch Übernahme von mehr Verantwortung. Eingruppierungsstreitigkeiten dürften für die Zukunft durch die klarstellenden Formulierungen ausgeschlossen sein.

In diesem Jahr haben wir als Vorstand auch den Beschluss fassen können, dass alle Kreisgeschäftsstellen zukünftig mit 18,5 Stunden ausgestattet werden. Dies war bislang nicht der Fall. Die Umsetzung erfolgt jetzt. Damit dürften alle zufrieden sein und sich die Überstunden ein wenig reduzieren. In einem Kreisverband haben wir sogar dann 8,5 h zu viel.

Das Wichtigste für uns alle: Die anstehenden Wahlen können wir ohne Ablenkung gemeinsam bestreiten.

BESSERE ORGANISATION, SCHULUNG UND KOOPERATION UNTEREINANDER

Seit 2013 haben wir schon gemeinsam viel erreicht. Aber wir sind noch nicht am Ende. Die SPD-Mitglieder engagieren sich auch außerhalb der Parteistrukturen. Mitglieder der Arbeitsgemeinschaften, das KulturForum, die SGK und andere arbeiten mit sozialdemokratischer Überzeugung und gestalten die Gesellschaft.

Zielgerichtet die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auch außerhalb der SPD zu

vernetzen und auch zu schulen, ist eine Kernaufgabe neben guter sozialer Politik für die Gesellschaft. Wir arbeiten um die Gesellschaft wieder gerechter, vielfältiger und toleranter zu machen. Aufstieg durch Bildung ist unser Markenkern. Ich möchte mit allen daran arbeiten, dass jeder in Deutschland dies ermöglicht bekommt. Deshalb haben wir die Bildungsarbeit im Landesverband noch einmal ausgeweitet.

Die SPD ist aufgefordert, alle eigenen Netzwerke zu stärken. Das ist kein einfacher Prozess und mit manchem Missverständnis verbunden. Aber es lohnt sich.

Die SPD Schleswig-Holstein hat ca. 450 Homepages über die wir öffentlich sichtbar sind. 400 davon werden von der Arbeitsgemeinschaft der Kreisverbände betreut. Das „SPD Net SH“ ist ein herausragendes Netzwerk von Internetseiten, welches organisatorisch einfach immer da ist. Es kostet kaum Geld und wird ehrenamtlich betreut. Aber technische und rechtliche Änderungen werden dazu führen, dass wir zusammen mit den ehrenamtlich Engagierten Veränderungen vornehmen müssen. Verändern, um zu erhalten. Zurzeit laufen die ersten Gespräche an, gemeinsam das System auf die Zukunft vorzubereiten.

Diese vielfältigen Aufgaben am Rande der Finanzen machen die Arbeit eigentlich erst interessant. Investieren, anstoßen und manchmal streiten zum Erfolg aller. Da bin ich mir sicher. Auch über den 7. Mai 2017 hinaus.

Euer Stefan Bolln

Übersicht Reinvermögen SPD Landesverband Schleswig-Holstein 1989-2015

Jahre	LV	KV	OV		Jahre	LV	KV	OV
1989	1.048.148 €				2003	-728.000 €	511.000 €	1.411.000 €
1990	820.112 €				2004	-1.575.000 €	703.000 €	1.610.000 €
1991	439.711 €				LTW 2005	-1.533.590 €	482.213 €	1.555.288 €
1992	-196.336 €	557.308 €	1.374.353 €		2006	-1.241.924 €	572.001 €	1.752.352 €
1993	-83.341 €	673.371 €	1.677.549 €		2007	-637.844 €	648.857 €	1.757.816 €
1994	-70.558 €	422.327 €	1.180.573 €		2008	-271.003 €	451.933 €	1.148.883 €
1995	115.552 €	533.789 €	1.487.859 €		LTW 2009	-1.047.993 €	276.061 €	1.225.789 €
1996	-269.962 €	360.972 €	1.585.516 €		2010	-817.621 €	427.368 €	1.428.737 €
1997	-295.527 €	542.992 €	1.883.599 €		2011	-887.578 €	570.750 €	1.650.903 €
1998	-111.973 €	397.274 €	1.269.026 €		LTW 2012	-1.245.952 €	574.812 €	1.717.292 €
1999	-741.885 €	597.189 €	1.572.223 €		KW, BTW 2013	-1.119.397 €	379.130 €	1.180.285 €
2000	-1.238.860 €	659.567 €	1.637.668 €		2014	-739.012 €	565.369 €	1.449.347 €
2001	-1.085.473 €	877.888 €	1.862.636 €		2015	-477.993 €	785.614 €	1.655.456 €
2002	-936.000 €	857.000 €	1.899.000 €					

BERICHT ÜBER DIE ARBEIT DES LANDESPARTEIRATES

Von Sönke Rix, Vorsitzender des Landesparteirats



Seit seiner konstituierenden Sitzung im März 2015, auf der ich zum Vorsitzenden und die Stornarer Kreisvorsitzende Susanne Danhier zur stellvertretenden Vorsitzenden wiedergewählt wurden, hat der Landesparteirat achtmal getagt.

Der Landesparteirat hat sich auch in den vergangenen zwei Jahren als wichtiges Gremium für die Diskussion, Meinungsbildung und Abstimmung zwischen der Landesebene (Landesvorstand, Landtagsfraktion, Landesregierung) und den Kreisverbänden und Arbeitsgemeinschaften der Partei erwiesen. Als Plattform für den Informationsaustausch, die Koordinierung und die Beschlussfassung ist der Landesparteirat eine wichtige Klammer des Zusammenhalts in der SPD Schleswig-Holstein.

Der Landesparteirat hat auf seinen Sitzungen regelmäßig mit den SPD-Mitgliedern der Landesregierung diskutiert und strittige Themen der Bundes- und Landespolitik aufgegriffen. Auch die Analyse von Landtagswahlen und Themen der Weiterentwicklung der Parteiarbeit standen auf der Agenda der des Landesparteirates.

In den vergangenen zwei Jahren stand die Flüchtlingspolitik häufiger im Mittelpunkt der Debatten im Landesparteirat. Auch internationale Themen wurden im Parteirat diskutiert. Die internationale Handelspolitik (TTIP und Ceta) sowie die Volksabstimmung über den Ausstieg Großbritanniens aus der EU (Brexit) nahmen breiten Raum ein. Das galt auch für außen- und sicherheitspolitische Themen wie der Syrien-Krieg und die Waffenexporte der Bundesrepublik in die Kriegs- und Spannungsgebiete.

Auch die programmatische Arbeit nahm im Parteirat breiten Raum ein. Der Beschluss des Landesparteitages „Mehr Gerechtigkeit wagen“ wurde im Parteirat intensiv vorbereitet und wir waren von Beginn an eingebunden in die Entwicklung des Regierungsprogramms für die Landtagswahl am 7. Mai 2017. Über die Wahlkampf vorbereitungen wurde der Parteirat mehrfach informiert.

Weiterhin nicht im eigentlichen Sinne der Erfinder ist es, dass es zur Gewohnheit geworden ist, nicht erledigte Anträge auf Landesparteitagen körbewise an den Landesparteirat zu überweisen.

Der Landesparteirat ist das höchste Beratungsgremium der Landespartei zwischen den Parteitagen. Er hat sich als Bindeglied zwischen der Kommunalpolitik, den Kreisverbänden, Arbeitsgemeinschaften und der Landesebene der Partei bewährt. Kritisch, kompetent und konstruktiv, so wird der Parteirat auch künftig eine selbstbewusste Rolle in der Landespartei spielen.

VERANSTALTUNGSTECHNIK AUS AHRENSBURG

SCHNELL UND PROFESSIONELL IN NORDDEUTSCHLAND



BIETET

- ✓ FIRMENEVENTS
- ✓ KONFERENZTECHNIK
- ✓ FESTINSTALLATION
- ✓ BESCHALLUNG
- ✓ TECHNIK VERMIETUNG

Telefon: 04102-47590
www.sound-light-service.de

An der Strusbek 50 · 22926 Ahrensburg



BERICHT REVISIONSKOMMISSION

Von Eckart Finger, Vorsitzender

Die vom Landesparteitag am 15. März 2015 gewählten Revisorinnen und Revisoren Bärbel Bergner, Renate Pfau, Klaus Fox, Hermann Greve und Eckart Finger haben Eckart Finger zum Vorsitzenden der Kommission gewählt und Hermann Greve zu seinem Stellvertreter.

In den Sitzungen der Revisoren wurden seither insbesondere die nachfolgenden Themen geprüft und diskutiert:

- Auswertungslisten und Belegprüfung für die Haushaltsstellen:
 - Landesparteitage 2015
 - Politischer Aschermittwoch
 - Direktwahlen Bürgermeister
- Abschluss 2015
- Die vom Landesvorstand beschlossene mittelfristige Finanzplanung
- Vorläufiger Abschluss II. Quartal 2016

Die für die Revisorinnen und Revisoren erforderlichen Informationen aus dem Landesverband wurden den Mitgliedern der Kommission vom Landesgeschäftsführer Christian Kröning und von



Hermann Greve, Revisionskommission

der Assistenz der Geschäftsführung, Charlotte Sprengel, vermittelt und zur Verfügung gestellt.

Wie bereits in den Berichten der Vorjahre vermerkt, konnte auch in dieser Legislaturperiode des Landesvorstands eine sehr sparsame Haushaltsführung festgestellt werden.

Die Revisorinnen und Revisoren empfehlen dem Parteitag, den Landesvorstand für die Jahre 2015 und 2016 zu entlasten

BERICHT LANDESSCHIEDSKOMMISSION

INFO: Dieser Bericht liegt gedruckt auf dem Landesparteitag vor.

AUF DEM WEG ZUM WAHLSIEG 2017

Zur Arbeit und Entwicklung der Parteiorganisation von Christian Kröning, Landesgeschäftsführer

„POLITIK HEISST: ETWAS WOLLEN

Sozialdemokratische Politik heißt Veränderung wollen. Weil Veränderungen Verbesserungen verheißen, weil sie Phantasie und Visionen anregen.“ *Olof Palme, schwedischer Ministerpräsident*

Als wir uns am 28. Februar 2016 in Kiel auf einer Veranstaltung anlässlich des 30. Jahrestages seiner Ermordung an Olof Palme erinnerten, ging vielen von uns dieses „Politik heißt etwas wollen“ immer noch unter die Haut. Denn es zeugt von der Kraft der Sozialdemokratie.

(Auf youtube könnt ihr euch diese Veranstaltung ansehen www.youtube.com/watch?v=M_MxGET9Id4)

Ja, die Sozialdemokratie muss wissen, was sie will. Und wir müssen es machen. Von hier führt eine gerade Linie zu unseren Prinzipien für die anstehenden Wahlkämpfe in Schleswig-Holstein.

Wir können das. Wir wollen das. Wir machen das. Denn gerade Wahlkampf heißt etwas wollen. Nämlich Politik nach sozialdemokratischen Werten und Zielen zu gestalten.

1. POLITISCHE IDENTITÄT DER SOZIALDEMOKRATIE

Die SPD in Schleswig-Holstein hat in den vergangenen drei Jahren mit großem Einsatz daran gearbeitet, den Kern ihrer politischen Identität heraus zu arbeiten und neu sichtbar zu machen: nämlich ihren Charakter als Friedenspartei und als Gerechtigkeitspartei. Denn das sind die historischen Fundamente auf denen die SPD steht.

FRIEDENSPOLITIK

Krieg in Europa - diese Vorstellung war bereits aus unseren Köpfen heraus, als vor vier Jahren auf der Krim und in der östlichen Ukraine militärische Auseinandersetzungen begannen. Und nach den großen Hoffnungen des Arabischen Frühlings erlebt dieser Teil der Welt ein Desaster ohnegleichen. In Syrien tobt ein Weltkrieg auf



Foto: Gerd Finke

engstem Raum, ähnliches geschieht im Yemen. Es war und ist an der Zeit nach neuen friedenspolitischen Perspektiven Ausschau zu halten.

Der Landesvorstand hat das Diskussionspapier „Friedenspolitik heute“ erarbeitet und auf einem Kongress im Juni 2014 in Kiel zur Diskussion gestellt. Ein Landesparteitag hat im September 2014 in Lübeck dieses Papier einstimmig beschlossen.



Der Bundesparteitag der SPD hat im Dezember 2015 wesentliche Inhalte unseres Papiers in seinen Beschluss zur deutschen Außen- und Sicherheitspolitik übernommen:

- Krieg löst keine Konflikte.
- Sicherheit und Frieden in Europa gehen nicht ohne, sondern nur mit Russland.
- Wir wollen das Recht des Stärkeren durch die Stärke des Rechts ersetzen und deshalb die UN stärken.
- Wir treten ein für eine gerechtere Welt wirtschaftsordnung und mehr Entwicklungszusammenarbeit.

- Wir lehnen Rüstungsexporte in Kriegs- und Spannungsgebiete ab.
- Deutsche Außenpolitik muss Motor sein bei der Abrüstung und der Durchsetzung der Prinzipien des Gewaltverzichts, der gemeinsamen Sicherheit und des Völkerrechts.

Der friedenspolitische Charakter der SPD wird unterstrichen durch die erstmalige Beteiligung einer Partei einer nationalen Minderheit in der gegenwärtigen schleswig-holsteinischen Landesregierung. Denn auch und gerade Minderheitenpolitik ist Friedenspolitik.

Wir werden unsere friedenspolitischen Überzeugungen auch in einer großen Veranstaltung im Landtagswahlkampf 2017 einbringen. Das ist mehr als Wahlkampf. Das ist die lange Linie der SPD Schleswig-Holstein und ein Teil unseres historischen Fundaments. Der andere Teil heißt Gerechtigkeit.

GERECHTIGKEITSPARTEI

In Deutschland, Europa und weltweit entwickeln sich die Einkommens- und Vermögensgrenzen zwischen oben und unten in den Gesellschaften immer weiter auseinander. Welchen politischen Sprengstoff das birgt, erleben wir seit Jahren mit dem Anwachsen der Flüchtlingszahlen und dem Erstarken rechtspopulistischer Bewegungen und Parteien. Der Wahlsieg Donald Trumps in den USA ist eine historische Zäsur. In Amerika und in Europa wenden sich viele Menschen von den demokratischen Parteien ab, die angesichts der sich immer weiter öffnenden Schere zwischen oben und unten bei der Einkommens- und Vermögensverteilung unter die Räder kommen.

Soziale Gerechtigkeit ist neben der Friedenspolitik die zweite lange Linie der Sozialdemokratie. Wir sind die Gerechtigkeitspartei, werden aber in Teilen unserer Gesellschaft nicht als solche wahrgenommen.



wig-Holstein ein Papier erarbeitet, dass den Kreisverbänden, den Ortsvereinen und dem Landesparteitag zur Diskussion vorgelegt wurde.

Der Parteitag hat einstimmig die folgenden Leitlinien einer künftigen Gerechtigkeitspolitik beschlossen:

- Wir wollen, dass alle Menschen ihr persönliches Potential voll entfalten können. Anstrengung muss durch sozialen Aufstieg und eine spürbare Verbesserung der eigenen Lebensumstände belohnt werden.
- Wir sagen Menschen nicht, wie sie leben sollen, sondern helfen ihnen so zu leben, wie sie es wollen.
- Wir wollen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von ihrer Arbeit gut leben können, und dass staatliche Lohnsubventionen deshalb überflüssig werden.
- Denjenigen in besonders schwierigen Lebenslagen muss wirksam geholfen werden. Bei Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Pflegebedürftigkeit müssen sie durch gute, zuverlässige und ausreichende soziale Leistungen geschützt werden.
- Wir wollen ein Rentenniveau, das Ertrag von Lebensleistung darstellt und Menschen im Alter erlaubt gut zu leben.
- Wir widersetzen uns jeder Art von Diskriminierung und Ausgrenzung. Wir wollen Integration und Inklusion.

Diese hier begonnene Aufarbeitung unserer Positionen zur sozialen Gerechtigkeit prägen auch das inzwischen beschlossene Regierungsprogramm 2017-2022 für die Landtagswahl 2017. Wir gehen mit einem klaren Gerechtigkeitsprofil in diesen Wahlkampf.

2. GUTE FÜHRUNG, GUTE FÜHRUNG

Die sozialdemokratische und gewerkschaftliche Formel „Gute Arbeit“ enthält nicht nur eine politische Zielrichtung, sondern sie bedeutet auch eine Verpflichtung gegenüber unseren eigenen hauptamtlichen MitarbeiterInnen in der SPD sowie gegenüber unseren ehrenamtlichen Mitgliedern. Denn unsere politischen Forderungen, die wir an andere richten, müssen auch dort eingelöst werden, wo wir selbst Verantwortung tragen. Der Landesverband Schleswig-Holstein hat begonnen, unter der Überschrift „Gute Ar-

beit“ ein Leitbild einer modernen und humanen Arbeitswelt auch innerhalb der Parteiorganisation zu entwickeln.



Daran haben wir in den vergangenen zwei Jahren gearbeitet:

Die erste Säule des Projekts widmete sich der Teamentwicklung der SPD-Landesgeschäftsstelle in Kiel.

Die zweite Säule galt den hauptamtlichen MitarbeiterInnen der Kreisgeschäftsstellen und setzte sich mit Fragen und Herausforderungen ihrer Arbeit auseinander.

Die dritte Säule richtete sich an unsere „Teams vor Ort“, die aus den hauptamtlichen MitarbeiterInnen und „ihren“ ehrenamtlichen Vorständen bestehen. Gemeinsame Arbeitstreffen, zusammen mit Teams aus anderen Kreisverbänden, trugen dazu bei, die Aufgaben und Rollen der unterschiedlichen Ebenen zu reflektieren, die Anforderungen der hauptamtlichen Arbeit zu erörtern und Fragen der praktischen Zusammenarbeit zu klären. Diese Workshops boten Reflexionsmöglichkeiten und gaben praktische Unterstützung bei der Bewältigung des politischen Management- und Führungsalltags. Im Fokus stand dabei die gelingende Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamt.

Mit dem Projekt „Gute Arbeit“ geht der SPD-Landesverband Schleswig-Holstein neue Wege und ist damit in einer führenden Rolle. Das ist dem Engagement der beteiligten KollegInnen zu verdanken, ebenso der Unterstützung durch Partei- und Landesvorstand sowie des Betriebsrats und nicht zuletzt durch das engagierte Mitwirken der

ehrenamtlichen Kreisvorstände. Ich möchte mich bei René Martin bedanken, der uns bei diesem Prozess hervorragend begleitet hat. René ist selbstständiger Coach und Trainer und arbeitet u.a. für die SPD Führungsakademie, die Kommunalakademie und die Friedrich-Ebert-Stiftung.

Die Erkenntnisse und Erfahrungen, die wir in der gesamten Teamentwicklung gewonnen haben, helfen uns, die Herausforderungen der anstehenden Wahlkämpfe miteinander besser zu meistern.

Eine Broschüre, die den Prozess „Gute Führung, Gute Arbeit“ dokumentiert, gibt Empfehlungen, wie sich jeder Kreisvorstand von Zeit zu Zeit mit den wichtigen Fragen der Zielsetzung der Vorstandsarbeit und einer gelingenden Zusammenarbeit auseinandersetzen kann.



Foto: Fotolia, Robert Kneschke

3. AUF DEM WEG ZUM WAHLSIEG 2017

WAHLKAMPFVORBEREITUNGEN

Das Jahr 2016 stand ganz im Zeichen der Vorbereitung des Landtagswahlkampfes 2017. Fragen der Strategie, die Suche nach einer für uns geeigneten Werbeagentur, die Aufstellung eines Wahlkampf-Etats und Personalentscheidungen zur Verstärkung unseres hauptamtlichen Wahlkampfteams standen dabei zunächst im Vordergrund.

Inzwischen sind die technischen und organisatorischen Vorbereitungen weit vorangekommen und wir stehen unmittelbar vor dem Start.

Programm, Strategie, Wahlwerbung und die Veranstaltungsplanung sind aus einem Guss und folgen diesen miteinander diskutierten Prinzipien:

1. Unser Wahlkampf findet statt auf der **Hauptstraße der sozialen Gerechtigkeit**. Gerechtigkeit ist von jeher das fundamentale Thema der SPD. Gerechtigkeit steht im Mittelpunkt der aktuellen Wertedebatte. Dies findet sich in allen unseren Werbemitteln wider.

2. Unser Wahlkampf handelt zuallererst von den **Alltagsthemen** der Menschen in den Bereichen Arbeitswelt, Bildung, Familienleben und Infrastruktur. Diese Themen ziehen sich wie ein roter Faden durch unsere Wahlwerbung.

3. Wir machen den ernsthaften Versuch, **enttäuschte NichtwählerInnen zurück zu gewinnen**. Wir müssen deshalb einen besonderen Einsatz in solchen Wohngebieten zeigen, in denen die SPD stark, aber die Wahlbeteiligung niedrig war. Hier können wir viele Menschen zurückgewinnen

4. Viele Menschen sagen, dass sie kaum noch **Unterschiede** zwischen SPD und CDU sehen. Wir werden unser **Profil als Gerechtigkeitspartei einfach, klar und prägnant herausstellen**.

5. Am 7. Mai sind 350.000 Jung- und ErstwählerInnen am Start. Wir wollen sie mit einem attraktiven und aktiven **Jugendwahlkampf** dazu bewegen, ihr demokratisches Wahlrecht auszuüben und sie für uns gewinnen.

Unsere Ziele sind klar:

Wir wollen als stärkste Partei durchs Ziel gehen und erneut die nächste Landesregierung bilden. Und: Torsten Albig muss Ministerpräsident bleiben.

BEITRAGSKAMPAGNE

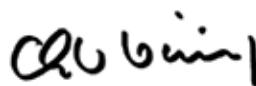
Zu den Wahlkampf vorbereitungen gehört unsere Telefon-Aktion „MEHR BEITRAG, MEHR SPD“. Diese Aktion haben wir im November 2016 durchgeführt. Das Ergebnis war erstaunlich gut: Fast die Hälfte der angerufenen Mitglieder haben ihren Beitrag erhöht. Das hilft uns die kommenden drei Wahlkämpfe zu führen: die Landtagswahl am 7. Mai 2017, die Bundestagswahl im September 2017 und die Kommunalwahl im Frühjahr 2018.

Ja, wir haben großartige Mitglieder!

Die vergangenen zwei Jahre haben wir in der SPD Schleswig-Holstein mit hohem Einsatz gearbeitet. Ich freue mich, meinen Anteil als Landesgeschäftsführer dazu beigetragen zu haben.

Ich möchte mich herzlich bedanken für gute Zusammenarbeit, intensive Gespräche und Diskussionen sowie gute Ergebnisse der gemeinsamen Arbeit. Das gilt für die Mitglieder des Landesvorstandes, das gilt für meine Kolleginnen und Kollegen in der Landesgeschäftsstelle und den Kreisgeschäftsstellen, besonders auch für Betriebsrat. Ich bedanke mich bei den Kreisverbänden, den Arbeitsgemeinschaften und vielen Ortsvereinen, mit denen wir gut zusammengearbeitet haben.

Also: Glückauf für das Wahljahr 2017!



Christian Kröning, Landesgeschäftsführer



SCHLESWIG-HOLSTEIN

SPD

WIR KÖNNEN DAS.

WIR WOLLEN DAS.

WIR MACHEN DAS.

POLITISCHE BILDUNGSARBEIT 2013-2015

Von Hermann Bock

„Menschen bilden bedeutet nicht, ein Gefäß zu füllen, sondern ein Feuer zu entfachen.“

Die Bildungsarbeit der SPD Schleswig-Holstein hat eine lange Tradition. Wir befähigen unsere Mitglieder sich einzubringen und sorgen für politische Weiterentwicklung. Als Arbeiterbildungspartei haben wir dabei immer den ganzen Menschen im Blick. Wir schaffen Orte der Persönlichkeitsentwicklung. Neuen Mitgliedern wollen wir einen guten Start in die Sozialdemokratie bereiten. Menschen zu ermöglichen, sich für sich und andere einzusetzen und somit unsere Gesellschaft mitzugestalten, sind Prinzip und Verantwortung unserer Bildungsarbeit.

Der Landesverband Schleswig-Holstein fördert seine Mitglieder systematisch in fünf Bereichen: Neumitgliederarbeit, Grundlagen der Kommunalpolitik, Nachwuchsqualifizierung, Organisationsentwicklung und Entwicklung des politischen Hauptamtes.

Im Berichtszeitraum haben wir vier mehrtägige Neumitgliederseminare für neue Genossinnen und Genossen durchgeführt. In Kooperation mit dem Juso-Landesvorstand haben wir ein Wochenende für neue Mitglieder im Alter unter 35 Jahren angeboten.

Die weiteren Angebote waren altersgemischt. Inhaltliche Schwerpunkte sind: Grundwerte, Programme und Geschichte der SPD sowie der organisationale Aufbau der SPD.

Unsere kommunalpolitische Förderung bestand vor allem durch unsere Kommunalakademie. Hier haben wir mit jährlich jeweils drei aufeinander aufbauenden Wochenenden die Grundlagen der Kommunalpolitik vermittelt. Es geht uns um die Vermittlung von Fachwissen in den Bereichen Baurecht, Kommunalverfassung und Haushaltsrecht. Gleichzeitig haben wir die Persönlichkeits- und Methodenkompetenz der Teilnehmenden gestärkt. Durch Rhetorik, „Organisation und Leitung von Sitzungen“ und „Selbstmanagement im Ehrenamt“ haben wir die Grundlagen für gelingendes bürgerschaftliches Engagement gelegt. Bei einem zweitägigen Vernetzungstreffen haben wir ehemaligen Absolventen die Chance gegeben, ihr landesweites Netzwerk zu stärken.

Außerdem haben wir Moderationen und Trainings vor Ort in Fraktionen, Ortsvereinen und Kreisverbänden durchgeführt. Von diesem neuen Angebot haben insgesamt 7 Gliederungen in Tagesworkshops Gebrauch gemacht.

Im Bereich der Nachwuchsqualifizierung haben wir einen Besuch des Bundesparteitages (Foto s.u.) im Dezember 2015 für 30 engagierte GenossInnen ermöglicht. Neben der Möglichkeit den interessanten Debatten im Plenum beizuwohnen, haben wir intensive Diskussionen mit internationalen Gästen organisiert. Darunter waren Karl Duffek (Direktor des Karl Renner Instituts aus Österreich), Mustafa Barghuthi (Generalsekretär der palästinensischen Al-Mubadara) oder Mossi Raz (Generalsekretär der israelischen Meretz-Partei).



Außerdem haben wir mit den Juso Kreisvorsitzenden und dem Juso Landesvorstand ein Wochenendseminar zum Thema „Führung- und Verantwortung – politische Ethik“ (Juni 2016) durchgeführt. Mit 20 jungen Nachwuchskräften haben wir über Werte diskutiert und an Fallbeispielen politische Führung trainiert. Ganz praktisch haben wir in mehrtägigen Veranstaltungen mit einem „Reden schreiben Seminar“ (Januar 2016) und einem politischen Strategietraining (Oktober 2015) weiteres Handwerkszeug vermittelt. Speziell für Frauen haben wir ein mehrtägiges altersgemischtes Kommunikationstraining durchgeführt. Hier haben wir auch das Instrument der kollegialen Fallberatung vermittelt, um das Netzwerk engagierter Frauen zu stärken. Abgerundet hat diese Reihe der Nachwuchsqualifizierung unsere Wahlkämpfer-Fortbildung unter dem Titel „Youth Campaigner Seminar“ (Oktober 2016). Hier wurden in einem zweitägigen Workshop 52 junge WahlkämpferInnen an Instrumente des Canvassings, d.h. niedrigschwellige und zielgruppenorientierte Kommunikation, herangeführt.

Im Bereich der Organisationsentwicklung haben wir eine Grundlagenschulung für Kassiererinnen und Kassierer (November 2016) durchgeführt. Hier ging es um die Basics der Kassenführung und des ordnungsgemäßen Rechenschaftsberichts.

Des Weiteren haben wir uns mit einer großen Ortsvereinskonferenz (Juli 2015) auf die Suche nach dem „Ortsverein der Zukunft“ begeben. Mit über 120 engagierten Mitgliedern und Führungskräften unserer Partei haben wir über die „Zusammenarbeit mit Vereinen und Verbänden“, die „Willkommenskultur im OV“, „attraktive Gremiensitzungen“, „den digitalen OV“ und die „Einbindung von Nichtmitgliedern“ diskutiert und neue Ideen erarbeitet.



Um einen genauen Blick auf die Situation der weiblichen Mitglieder zu richten, wurde im Rahmen eines Nachwuchsprojektes von Christiane Buhl ein umfangreicher Mitgliederbericht angefertigt. In Fokusgruppengesprächen und zwei Onlineumfragen konnte ermittelt werden, wie wir die Rahmenbedingungen verändern müssen, damit das Engagement von weiblichen Mitgliedern intensiviert werden kann. Allen, die sich daran beteiligt haben danke ich sehr!

Wir haben die Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Ehrenamt gestärkt. Hierzu wurden „Team Vor Ort“ Seminare durchgeführt. Unser schwerpunktmäßiges Ziel war es, ein Verständnis für Rollen und Verantwortlichkeiten zwischen den ehrenamtlichen Kreisvorständen und dem Hauptamt in der Fläche zu schaffen.

Bildungsarbeit bedeutet auch, unsere hauptamtlichen MitarbeiterInnen zu stärken. Unter dem Titel „Innovation, Personalentwicklung und Qualifizierung“ (IPQ) haben wir in Zusammenarbeit mit der Parteischule der SPD allen hauptamtlichen Mitarbeitern ermöglicht, sich in Bereichen wie „Wahlkampf“, „Kommunikation“, „Social Media“, „Work-Life-Balance“ oder „Arbeiten für mehrere Chefs“ fortzubilden.

Neuen Kolleginnen und Kollegen machen wir ein Angebot über 5 Module, in denen sie innerhalb eines Jahres abseits ihres Arbeitsplatzes eingearbeitet werden und sich auf Bundesebene vernetzen können. Parallel dazu werden sie im „Training-on-the-Job“ durch eine begleitende Startbegleitung und einen umfangreichen Einarbeitungsplan mit ihren neuen Aufgaben vertraut gemacht.

Ich möchte mich für die Zusammenarbeit mit allen ehrenamtlichen- und hauptamtlichen Trainerinnen und Trainern des Landesverbandes bedanken. Ein großes Plus ist das starke Netzwerk von Partnerinnen und Partnern, darunter nicht zuletzt die Gustav-Heinemann-Bildungsstätte in Malente. Hier findet unsere Bildungsarbeit ein gutes, sozialdemokratisches Zuhause.

ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG UND LANDESWAHLKONFERENZ 2015

AM 14. UND 15. März 2015 IN NEUMÜNSTER, HOLSTENHALLEN

Auf diesem ordentlichen Landesparteitag wurden das erste Mal zwei Frauen als stellvertretende Vorsitzende des neuen und alten Landesvorsitzenden Ralf Stegner gewählt. Neben den turnusgemäßen Neuwahlen des Landesvorstandes standen wie immer weitere Organisationswahlen an (z. B. zum Landesparteirat, Delegierte zum Bundesparteitag oder der Schieds- und Revisionskommission).

Der Landesvorstand besteht aus 11 Personen und wurde vom Landesparteitag wie folgt neu gewählt:

- Dr. Ralf Stegner, Landesvorsitzender
- Bettina Hagedorn, stv. Vorsitzende
- Christiane Küchenhof, stv. Vorsitzende
- Stefan Bolln, Schatzmeister
- Zu Beisitzer/innen wurden (wieder-)gewählt: Kristin Alheit, Dirk Diedrich, Serpil Midyatli, Birte Pauls, Dr. Nina Scheer, Mathias Stein und Alexander Wagner.

Die Neuwahlen aller Gremien erfolgten problemlos elektronisch. Torsten Albig bilanzierte in seiner Rede drei Jahre erfolgreiche Landesregierung. Sigmar Gabriel besuchte den Parteitag am Samstag und redete zu den Delegierten.



1. AUßERORDENTLICHER LANDESPARTEITAG

AM 23. APRIL 2016 IN KIEL, CASINO DER STADTWERKE

MEHR GERECHTIGKEIT WAGEN

Dieser außerordentliche Landesparteitag war ein Arbeitsparteitag für die schleswig-holsteinische SPD. Die Delegierten diskutierten und beschlossen vor allem das Gerechtigkeitspapier des Landesvorstandes „Mehr Gerechtigkeit wagen“. Das Papier wurde seit dem großen Gerechtigkeitskongress der schleswig-holsteinischen SPD im September 2015 umfangreich und breit in der Parteibasis diskutiert. Es wurden viele Anträge dazu aus den Gliederungen eingereicht.

Bestimmendes Thema war in Ralf Stegners Rede „Das Land zusammenhalten“ dementsprechend auch der Gerechtigkeitsgedanke.

Der Parteitag beschloss zudem die Resolution „Humanität und Gerechtigkeit - Schleswig-Holsteinische Grundlagen in der Flüchtlingspolitik“. Die Würde aller Menschen ist Ausgangspunkt sozialdemokratischer Politik. Sie ist nach Artikel 1 unseres Grundgesetzes unantastbar. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte stellt fest: Die gleichen und unveräußerlichen Rechte aller Menschen sind Grundlage für Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt.



Björn Engholm erinnerte an Helmut Schmidt und Egon Bahr.



2. AUßERORDENTLICHER LANDESPARTEITAG

AM 26. NOVEMBER 2016 IN NEUMÜNSTER, HOLSTENHALLEN

PROGRAMM ZUR LANDTAGSWAHL & NOMINIERUNG VON TORSTEN ALBIG

Der außerordentliche Landesparteitag in den Holstenhallen war ein richtungsweisender Parteitag in Richtung Landtagswahl 2017 für die schleswig-holsteinische SPD.

Das SPD-Regierungsprogramm für die Jahre 2017-2022 wurde einstimmig beschlossen und Torsten Albig als Spitzenkandidat nominiert.

„Wir sind uns darüber bewusst, dass es harte Arbeit erfordert, die Landtagwahlen als stärkste Kraft zu gewinnen. Nicht nur, weil es in Schleswig-Holstein immer knapp ist, sondern weil wir uns mit Feinden unserer Demokratie auseinandersetzen müssen. Rechtspopulisten zu wählen bringt niemals etwas Gutes. In den kommenden Monaten werden wir mit der gesamten Partei und einem starken Programm, das sich an den Alltagsthemen der Menschen orientiert, beweisen, wie gute Politik aussieht. Ich freue mich, meine Partei derart geschlossen hinter mir zu wissen. Unsere Geschlossenheit macht uns stark“, so Torsten Albig nach seiner Nominierung.

Torsten Albig wurde von den Delegierten des SPD-Landesparteitags einstimmig für Platz 1 der Landesliste nominiert.



Berliner in Schleswig-Holstein? Wir essen das!

Torsten Albig, Ralf Stegner, Robert Habeck und Ulf Kämpfer



BERICHTE DER ARBEITSGEMEINSCHAFTEN, FOREN UND ARBEITSKREISE

ARBEITSGEMEINSCHAFT 60PLUS



Die Delegierten der ordentlichen 60plus-Landeskonferenz wählten am 24.09.2014 den Landesvorstand,

der aus der Vorsitzenden Anke Rönnau und acht gleichberechtigten Beisitzerinnen/Beisitzern bestand. Das Motto der Landeskonferenz lautete „Rentenreform – Fluch oder Segen?“.

Die erste Sitzung des Landesvorstandes fand am 21.10.2014 mit einer Nachlese zur Landeskonferenz und zum Altenparlament statt. Die letzte Zusammenkunft fand am 20.09.2016 vor der am 26.09.2016 stattfindenden ordentlichen Landeskonferenz mit Neuwahlen der AG 60plus statt. Insgesamt tagte der Landesvorstand in den zwei Jahren zwanzigmal.

Die Vorstandssitzungen waren dadurch gekennzeichnet, dass folgende Themen mit entsprechenden Gästen ausführlich erörtert wurden: Birte Pauls (MdL) Pflegekammer, Pflegestärkungsgesetz, Pflegeausbildung, Struktur des Altenparlamentes; Dr. Nina Scheer (MdB) CETA und TTIP; Petra Coor-des, Prokuristin, Leiterin des Bereiches Landesverkehrsplanung NAH.SH GmbH, zum Thema „Mobilität im Flächenland Schleswig-Holstein“.

Auf der Bundeskonferenz am 16./17.09.2016 in Rostock kandidierte Gesche Peters (KV Lübeck) erneut als Beisitzerin für den Bundesvorstand und wurde mit 79,9 % der abgegebenen Stimmen gewählt.

An den Sitzungen des Bundesausschusses in den Jahren 2015 und 2016 nahmen seitens der AG60plus Schleswig-Holstein Hans-Peter Iversen, Siegfried Reuter, Erika Wallbaum und Anke Rönnau teil.

An verschiedenen Treffen aller Landes-AGs und Themenforen nahm Gerd Brüning als Vertreter der AG60plus teil, am 02.02.2016 zusammen mit Axel Rath (KV Pinneberg).

Zum Treffen der „Nordschiene“ (Landesverbände Hamburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Bezirksverbände Niedersachsen) am 09.02.2016 in Hamburg nahmen Gesche Peters, Gerd Brüning, Hans-Peter Iversen und Anke Rönnau teil. Schwerpunktthemen waren die Unterbringung von Geflüchteten und Migranten sowie die Zukunft der AG 60plus.

Auf den Sitzungen des Altenparlamentes des Landtages Schleswig-Holstein war die AG 60plus in den letzten drei Jahren vertreten. Die Unterzeichnerin konnte als Gast in den Jahren 2015 und 2016 an verschiedenen Sitzungen des SPD-Landesvorstandes in Kiel teilnehmen und informierte anschließend den Landesvorstand der AG 60plus ausführlich über inhaltliche und organisatorische Ergebnisse sowie Abläufe.

Am 14.03.2016 wurde im Finanzministerium der Alterseinkünfterechner vorgestellt. Es war eine informative Veranstaltung in einer angenehmen, wertschätzenden Atmosphäre.

Regelmäßig erfolgte auf den Landesvorstandssitzungen unter den Anwesenden ein Austausch über die Aktivitäten in den Kreisverbänden der AG 60plus.

Auf der ordentlichen Landeskonferenz der AG 60Plus am 26.09.2016 wurde ein neuer Vorstand gewählt. Neue Vorsitzende wurde Gerlinde Böttcher-Naudiet. Als gleichberechtigte Beisitzer wurden gewählt: Hans Michael Biallowons (Kiel), Gerd Brüning (Stormarn), Kirsten Jordt (SL-FL), Hans-Peter Iversen (Lauenburg), Bernd Müller (NF), Rolf Naumann (Steinburg), Uwe Tewes (OH), Aletta Thies (Dithmarschen). Neben der Antragsberatung hielt Birte Pauls ein Gastreferat zum Thema „Pflege“. Ein besonderer Dank des neu gewählten Vorstandes geht an die vorherige Vorsitzende Anke Rönnau, die den größten Teil des Rechenschaftsberichtes erstellt hat.

Aus zeitlichen Gründen konnten ein Teil der Formalien nicht abgearbeitet werden, so dass für den 15.12.2016 zu einer zweiten Landeskonferenz eingeladen wurde.

Der amtierende Vorstand hat die Aufgabenfelder untereinander aufgeteilt und sich bereits für das Jahr 2017 Themen wie das Bundesteilhabegesetz, die Infrastruktur im ländlichen Raum sowie den preisgebundenen Wohnungsraum vorgenommen.

Gerlinde Böttcher-Naudiet, Landesvorsitzende
E-Mail: boettcher.gerlinde@t-online.de
Homepage: www.spd-net-sh.de/ag60/

ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR ARBEITNEHMERFRAGEN (AfA)



Der Landesvorstand der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen/Betriebsorganisationen im

SPD-Landesverband Schleswig-Holstein (AfA SH) tagte im Berichtszeitraum monatlich.

Von April bis September 2015 fand im Wesentlichen die gemeinsame Vorbereitung mit den AfA-Kreisverbänden zur AfA-Landeskonferenz am 26.09.2015 statt, die Konferenz stand inhaltlich unter dem Thema: „Gut leben, gut arbeiten, gut handeln“.

Nach 23 Jahren bewarbt sich Wolfgang Mädels nicht noch einmal um den AfA-Landesvorsitz. Zur Würdigung des langjährigen Engagements wurde Wolfgang Mädels vom SPD-Landesvorsitzenden, Dr. Ralf Stegner, mit der Willy-Brandt-Medaille ausgezeichnet und zum Ehrenvorsitzenden des AfA-Landesvorstandes ernannt.

Der neue Landesvorstand besteht aus: Frank Hornschu (Vorsitz), zu seinen Stellvertreterinnen wurden Inke Marie Jaschinski und Lena Lehmann gewählt. BeisitzerInnen: Dirk Stock, Bernd Losch, Peter Casper, Sezai Elmali, Kirsten Jöhnck, Tobias Marx, Gunnar Reichwaldt und Gabriele Wegner.

Die „Gute Gesellschaft“ - Was macht eine solche Gesellschaft aus?

Wir verstehen darunter soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, ein innovatives und erfolgreiches Zusammenleben sowie eine Demokratie, an der die BürgerInnen aktiv mitwirken. Die nicht am Fabrikator endet. Wir sind davon überzeugt, dass diese „Gute Gesellschaft“ von den Grundwerten der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität getragen wird. Eine solche Gesellschaft braucht Debatten, Austausch – manchmal Streit – und neue Ideen. Wir sind fest entschlossen, uns in diesem Sinne einzubringen.

Teilhabe stärken

Sinkende Wahlbeteiligung bei einer gleichzeitig wachsenden Zahl an Bürgerbegehren: Wie passt das zusammen? Menschen wollen die Welt, in der sie leben, mitgestalten, und sie wollen gehört werden, egal welche Herkunft oder Orientierung sie haben. Eine Gute Gesellschaft braucht demokratische Teilhabe. Wir wollen, dass alle BürgerInnen aktiv an der Entwicklung der Gesellschaft mitgestalten.

Neben ihren klassischen Politikfeldern wird sich die AfA deswegen auch mit folgenden Themen befassen:

- die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rechtspopulismus;
- die Förderung demokratischer Teilhabe;
- die Förderung des Verständnisses von Migration und Integration als Querschnittsaufgabe, die nahezu alle Politikbereiche berührt;
- die Mitarbeit an einem gelingenden Zusammenleben.

Gute Arbeit und sozialer Fortschritt - Chancen sichern

Mehr Zeit, ein gutes soziales Klima und Möglichkeiten zur Mitbestimmung. Auch das sind Stichworte, die eine „Gute Gesellschaft“ ausmachen. Das erreichen wir nur, wenn wir eine Lebens- und Arbeitswelt schaffen, die sozial, solidarisch und modern zugleich ist. Wir müssen heute darüber diskutieren, wie wir unsere sozialen Sicherungssysteme auf kommende Entwicklungen einstellen können.

Gute Arbeit heißt:

- dass sie stets und ohne Einschränkungen existenzsichernd, entgeltgleich, tarifgebunden, mitbestimmt, sozialversichert, unbefristet ist, nicht krank macht, Privates und Beruf verbindet, alters- und altersngerecht ist, Erwerbs- und Altersarmut vermeidet sowie Lohn- und Sozialdumping.
- dass Beschäftigten und Gewerkschaften durch ArbeitgeberInnen und Unternehmen keine Rechte genommen werden. Das Betriebsverfassungs- und Personalvertretungsrecht gilt es zu konkretisieren, anzupassen und mit empfindlichen Sanktionsregelungen gegenüber ArbeitgeberInnen, die dagegen verstoßen, auszustatten.
- die gesetzlichen Arbeits- und Sozialschutzbestimmungen der Wirklichkeit anzupassen. Die klassische Erwerbsbiographie -nach erfolgreicher Berufsausbildung bei ein und demselben Arbeitgeber bis zum Eintritt in die Rente zu arbeiten – gibt es kaum noch. Brüche in den Erwerbsbiographien sind Realität geworden. Die Schutzfunktion der bestehenden Arbeits- und Sozialgesetzgebung ist folglich obsolet.
- dass langfristig erwerbsuchende Menschen nicht in prekäre Arbeit vermittelt werden. Die Personalausstattung in den Regionen der Agentur für Arbeit und den Job-centern muss entsprechend aufgestockt werden, damit eine hochwertige Vermittlung möglich wird.
- die flächendeckende Umsetzung der Richtlinie 210/54/EU über Maßnahmen zur Erleichterung der Ausübung der Rechte, sowie der Richtlinien

210/67/EU i. V. m. 96/71/EU über die Entsendung von ArbeitnehmerInnen im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen und zur Verstärkung der Verordnung EU-Nr. 1024/2012 über die Verwaltungszusammenarbeit mit Hilfe des Binnenmarkt-Informationssystems.

- dass kein junger Mensch zurückgelassen wird. Dass der Übergang von Schule in Beruf reibungslos für Eltern und Jugendliche organisiert wird. Die ausbildungsunwilligen und -ungeeigneten ArbeitgeberInnen zahlen eine Ausbildungsplatzabgabe.

- dass den Beschäftigten zur Sicherung und Erhaltung ihrer Qualifikation vollumfängliche Möglichkeiten der beruflichen Fort- und Weiterbildung eingeräumt werden. Nur durch Erhalt und Sicherung des Qualifikationsstandes kann der Wohlstand in unserer Gesellschaft abgesichert und zukunftsfest gemacht werden.

- die Digitalisierung in der Arbeitswelt im Sinne der Menschen bzw. der Beschäftigten konsequent mitzugestalten. Dabei regelt der Gesetzgeber den grundlegenden Schutz der Beschäftigten vor Risiken und leitet entsprechende Maßnahmen ab. Es gilt ein Leitbild guter digitaler Arbeit mit zeitgemäßen Gesetzen zu schaffen.

Wohlstand

Wohlstand für alle Menschen. Nicht nur im eigenen Land, sondern auf unserem Kontinent - weltweit. Nicht für wenige, sondern für alle Menschen. Die Kluft zwischen arm und reich muss geschlossen werden. Nicht nur die ArbeitnehmerInnen und klein- und mittelständischen Unternehmen an der Finanzierung des Gemeinwohls beteiligen, sondern auch die Wohlhabenden und großen Konzerne. Soziale Gerechtigkeit und Wohlstand für alle gibt

Sicherheit

Sicherheit lässt sich ausschließlich nur in aufrichtiger und respektvoller Kooperation sowie mit dem ernsthaften Willen, übereinander eine Verständigung zu erzielen, erreichen. Dieser Grundsatz gilt im Innen wie im Außen und ist unmittelbar mit einer gerechten Verteilungspolitik, der sozialen Gerechtigkeit und der uneingeschränkten Vermeidung von Unterdrückung und Ausbeutung von Mensch und Natur verbunden.

Eine gute Familienpolitik ist gekennzeichnet durch deren Schutz, Stärkung, Akzeptanz und uneingeschränkter Unterstützung. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen sind so auszugestalten, dass die Lebensgestaltung und -führung in keinsten Weise behindert werden. Dies bezieht ausdrücklich alle

Lebensbereiche in sozial-, bildungs- und kulturpolitischer Hinsicht ein.

Der gesellschaftliche Zusammenhalt kann in diesem Kontext nur erfolgreich umgesetzt werden, wenn er sich als eine Art Verantwortungsgemeinschaft versteht, die u. a. kein Kind zurücklässt. Die Tradierungen und Entwicklungen in der Vielfalt von Familie dürfen nicht zu ihrer Einschränkung führen. Zentral muss dabei der Schutz der Kinder – Kinderrechte ins Grundgesetz, gesellschaftliche Teilhabe, Kindergrundsicherung, Schutz vor Armut etc. – Gültigkeit besitzen.

Leit- und Gedankenbilder der AfA SH

Die vorgenannten Leit- und Gedankenbilder haben wir in die Debatten, Meinungs- und Willensbildungsprozesse der schleswig-holsteinischen SPD eingebracht, sei es in die Programmatik „Mehr Gerechtigkeit wagen“ oder in das „Regierungsprogramm SH 2017-2022“.

Dies gilt auch für die Teilnahme an den Sitzungen des AfA-Bundesvorstandes, des AfA-Bundesausschusses und der AfA-Konferenz Norddeutschland sowie bei zahlreichen Einzelfragen, in denen wir uns direkt an die verantwortlichen Stellen gewendet haben.

Frank Hornschu, Landesvorsitzender

E-Mail: frank.hornschu@dgb.de

Homepage: www.afa.spd-net-sh.de

ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR BILDUNG (AfB)



Die Arbeitsgemeinschaft für Bildung arbeitet aktiv für ein modernes und zukunftsfähiges Schleswig-

Holstein. Von der Krippe über KiTa und Schule sowie Ausbildung und Studium bis in den Beruf reichen unsere Themen. Der Schwerpunkt lag im vergangenen Jahr auf der Beruflichen Bildung.

Unser Landesvorstand trifft sich regelmäßig am 2. Mittwoch jeden Monats. Diese Treffen finden häufig in der Kieler SPD Landesgeschäftsstelle statt. Neben der inhaltlichen und organisatorischen Arbeit haben wir diese Treffen auch für Fachgespräche und zum Aufbau bzw. zur Pflege von Kontakten zu Personen und Organisationen genutzt, die in der Bildungspolitik unseres Landes aktiv sind.

Zu jedem bildungspolitischen Kernthema haben wir unsere Positionen entwickelt, und arbeiten laufend in Arbeitsgruppen (zum Bsp. AK Digitales, AK Berufliche Bildung, AK Inklusion, AK Bildungs-

gerechtigkeit) zusammen. Wir verfassen Presstexte, Stellungnahmen (Hochschulgesetznovelle) oder sind in den sozialen Medien präsent. Wenn man uns um Mithilfe oder Rat fragt, dann sind wir immer gern zur Stelle. Die Parteitage beleben wir mit eigenen Ideen und Anträgen. So ist unsere Mitarbeit am Gerechtigkeitspapier der SPD Schleswig-Holstein nicht ganz unerheblich. Ebenso im Bereich der Exzellenzinitiative.

Wir haben oft auf den Regionalkonferenzen des Landesverbandes als Tischbetreuer geholfen und bringen unsere Meinung und Standpunkte regelmäßig im Landesvorstand und in der Fraktion ein.

Veranstaltungen der AfB SH fanden statt zu den Themen:

- Berufliche Bildung
- Inklusion
- Schul(system)entwicklung
- Neues Schulgesetz für SH
- Schule & Beruf / Übergänge im Schulsystem

Wir sind auf allen Gremiensitzung und Parteitage gut vertreten und stehen gerne für Veranstaltungen als Diskussionspartner sowie für unsere Abgeordneten und Verantwortlichen in Land und Kommunen als Beraterinnen und Berater zur Verfügung.

Auf der vergangenen AfB Landeskonzferenz am 08.1.2015 „Berufliche Bildung“ wurde ein neuer Landesvorstand gewählt. Auf der Konferenz haben wir breite Rückendeckung aus der Politik erhalten. Neben Ralf Stegner war auch Britta Ernst mit dabei. Die berufliche Bildung soll nicht weiter stiefmütterlich behandelt werden, sondern sie wird künftig als gleichwertiges System neben der Allgemeinbildung betrachtet. Unser Landesvorsitzender Ulf Daude wurde mit einem überragenden Ergebnis wieder gewählt.

Zurzeit gehören dem AfB Landesvorstand an: Dirk Diedrich (kommissarischer Vorsitzender, Themen: Berufliche Bildung, Kitafinanzierung), Dr. Elke Krüger Kraproth (Stv. Vorsitzende, Thema: Digitales Lernen), Sophia Schiebe (Stv. Vorsitzende, Thema: Hochschulpolitik), Fabian Reichardt (Beisitzer, Themen: Hochschulen, Bildungsgerechtigkeit), Benjamin Raschke (Beisitzer, Themen: Hochschulen, Studium), Johannes Kahlke (Beisitzer, Thema: Berufliche Bildung), und Lea Schulz als Beisitzerin. Ulf Daude ist im Frühsommer 2016 auf der AfB Bundeskonferenz Nachfolger von Peter Befeldt als Bundesvorsitzender der AfB geworden. Seitdem leitet Dirk Diedrich kommissarisch, in enger Absprache mit den Stellvertreterinnen, die Geschicke

der AfB. Bei der nächsten Landeskonzferenz im Jahr 2017 wird die Stelle des Landesvorsitzenden der AfB neu zu vergeben sein.

Die AfB SH hat sich auch sehr für Kooperationen mit den SPD Gremien, den Arbeitsgemeinschaften der SPD SH sowie den Landesvorständen der AfB in den norddeutschen Bundesländern engagiert. Hervorzuheben sind die Nordkonferenzen der AfB, die unter anderem in Hamburg, Bremen, Schwerin und Braunschweig stattfanden.

Auf Bundesebene haben wir an allen AfB Bundeskonferenzen und Bundesausschüssen aktiv teilgenommen und uns mit Anträgen sowie Diskussionsbeiträgen an der bildungspolitischen Debatte und guten Beschlüssen beteiligt.

Dirk Diedrich, kommissarischer Landesvorsitzender
E-Mail: Dirk.Diedrich@bs-elmshorn.de
Homepage: www.afb-sh.de

ARBEITSGEMEINSCHAFT MIGRATION UND VIELFALT



Direkt zu Beginn des Berichtszeitraums fand in Berlin die zweite ordentliche Bundeskonferenz der

Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt statt. Nachfolgerin von Aydan Özoğuz als Bundesvorsitzende wurde Aziz Bozkurt aus Berlin. Unser AG-Landesvorsitzender Christopher Keiichi Schmidt wurde wieder in den Bundesvorstand gewählt. Zudem wurde Serpil Midyatli mit der Leitung der Bundeskonferenz betraut.



Es wurde eine engagierte Diskussion um die Flüchtlings- und Migrationspolitik mit Ralf Stegner eingeleitet und von der Konferenz der Antrag „Fünf Punkte für mehr Menschenrecht statt Grenzschutz beschlossen“.

Wir haben uns auch in den innerparteilichen Diskussionsprozess zum Gerechtigkeitspapier des Landesvorstands eingebracht, das ein wichtiges

Zeichen für die Positionierung des SPD Landesverbands auch innerhalb der Bundespartei gesetzt hat. Auf dem Gerechtigkeitsparteitag im April 2016 wurde u.a. unsere Forderung nach dem Wahlrecht für alle angenommen.

Im November 2016 fand der Bundesausschuss der Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt in Kiel statt. Das Gremium diskutierte mit unserem SPD-Landesvorsitzenden Ralf Stegner angeregt über das Thema Rechtspopulismus. Im Rahmen dieser Bundestagung organisierte die Landesarbeitsgemeinschaft dazu eine Podiumsdiskussion zum Thema Minderheitenpolitik mit Ministerin Anke Spoorendonk, Birte Pauls (MdL) und Hauke Bruhns vom Landesverband der Deutschen Roma und Sinti. Ziel der Veranstaltung war es, Gemeinsamkeiten zwischen Minderheiten- und Migrationspolitik festzustellen. Klar wurde, dass die Minderheitenpolitik eine Stärke für Schleswig-Holstein darstellt und mit zu einer größeren Öffnung des Landes beigetragen hat.

Die Geflüchtetensituation hat wie viele andere in der Partei auch unsere AG stark beschäftigt. Fast alle Vorstandsmitglieder sind damit - ob ehrenamtlich oder beruflich - befasst. Wir sind grundsätzlich der Ansicht, dass die Landesregierung gut mit der Situation umgegangen ist. Gleichzeitig brauchen wir eine differenzierte Integrationspolitik, die sich auch im Regierungsprogramm für 2017 wiederfinden sollte. Zum Wahlprogramm haben wir Anregungen und Anträge in diesem Sinne eingebracht. Das Thema Partizipation und Teilhabe ist weiterhin wichtig für uns. Wir haben daher in der Vergangenheit Kandidierende zur Kommunalwahl mit Migrationsbiografie begleitet und bei einer Veranstaltung im März 2015 den Austausch untereinander und mit Innenminister Studt angestoßen. Jetzt in Richtung Landtagswahl freuen wir uns, dass, nach Serpil Midyatli, jetzt im Wahlkreis Kiel-West mit unserem AG-Vorstandsmitglied Özlem Ünsal eine weitere Kandidatin mit Migrationsbiografie nominiert worden ist. Das Thema Partizipation steht auch bei unserer ordentlichen Vollversammlung am 1.12.16 in Kiel im Vordergrund.

Unser Vorsitzender Christopher Keiichi Schmidt trat nach vier Jahren nicht wieder an. Wir danken ihm für die geleistete Arbeit und wünschen uns, dass er der Arbeitsgemeinschaft verbunden bleiben möge.

Özlem Ünsal, Landesvorsitzende
E-Mail: oezlem.uensal@yahoo.de
Homepage: www.spd-sh.de/ag-muv

ARBEITSGEMEINSCHAFT SELBSTÄNDIGE (AGS)



Liebe Genossinnen und Genossen,
in der Tradition von August Bebel setzt sich die „Ar-

beitsgemeinschaft Selbstständige“ (AGS) für eine Verbesserung der politischen Rahmenbedingungen für Selbstständige in Schleswig-Holstein ein. Durch vielfältiges Wirken innerhalb und außerhalb der Partei wollen wir dazu beitragen, dass sich die Wirtschaft in Schleswig-Holstein in sozialer Verantwortung für unsere Gesellschaft fair, innovativ und erfolgreich entwickeln kann.

Dabei steht die AGS für ein verantwortungsbewusstes Unternehmertum. Für gute Führung, gute Arbeitsbedingungen und eine gerechte Entlohnung. Wir unterstützen besonders den Mittelstand, denn der Mittelstand ist der Wachstumsmotor und stellt die meisten Ausbildungs- und Arbeitsplätze in unserem Land.

Unser Vorstand hat im Berichtszeitraum regelmäßig einmal monatlich getagt, ein neues Arbeitsprogramm für 2016/17 erstellt und sich mit vielen Anträgen zu wirtschaftspolitischen Themen an der Gestaltung der Landes- und Bundespolitik beteiligt. Wir haben an allen Vorstands- und Ausschusssitzungen der Bundes-AGS und des Landesparteirates teilgenommen. Kai-Olaf von Wolff aus Elmshorn wurde auf dem Kongress der AGS in Berlin erneut in den Vorstand der Bundes-AGS gewählt. Wir haben an allen Vorstands- und Ausschusssitzungen der Bundes-AGS und des Landesparteirates teilgenommen.



Neben der Vermittlung einer „Kultur der Selbständigkeit“ an unseren Schulen und der Förderung der digitalen Wirtschaft ist es uns ein besonderes Anliegen, für eine Reform der politischen Kultur zu werben. Wir setzen uns ein für eine ausgewogene Präsenz aller beruflichen und gesellschaftlichen Gruppen in den Parlamenten und für bessere

Zugangsmöglichkeiten zu politischen und parlamentarischen Tätigkeiten von bislang unterrepräsentierten Gruppen.

Der AGS-Landesvorstand hat sich zu Gesprächen mit dem Wirtschaftsminister Reinhard Meyer und mit Mitgliedern der Bundes- und Landtagsfraktion getroffen. Ein besonderer Dank gilt unserer Landesgruppe im Bundestag. Das Treffen im September 2016 mit einigen MdBs im Kieler Parteihaus war sehr freundschaftlich und trotz teilweise kontroverser Diskussion sehr konstruktiv.

Viele Positionen aus dem AGS-Papier zur sozialen Absicherung von Selbständigen und Solo-Selbständigen finden sich nun im aktuellen Beschlusspapier der Bundestagsfraktion wieder.

Zu einem Workshop mit zum Thema „Bezahlbarer Wohn- und Gewerberaum“ hatten wir am 19.10.2016 nach Kiel eingeladen. Vor zahlreichen Teilnehmerinnen und Teilnehmern eröffnete das Impulsreferat von Andreas Breitner, Verbandsdirektor des Verbandes Norddeutscher Wohnungsunternehmen und Innenminister a.D., über die derzeitige Lage des Wohnungsbaus in Schleswig-Holstein den Raum für eine rege Diskussion mit ganz unterschiedlichen Lösungsansätzen von zahlreichen Experten, u.a. Haus und Grund, Mieterbund, Innenministerium und der Immobilienwirtschaft. An Ideen, wie in Schleswig-Holstein mehr und schneller gebaut werden kann, mangelte es nicht.

Guenther Hansen, Landesvorsitzender
E-Mail: presse@AGS-Schleswig-Holstein.de
Homepage: www.ags-schleswig-holstein.de

ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRATISCHER FRAUEN (AsF)



Die Jahre 2015 und 2016 standen für die ASF Schleswig-Holstein im Zeichen des Wandels. Neben per-

sonellen Veränderungen wurde unter anderem mit dem Frauenempfang eine neue Veranstaltungsreihe etabliert.

Der erste Frauenempfang der ASF S-H am 12. Mai 2015 stand unter dem Motto: „Frauenrechte in Europa stärken!“. Zu Gast war die Vorsitzende der PES Women Zita Gurmai.

Im Juni 2015 gab es auf Grundlage des Antrags „Duldung für Schwangere“, der von der ASF S-H auf

der Bundesfrauenkonferenz 2014 eingebracht wurde, ein Fachgespräch im Bundesausschuss, aus dem ein Antrag der Bundes-ASF zum Bundesparteitag im Dezember 2015 zum Thema „weibliche Geflüchtete“ hervorging.



Die Landeskonzferenz 2015 fand am 31. Oktober in Bargteheide statt. Inhaltlicher Schwerpunkt war die Diskussion über die Flüchtlingssituation mit Serpil Midyatli (MdB), Delali Assigbley (Flüchtlingsrat SH) und Christiane Buhl.

Am 12. April 2016 wurde gemeinsam mit der ASF Steinburg, der Gleichstellungsbeauftragten des Kreises und dem Marie-Schlei-Verein die Veranstaltung „Flucht – Frieden – Fairtrade: Frauen global“ in Itzehoe durchgeführt.

Für den 2. Frauenempfang der ASF Schleswig-Holstein am 26. April 2016 in Kiel konnte als Gastrednerin zu den Themen Europa, Werte und Feminismus Gesine Schwan gewonnen werden.

Am 23. Mai 2016 richtete die ASF S-H mit dem AK Innen und Recht der SPD-Landtagsfraktion eine Veranstaltung zur geplanten Reform des Sexualstrafrechts aus.

Auf der Bundeskonferenz vom 16. bis 18. Juni 2016 in Magdeburg wurde Cornelia Östreich, seit 8 Jahren Bundesvorstandsmitglied, zur stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt. Die ASF S-H konnte zudem die Kooperationen mit anderen Landesverbänden ausbauen.

Sabine Gilleßen trat am 9. September 2016 aus beruflichen Gründen als Landesvorsitzende zurück, bis zur Landeskonzferenz übernahm Cornelia Östreich kommissarisch den Landesvorsitz. Die ASF S-H ist Mitglied im LandesFrauenRat und nimmt an dessen Veranstaltungen und Mitgliederversammlungen teil.

Bei den Kooperationstreffen mit anderen Arbeitsgemeinschaften auf Landesebene ist die ASF regelmäßig vertreten.

Zur Vorbereitung des Regierungsprogramms wurden umfangreiche Anregungen in die Diskussion des Landesparteirats eingebracht, die im aktuellen Entwurf bereits berücksichtigt sind.

Christiane Buhl hat ehrenamtlich, aber in Kooperation mit der Landesgeschäftsstelle und Mathias Stein (SPD-Landesvorstand), den viel beachteten „Mitgliederreport: Frauen in der SPD“ erstellt. Der amtierende ASF-Landesvorstand wurde auf der Landeskonferenz in Neumünster am 19. November 2016 gewählt. Er besteht aus der Landesvorsitzenden Cornelia Östreich (HL) und ihren sieben gleichberechtigten Stellvertreterinnen Gerlinde Böttcher-Naudiet (STE), Silke Brandt (SE), Christiane Buhl (RD-ECK), Franka Dannheiser (NMS), Heide Harris (LAU), Susanne Kalweit (KI), und Annette Schlichter-Schenck (OH).

Die ASF S-H ist aktiv auf Facebook vertreten und seit Oktober 2016 unter <http://asf.spd-schleswig-holstein.de> mit ihrer neuen Homepage online.

Cornelia Östreich, Landesvorsitzende
E-Mail: c-t.oestreich@kabelmail.de

ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRATEN/INNEN IM GESUNDHEITSWESEN (ASG)



In der ASG Schleswig-Holstein engagieren sich Genossinnen und Genossen aus den Bereichen Medizin,

Pflege, Wohlfahrtsverbänden, Krankenhäuser und Krankenversicherungen. Sie nehmen gesundheitspolitische Aufgaben in der Partei und in der Öffentlichkeit wahr und tragen zur gesundheitspolitischen Meinungsbildung in der SPD und in der Gesellschaft bei.

„Pflegekammer jetzt!“

Die ASG Schleswig-Holstein hat sich in den letzten zwei Jahren vor allem für die Einrichtung einer Pflegekammer in Schleswig-Holstein zur Verbesserung der Situation der Pflegebedürftigen und der in der Pflege Beschäftigten stark gemacht. Im Mittelpunkt der regionalen Aktivitäten der ASG standen zahlreiche Diskussionsveranstaltungen zum Thema Bürgerversicherung in den Kreisverbänden.

„ASG Vor Ort!“

Der ASG-Landesvorstand versteht sich als Bindeglied zwischen unserer Landespartei und den gesellschaftlich relevanten Verbänden und Institutionen

des Gesundheitswesens. Deshalb hat der ASG-Landesvorstand unter dem Motto „ASG vor Ort!“ auch in den vergangenen zwei Jahren zahlreiche Einrichtungen des Gesundheitswesens und der Pflege im Land besucht und Landesvorstandssitzungen u. a. im Hospiz „Haus Porsefeld“ in Rendsburg und der Flüchtlingsambulanz des Friedrich-Ebert-Krankenhauses (FEK) in Neumünster durchgeführt und dabei wichtige Impulse für die inhaltliche Arbeit erhalten.

„Bauer sucht Arzt!“

Im Jahr 2017 startet die ASG eine Veranstaltungsreihe zur Zukunft der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum. Dabei steht im Mittelpunkt, neue Wege bei der Nachwuchssicherung für die hausärztliche Versorgung auf dem flachen Land zu finden. Immer mehr Hausärzte gehen in den kommenden Jahren in den wohlverdienten Ruhestand. Und Nachwuchs ist kaum in Sicht. Um dieses Problem in den Griff zu bekommen, sind neue Wege gefragt, um die zukünftige medizinische Versorgung vor allem im ländlichen Raum sicherzustellen.

„Unser Ziel: Die Bürgerversicherung!“

Die ASG wurde 1913 auf Initiative sozialdemokratischer Ärztinnen und Ärzte mit dem Ziel einer Gesundheitsversorgung ohne Klassenschranken gegründet. Dieses Leitmotiv ist auch heute noch Ansporn für die Arbeit der ASG Schleswig-Holstein. Wir kämpfen deshalb weiter für die Einführung der Bürgerversicherung!

Andreas Hering, Landesvorsitzender
E-Mail: andreas-hering@foni.net
Homepage: www.asg.spd.de



ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRATISCHER JURISTEN/INNEN (ASJ)



Auf der ASJ-Landeskonferenz am 15.05.2014 wurde ein neuer Vorstand gewählt: Zum Vorsitzenden

wurde Jan Vollmeyer (KV Kiel), zu stellvertretenden Vorsitzenden Birte Duggen (KV Lübeck), Christian Feist (KV Kiel), Sebastian Oelkers, Thomas Rother und Hartmut Schneider (alle KV Lübeck) gewählt. Dieser wurde auf unserer Landeskonferenz am 29. Juni 2016 bestätigt. Eine Änderung gab es insofern, als der bisherige Landesvorsitzende Jan Vollmeyer auf eine erneute Kandidatur als Landesvorsitzender verzichtete und Sebastian Oelkers an seiner statt zum Landesvorsitzenden gewählt worden ist; Jan Vollmeyer setzt seine bisherige hoch geschätzte Arbeit als stellvertretender Landesvorsitzender fort.

Der Landesvorstand traf sich im Berichtszeitraum regelmäßig zu parteiöffentlichen Vorstandssitzungen, die abwechselnd in Kiel und Lübeck stattfanden. Es wurden jeweils aktuelle rechtspolitische Themen aufgegriffen und intensiv erörtert. So etwa die Vorratsdatenspeicherung, der Gottesbezug in der Landesverfassung, das neue Strafvollzugsgesetz oder die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Aufnahme und Integration zu uns geflüchteter Menschen.

Im Berichtszeitraum hat die ASJ Vortragsveranstaltungen zu folgenden Themen organisiert:

- Aktuelle Probleme des Betreuungs- und Unterbringungsrechts vor dem Hintergrund der UN-Behindertenrechtskonvention (Christian Feist)
- Eckpunktepapier zur Reform des Prostitutionsgesetzes (ASJ zusammen mit Contra, Fachstelle gegen Frauenhandel in Schleswig-Holstein)
- Asyl, Dublin, Sichere Herkunftsstaaten – Grundlagen des Flüchtlingsrechts anlässlich der aktuellen Herausforderungen (Vortrag und Diskussion mit Maren Thomsen, Präsidentin des Schleswig-Holsteinischen Oberverwaltungsgerichts und Mitglied des Schleswig-Holsteinischen Landesverfassungsgerichts, Veranstaltung zusammen mit OV Krons- hagen, 25.11.2015)
- Referat zum Thema „Gewalt gegen Vollstreckungsbeamte“ (Vortrag und Diskussion mit dem leitenden Lübecker Oberstaatsanwalt Ralf Peter Anders, Landeskonferenz am 29. Juni 2016).

Sie war darüber hinaus an folgenden Veranstaltungen beteiligt:

- Gemeinsame Workshopveranstaltung der ASJ-Landesverbände der norddeutschen Bundesländer „Grundrechtsschutz im digitalen Zeitalter“ (Leitung des Workshops „Vorratsdatenspeicherung“, Hamburg, Kurt-Schumacher-Haus, 05.09.2015)
- „Wie viel Freiheit braucht internationaler Handel? (Moderation einer Diskussionsveranstaltung mit Nina Scheer (MdB) und Prof. Dr. Siegfried Broß, Richter des Bundesverfassungsgerichts a.D. und Richter am Bundesgerichtshof a.D., 17.09.2015, OV Reinbek, Neuschönningstedt)
- „Herausforderungen der Landespolizei durch den Anstieg der Flüchtlingszahlen“ (Mitorganisation einer Veranstaltung der AsJ Lübeck mit Innenminister Stefan Studt, stellvertr. GdP-Vorsitzenden Torsten Jäger u.a., 27.01.2016)
- „Nein heißt Nein?“ – Podiumsdiskussion der SPD-Landtagsfraktion zur Reform des Sexualstrafrechts am 23.05.2016

Die ASJ SH hat im Berichtszeitraum die Kontakte zur Bundes-ASJ und zu den Landesverbänden der Nordländer Hamburg, Niedersachsen und Bremen reaktiviert und war sowohl auf den ASJ-Bundeskonferenzen als auch auf den Sitzungen des Bundesausschusses vertreten. Sie hat regelmäßig an den Telefonschaltkonferenzen des ASJ-Bundesvorstands teilgenommen.

Die ASJ SH hält den Austausch der SPD-Arbeitsgemeinschaften untereinander für unabdingbar und nimmt hierzu regelmäßig an den AG-Kooperationstreffen teil.

Die ASJ SH versteht sich als parteiinternes Expertennetzwerk für die Bereiche Inneres und Justiz, will aber auch als Arbeitsgemeinschaft in die Gesellschaft hinein wirken und rechtspolitische Themen nach außen tragen. Sie hat sich an der Gestaltung des rechts- und justizpolitischen Teils des SPD-Landtagswahlprogramms maßgeblich beteiligt.

Bis zum Ende des Berichtszeitraumes und darüber hinaus plant die AsJ SH zum einen, sich weiter in die Debatte um die Ächtung der Gewalt gegen Vollstreckungsbeamte und Einsatzkräfte der Rettungsdienste, der Feuerwehren und des Katastrophenschutzes einzubringen. Zum anderen werden wir uns einem auf der diesjährigen Bundeskonferenz der AsJ vom 12. und 13. November 2016 prominenten Thema, der Frage nach einer rechtlich optimalen Gestaltung der Beitragsbemessung und -einziehung der Beiträge für den öffentlichen Rundfunk widmen. Hierzu sind Veranstaltungen mit anderen

Landesverbänden der AsJ angedacht. In der Partei wollen wir uns um eine intensivere Beteiligung der Arbeitsgemeinschaften bemühen und werden die bestehenden Kontakte zu unseren Nachbarlandesverbänden ausbauen und für gemeinsame Initiativen nutzen.

Sebastian Oelkers, **Landesvorsitzender**

E-Mail: info@ra-oelkers.de

Homepage: <http://asj.spd-schleswig-holstein.de>

ARBEITSGEMEINSCHAFT JUSOS



Die Jusos Schleswig-Holstein sind eine Arbeitsgemeinschaft der SPD und ein politischer Jugendverband.

In allen Kreisen und kreisfreien Städten sind Juso-Kreisverbände aktiv, in einigen Regionen gibt es zusätzlich Orts-Arbeitsgemeinschaften.

Dem Landesvorstand der Jusos gehörten von Februar 2015 bis Februar 2016 als Landesvorsitzender Niclas Dürbrook (KV Ostholstein) und als stellvertretende Landesvorsitzende Frederik Digulla (KV Segeberg), Delara Burkhard (KV Stormarn), Immo Braune (KV Lauenburg), Leonie Pätzold (KV Segeberg), Lars Schalnatz (KV Lübeck) und Katharina Harder (KV Plön) an.

Der aktuelle Landesvorstand besteht aus dem Landesvorsitzenden Niclas Dürbrook (KV Ostholstein) und den stellvertretenden Landesvorsitzenden Frederik Digulla (KV Segeberg), Sophia Schiebe (KV Kiel), Lars Schalnatz (KV Lübeck), Leonie Pätzold (KV Segeberg), Immo Degner (KV Schleswig-Flensburg) und Nele Lindenau (KV Pinneberg).

Eine Broschüre mit umfangreichen Informationen zur Arbeit der Jusos Schleswig-Holstein liegt als Tischvorlage zum Parteitag aus.

Mehr zu den Jusos unter www.jusos-sh.de, bei Facebook, YouTube und Instagram.

ARBEITSGEMEINSCHAFT SPDqueer



Die Arbeitsgemeinschaft der Lesben und Schwulen in der SPD setzt sich für die vollständige Gleichstellung

von Paaren gleichen und unterschiedlichen Geschlechts, für den Kampf gegen Homo- und Transphobie jeglicher Art durch Aufklärungs- und Bildungsarbeit, für den Abbau von Vorurteilen und für die Beseitigung jedweder Diskriminierung insbesondere aufgrund der sexuellen Orientierung ein. Unser Ziel ist eine inklusive Gesellschaft, die von Respekt geprägt ist und in der jeder Mensch willkommen ist.

Seit Mitte Dezember 2016 hat die AG einen neuen Namen und heisst nun: „SPDqueer - Arbeitsgemeinschaft der SPD für Akzeptanz und Gleichstellung“.

Das vergangene Jahr war geprägt von der Debatte um den Namen der AG Lesben und Schwule in der SPD. Der Schwuso-Landesvorstand hat sich auf den Sitzungen immer wieder intensiv mit der Thematik beschäftigt, letztendlich sind wir zum Entschluss gekommen, beim ursprünglichen Namen zu bleiben. Die Bundeskonferenz hat im Oktober 2016 in Schwerin entschieden, dem Parteivorstand den Kurznamen „SPDqueer“ und den Langnamen „AG der SPD für Akzeptanz und Gleichstellung“ zu empfehlen.

Themenschwerpunkte der Schwusos SH im Berichtszeitraum:

- Ehe für Alle
- §175 Rehabilitation und Entschädigung
- Blutspendeverbot
- Bündnis gegen Homophobie
- 17. Mai – Internationaler Tag gegen Trans- und Homophobie
- Gründung der Schwusos in der Fläche von SH (1. Kreis-AG in Flensburg seit Oktober 2015 und 2. Kreis-AG in Stormarn seit November 2016)

Aktivitäten in den letzten zwei Jahren:

- 7 Vorstandssitzungen, 1 Vollversammlung mit Vorstandswahlen und 1 Regionalkonferenz mit Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Schleswig-Holstein in Hamburg
- „Kirche und SPD feiern Regenbogen-Gottesdienst“ zum internationalen Tag gegen Trans- und Homophobie (17. Mai 2015, in Sehestedt; Kreis Rendsburg-Eckernförde)
- Präsenz am Infostand der SPD Rendsburg auf



GESCHICHTSWERKSTATT UND BESCHLUSSDATENBANK DES SPD-LANDESVERBANDES



dem Rendsburger Herbst

- Infostand beim Aktionstag „Westküste denkt Queer“
- Gesprächsrunde mit der Sozialministerin Kristin Alheit zum Thema „Blutspendeverbot“
- Im Rahmen einer Vorstandssitzung hatten wir ein Gespräch mit Birte Pauls (Mdl) zu den Themen Gleichstellung und Diskriminierung „Blutspendeverfahren – Selbstauskunft“
- Stiller Protest beim AfD-Landesparteitag in Rendsburg

Wiederkehrende Aktivitäten:

- regelmäßige Teilnahme an den Vernetzungstreffen „Bündnis Echte Vielfalt“ im Kooperation mit dem Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung des Landes SH und den verschiedensten Vereinen und Verbände als dem Bereich LGBTI.
- jährliche Aufforderungsaktion an die Kreisverbände und Ortsvereine in ihren Städten/Gemeinden, zum Internationalen Tag gegen Homophobie die Regenbogenfahne zum Zeichen von Solidarität zu hissen.
- Infostand beim CSD in Kiel mit großem Interesse der Community
- Präsenz am Infostand der SPD Lübeck anlässlich des Christopher-Street-Day in Lübeck bei dem wir auch in diesem Jahr zum 4. Mal in Folge uns mit einem Truck an der Demonstrationstour beteiligt haben

Im Namen der AG Schwusos SH bedanke ich mich bei allen Genoss*innen für die Unterstützung in allen Angelegenheiten. Besonderen Dank gilt meinem Vorstandsteam und dem AG-Team beim Landesverband.

Maik Grill, Landesvorsitzender der AG SPDqueer Schleswig-Holstein
E-Mail: info-schwusos@spd-net-sh.de oder www.facebook.com/schwusos.sh

Über 1.100 Seiten Geschichte und Geschichten aus der SPD Schleswig-Holstein umfasst das Wiki der Geschichtswerkstatt mittlerweile. Die Inhalte umfassen den Zeitraum von 1830 - der Geburt des Hamburger Sozialdemokraten Theodor Yorck - bis heute. Umfang und Qualität der einzelnen Einträge sind noch sehr unterschiedlich. Bei vielen Personeneinträgen gibt es kaum mehr als die Lebensdaten oder die Funktion. Es gibt aber auch schon einige sehr inhaltsreiche Artikel, zum Beispiel einen Eintrag zur Geschichte des Landesverbands, der alle Zeitabschnitte von der Gründung an überblicksweise darstellt. Zu vielen Abschnitten gibt es vertiefende Artikel, so dass Leserinnen und Leser beliebig tief in die Geschichte unseres Landesverbands abtauchen können. Hilfreich sind auch die Jahresseiten, die einen zeitlichen Zusammenhang herstellen, den so vielleicht nicht unmittelbar im Blick wäre.

Ähnlich umfangreich ist die Geschichte der Kieler Sozialdemokratie erschlossen. Bei anderen Kreisverbänden wünschen sich die Mitarbeitenden der Geschichtswerkstatt dagegen noch mehr Mitarbeit aus den Kreisen. Vor allem die Lübecker Sozialdemokratie, die gerade erst ihre Geschichte für ihre 150-Jahrfeier neu zusammengestellt hat, ist zum Mitmachen eingeladen.

Intensiver wurde sich mit dem Thema Arbeitersport beschäftigt und die Erkenntnisse in Artikeln wie auch bei einer Veranstaltung im Haus des Arbeitersportvereins FT Adler in Kiel präsentiert. Daneben gibt es wachsende Artikel zu den Konsumgenossenschaften, zu einzelnen Gruppierungen (Jusos!) und zu wichtigen Politikfeldern wie Energie-, Umwelt-, Minderheiten- oder Gleichstellungspolitik.

Ein riesiger Gewinn für die Geschichtswerkstatt ist das Fotoarchiv des Kieler Stadtarchivs, das bisher über 20.000 Fotos unter freier Lizenz im Internet veröffentlicht. Aus diesem digitalen Schatz viele Bilder für unser Geschichtswiki genutzt werden. Ein Großteil der Fotos stammt aus dem Archiv eines ehemaligen Pressefotografen, der vierzig Jahre lang alle wichtigen politischen Ereignisse in der Stadt festgehalten hat. So haben wir für viele Kieler Politikerinnen und Politiker ordentliche Portraitfotos aus den 1960er und 1970er Jahren sowie Fotos von Demonstrationen, Juso-Aktionen, Krei-

sparteitagen und Maikundgebungen. Der Brand des Gewerkschaftshauses in den 1970ern und der Wiederaufbau des Legiensaa's sind fotografisch gut dokumentiert.

Mit dem Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung haben wir vereinbart, dass wir Fotos aus deren Bestand kostenfrei nutzen können, solange wir auf die Herkunft der Bilder hinweisen. Dadurch haben wir Zugang zu unseren ganzen alten Wahlplakaten bekommen. Für die meisten Landtagswahlen haben wir jetzt zumindest das Hauptplakat in unserem digitalen Bestand.

Ein weiterer großer Schatz für die Arbeit der Geschichtswerkstatt ist die Beschlussdatenbank des Landesverbandes, in der sich Beschlüsse bis zurück in die frühen 1970er Jahre finden lassen. Die Diskussionen um den Atomausstieg, um die Nato-Doppelstrategie, über die Frauenquote oder die Cannabis-Legalisierung lassen sich damit gut nachvollziehen.

Alle an Geschichte interessierten SPD-Mitglieder sind eingeladen, sich an der Geschichtswerkstatt zu beteiligen. Auf unserer Webseite muss man sich nur registrieren und kann dann jede Seite bearbeiten, korrigieren und ergänzen. Allerdings gibt es einige Konventionen, mit denen man sich vorher vertraut machen sollte, z. B. die saubere Belegbarkeit dessen, was man ergänzt. Ein Wiki kann keine wissenschaftliche Arbeit ersetzen, aber schon den Anspruch auf korrekte und nachvollziehbare Information erfüllen.

Über unsere Facebook-Seite erreichen wir über 500-Fans der SPD-Geschichte und bespielen sie immer wieder mit Fundstücken oder Hinweise auf historische Parallelen zu aktuellen Entwicklungen. Wir glauben, dass es wichtig ist, dass eine Organisation wie die SPD Schleswig-Holstein ihre Geschichte pflegt und frei zugänglich macht. Das Wiki erlaubt, auch Ereignisse oder Personen festzuhalten, die in einem Buch oft aus Platzgründen entfallen, und jede Nutzerin, jeder Nutzer kann selbst entscheiden, wie detailliert sie sich informieren möchten.

Die Sozialdemokratie in Schleswig-Holstein hat in den letzten 154 Jahren vieles geleistet, auf das wir auch heute noch stolz sein können. Unsere Geschichtswerkstatt macht auch deutlich, dass es nicht nur das Tagesgeschäft und der Pragmatismus sind, die unsere Politik bestimmen. Wir sind immer Teil von etwas Größerem gewesen. Wir haben immer für eine gerechtere Welt gekämpft und über den richtigen Weg dazu gestritten. So wie wir das auch heute noch tun.

Aus der Geschichtswerkstatt

Viele wissen das gar nicht, aber die SPD Schleswig-Holstein hat einen Ehrenvorsitzenden: 2011 hat der Landesvorstand unseren langjährigen Landesvorsitzenden Günther Jansen zu seinem 75. Geburtstag mit diesem Titel geehrt.

Wer sich für die Mitarbeit an der Geschichtswerkstatt interessiert kann sich per E-Mail an info@spd-geschichtswerkstatt.de wenden oder direkt auf www.spd-geschichtswerkstatt.de loslegen.

ARBEITSKREIS SPD, KIRCHEN UND RELIGIONSGEMEINSCHAFTEN



Der Sprecher/innenkreis des AK hat im Rechnungszeitraum regelmäßig getagt. Er war immer

beschlussfähig und hat sein Arbeitsprogramm abgearbeitet. Die Leitung des Kreises obliegt Bärbel Boy, Marco Chwalek und Rolf Fischer. Der AK tagte abwechselnd in den Räumen des „Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt“ (KDA) der ev. Kirche, im Erzbischöflichen Amt der Kath. Kirche und in den Räumen der SPD-Landtagsfraktion im Landeshaus.

1. Die folgende Punkte wurden von uns in einem Grundsatzbeschluss verabschiedet. Sie sind Basis unserer politischen Arbeit und umreißen damit auch unsere Planungen:

Im Mittelpunkt immer der Mensch: Die Würde des Menschen und sein Recht auf ein selbstbestimmtes Leben sind oberster Maßstab. Dies gilt es in den politischen Sachentscheidungen zur Geltung zu bringen und auch durchzusetzen. Wir wenden uns gegen jede Form von Benachteiligungen aufgrund der Herkunft, der Religion, des Standes, der Hautfarbe, des Geschlechts oder der sexuellen Orientierung.

Politik braucht Werte: Das Menschenbild aller Religionen und das Gebot der Nächstenliebe verbieten bloßen Egoismus. Auch für die Politik gilt: Ohne Wertegebundenheit können Entscheidungen „verantwortungslos“ werden. Für uns gelten die Werte der religiösen Toleranz, der Gleichwertigkeit aller Menschen, der Verantwortung gegenüber der Schöpfung und der Freiheit. Wir geben der Politik eine Orientierung aus der interreligiösen Ethik heraus.

Würde und Arbeit: Es gehört zu den Grundüberzeugungen der Soziallehre der Kirchen, dass Arbeit Vorrang hat vor Kapital hat, dass Eigentum dem Gemeinwohl verpflichtet ist und dass es starke Arbeitnehmerrechte geben muss. Gut ist aber nicht, was Arbeit schafft, sondern gut ist, was gute Arbeit schafft. Die Arbeit muss der Würde des Menschen entsprechen. Diesem Ansatz sehen wir uns verpflichtet.

Vielfalt und Anerkennung: Das Gebot der Nächstenliebe und die Erfahrung von Vertreibung und Neubeginn gehören zu unserer Geschichte – gerade auch in Schleswig-Holstein. Den Anderen anzuerkennen, ihm mit Respekt zu begegnen und jede Form der Diskriminierung zu ächten sind Konsequenzen aus dem Menschenbild der Religionen. Sie sind auch seit jeher Forderungen der Sozialdemokratie. Wir setzen uns nachdrücklich für eine Gesellschaft des Miteinanders ein. Unsere Schöpfung bewahren: Nachhaltiger Umgang mit unseren Ressourcen, eine sorgsame Klimapolitik und der Schutz der Umwelt, der Ausstieg aus der Atomkraft und eine verantwortungsvolle Agrarpolitik einschl. eines umfassenden Tierschutzes – das sind Eckpunkte einer Politik, die aus der Verantwortung gegenüber der Schöpfung entsteht und einen globalen Ansatz verfolgt.

Politik für den Frieden in der „Einen Welt“: Friede und Gerechtigkeit stehen in einem Zusammenhang. Deshalb halten wir an einer umfassenden Friedenspolitik fest, die nicht nur die Abwesenheit von Gewalt und Krieg zum Inhalt hat. Wir widersprechen daher allen, die aus den Lehren der Kirchen Gewalt und Terror ableiten. Wir setzen auf die Friedensbotschaft, die allen Religionen innewohnt und die ein gerechtes und friedliches Leben zum Ziel hat.

2. Weitere Arbeitsschwerpunkte

Der Sprecher/innenkreis hat sich in seinen Sitzungen mit folgenden Arbeitsschwerpunkten befasst:

- Gespräche mit dem KDA und Vertretern des Erzbischöflichen Amtes in Kiel
- Beratung über und Teilnahme an einem Fachgespräch im Kieler Rathaus zu „Ordnungsrechtlichen Bestattungen“.
- Beratung und Beschlussfassung zum Thema „Gottesbezug in der Landesverfassung“
- Beratung zum Thema Erinnerungskultur

- Diskussion über neue Feiertage (Anregung vom DGB)
- Informationen über Reformen in der Nordkirche und in der Katholischen Kirche
- Beratung und Veranstaltung zu Asyl und Flüchtlingsfragen
- Beratung zum Thema Kirchenasyl
- Beratung zum Thema Religionsunterricht
- Erarbeitung von Anträgen zum SPD-Wahlprogramm
- Besuch des „Raumes der Stille“ im Landtag Schleswig-Holstein

3. Kontakte

Der Sprecher/innenkreis hat begonnen, seine Kontakte auf der Landes- und Bundesebene zum AK „Christen in der SPD“ auszubauen:

- Teilnahme an der Tagung „Die Welt ist aus den Fugen geraten“ mit F.-W. Steinmeier in Berlin
- Teilnahme an der Jahrestagung des AK in Potsdam
- Kontaktaufbau zu den SPD-AK in Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern

4. Planungen

Der Sprecher/innenkreis plant in 2016/17 folgende Veranstaltungen:

- Diskussionsrunde zum Thema „Demokratie und Gesellschaft - die Aufgaben der Kirchen“ (Arbeitstitel)
- Gespräche mit den Leitungen der Kirchen und Religionsgemeinschaften in Schleswig-Holstein
- Herausgabe eines Flyers zur Arbeit des AK
- Verstärkung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

FÜR DEN AK: ROLF FISCHER



EUROPAFORUM



Der Vorstand des EuropaForums hat sich ein klares Selbstverständnis geschrieben und Schwerpunktthemen für die politische Arbeit entwickelt:

Innerhalb der Sozialdemokratie wollen wir präsent sein, um der SPD ein Europa-Gesicht zu geben. Dazu wollen wir uns in der Partei vernetzen und inhaltliche Positionen vertreten sowie Auseinandersetzungen im Sinne eines sozialen und demokratischen Europas führen. Außerhalb der Sozialdemokratie wollen wir mit unseren europäischen Themen solch eine Wirkung erzielen, dass wir Teil einer europäischen Öffentlichkeit werden. Eine europäische Demokratie braucht eine europäische Öffentlichkeit. Sie braucht eine europäische Bürgerschaft. Das geht nur mit europäischen Bürgern, die sich um solch eine Öffentlichkeit kümmern. Die SPD muss sich insgesamt mehr um europäische Politik kümmern. Die Forderung ist daher so alt wie sie richtig bleibt: Europäische Politik gehört nicht nur zu Europawahlkampfzeiten auf die politische Agenda. Sie ist nicht nur Aufgabe und Steckenpferd einiger "Europäer/-innen", sondern muss Thema der gesamten Partei sein. Das Europaforum sieht sich als Motor für diese Aufgabe. Wir wollen die inhaltliche Auseinandersetzung und Positionierung voranbringen.

Gemeinsame Veranstaltung mit Ulrike Rodust und Dr. Joachim Schuster

Zusammen mit unserer Europaabgeordneten Ulrike Rodust und ihrem Kollegen Joachim Schuster aus Bremen führten wir in Lübeck Ende Januar 2015 eine spannende Dialog-Veranstaltung zur Lage und Zukunft der europäischen Wirtschaftspolitik mit ca. 60 Gästen durch.

Willi Piecyk Preis (Foto s.u.)

Zum dritten Mal verliehen der SPD Landesverband Schleswig-Holstein und das EuropaForum 2015 den Willi-Piecyk-Preis. Willi Piecyk war ein ganz besonderer Mensch und Sozialdemokrat, der sich von 1992 bis zu seinem Tod 2008 in besonderem Maße für die europäische Idee eingesetzt hat. Mit diesem Preis möchten wir ihn und seine Verdienste würdigen und andere unterstützen, die sich in seinem Sinne engagieren. Besonders in Zeiten, in denen Menschen vor Krieg, Gewalt und bitterer Armut nach Europa fliehen, in denen rechtsradikale und rechtspopulistische Parolen zunehmen, müssen wir umso mehr für Menschlichkeit und Demokratie streiten. Deshalb würdigten wir 2015 durch den Willi-Piecyk-Preis Menschen, die Flüchtlingen ehrenamtlich auf unterschiedliche Weise helfen. Diese ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer beweisen mit ihrem Engagement, dass wir in einem weltoffenen Schleswig-Holstein Willkommenskultur wirklich leben. Über die Preisverleihung entschied eine unabhängige Jury. Ihr gehörten an: Uwe Döring (Vorsitzender der Europaunion SH), Bettina Hagedorn (MdB), Enrico Kreft (Sprecher EuropaForum SH), Malte Piecyk, Serpil Midyatli (MdL), Silke Nissen (stellv. Vorsitzende Flüchtlingsrat SH e.V.), Stefan Schmidt (Beauftragter für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen) sowie Ulrike Rodust (MdEP). Die Jury war von der Vielfalt und dem großen ehrenamtlichen Engagement für Flüchtlinge beeindruckt. Jede der 24 Bewerbungen hatte eine Auszeichnung verdient und erhielt eine Anerkennungsurkunde für ihr Engagement. Der Preis in Höhe von 1.000 Euro wurde in diesem Jahr im Rahmen einer Feierstunde in Neumünster gleich an vier Vereine und Verbände verliehen. Alle vier Projekte erhielten 250 Euro. Weitere Informationen unter www.willi-piecyk-preis.eu

Teilnahme am SPE-Kongress in Budapest

Etwa alle zwei Jahre tagt der Europakongress unserer Partei. Auf dem ordentlichen Kongress in Buda-



pest am 12./13. Juni 2015 wählten wir den Präsidenten der SPE und beschlossen einige Resolutionen. Für den Landesverband nahmen Sabine Gillissen in Vertretung für Regina Poersch und Enrico Kreft teil. Der Amtsinhaber Sergei Stanishev trat wieder an; in dem Spanier Enrique Baron hatte er jedenfalls einen prominenten Mitbewerber, der klar aufzeichnete, dass wir als europäische Sozialdemokratie unsere internen Diskussions- und Meinungsprozesse dringend verbessern müssen und uns nach außen gegen die Konservativen in Europa klar abgrenzen müssen, um als deutliche Alternative wahrgenommen zu werden. Doch zog er seine Kandidatur zurück. Stanishev ist mit gut 70% der Delegierten-Stimmen im Amt bestätigt worden. Der Bundestagsabgeordnete Achim Post ist wieder zum SPE-Generalsekretär gewählt worden (nicht durch den Kongress, sondern durch das Präsidium). Anders als auf deutschen Parteitagen wurde über die drei vorliegenden Resolutionen (United for Democracy, United for Jobs, United for Peace) lediglich in drei Gesprächskreisen auf der Bühne getalkt – ohne konkrete Auswirkung auf die Resolutionen. Ein offizieller Bericht und ein paar Eindrücke sind auch auf Seiten der SPE zu finden.

Deutsch-Polnisches Netzwerk

Seit vielen Jahren wirkt das EuropaForum in einem deutsch-polnischen Netzwerk der Friedrich-Ebert-Stiftung Polen mit. Dabei war 2015 ein besonderes Jahr. Der deutsch-polnische Nachbarschaftsvertrag wurde gefeiert, da er seit 25 Jahren besteht. der Sprecher des EuropaForums hat an mehreren Positionen mitgewirkt:

- <http://progressivenetwork2015.blogspot.de>
- <http://progressivenetwork2015.blogspot.de/2015/12/working-group-democracy-and-progressive.html>,
- http://www.feswar.org.pl/fes2009/e-books/Deutschland_und%20Polen_gemeinsam.pdf
- http://www.feswar.org.pl/fes2009/pdf_doc/17_06_2016Statement_DE.pdf

Über uns

Wir treffen uns in unregelmäßigen, aber ausführlichen Treffen. Der Sprecher nimmt zudem regelmäßig an den Sitzungen des Landespartei rats (Resolution zum BREXIT) und den Sitzungen der Europapolitischen Kommission in Berlin teil und steht im Austausch mit anderen Sprecher/-innen im Bundesgebiet.

Sprecher des EuropaForums ist der Lübecker Enrico Kreft (Kontakt: Telefon: 0451 – 409 9073 | E-Mail: contact@enrico-kreft.eu, Blog des EuropaForums: europaforum.spd-schleswig-holstein.de.

Weitere Mitglieder des Vorstands sind: Gesa Grube (Kiel), Susanne Danhier (Stormarn), Gerhard Tartemann (Lübeck), Simone Weigel (Kiel), René Marquardt (Kiel), Gabriele Heidelmann (Lauenburg).

Kooptierte Mitglieder des Vorstands sind: Ulrike Rodust (MdB), Franz Thönnies (MdB), Regina Poersch (MdB), Dr. Hauke Petersen (Leiter Gustav-Heinemann-Bildungsstätte/Stellv. Vorsitzender Europa Union Schleswig-Holstein)



TAGEN & FEIERN



Festlich: auf DECK 8 – die Bar



Modern: auf dem Konferenz-Deck



Exklusiv: im WEINTRESOR

Setzen Sie für Ihre Konferenz, Präsentation oder Feier auf zertifizierte Qualität!



ATLANTIC
HOTEL Kiel

Raiffeisenstraße 2 · 24103 Kiel
Tel. 0431/37499-0 · Fax 0431/37499-500
kiel@atlantic-hotels.de

UMWELTFORUM



Das Umweltforum hat im Berichtszeitraum seine Struktur überarbeitet: Sprecher und Sprecherin

sind Wolfgang Vogel und Sandra Redmann, MdL, Geschäftsführer ist Eckart Kuhlwein geblieben, Webmaster Jürgen Strack.

Es wurden drei Arbeitsgruppen gebildet, die gesondert tagen und die mit der Lenkungsgruppe des Ufo abgestimmten Themen bearbeiten:

- Naturschutzpolitik, Leitung Sandra Redmann, MdL
- Agrarpolitik und Ländliche Räume, Leitung Kirsten Eickhoff-Weber, MdL
- Energiepolitik, Leitung Gerrit van den Tooren

Folgende Themen wurden von uns intensiv bearbeitet:

1. Novellierung Landesnaturschutzgesetz
2. Vorbereitung einer Konferenz zum Naturschutz in 2017 mit Ministerin Barbara Hendricks,
3. Natura 2000 und Deregulierungsabsichten der EU-Kommission – Antrag zum Landesparteitag
4. Anhörung zum Jakobskreuzkraut mit Experten
5. Frackinggesetz - Bund
6. Glyphosat-Moratorium/ Verbots-Antrag zum Landesparteitag
7. Leitantrag „Gerechtigkeit heute“, Antrag zum Landesparteitag
8. Initiierung einer Open-Petition für SPD-Mitglieder: Für eine faire Weltwirtschaft und gegen CETA, -Antrag zum Landesparteitag
9. Veranstaltung mit MdEPs Ulrike Rodust und Susanne Melior zu umweltpolitischen Themen sowie zu Glyphosat und anderen Herbiziden
10. Statusveränderung Ufo-Umwandlung in eine AG nach Satzung- Antrag zum Landesparteitag
11. Bündnis «Kommunen für biologische Vielfalt» SGK-Landeskonferenz
12. Luftschadstoffbelastung durch Schiffsverkehr, insbesondere in Häfen

Besuch des Lübecker Stadtwalds (siehe Foto) – Bereich Ritzerau (Kreis Hzt. Lauenburg) - Knut Sturm und seinem Vorgänger Lutz Fähser, Erörterung zum Thema „Nachhaltige Forstwirtschaft“ und des Projekt „Ökologischer Landbau“ auf dem Hof Ritzerau, Erörterung mit Prof. Dr. Hartmut Roweck, CAU Kiel zum Thema „Beitrag des ökologischen Landbaus zum Erhalt der Biologischen Vielfalt und der Funktionsfähigkeit des Natur-

haushalts“.

Beratung mit den Mitgliedern der Programmkommission Nina Scheer und Kirsten Eickhoff-Weber zu Umwelt- und Naturschutz, Energiepolitik und Landwirtschaftspolitik zum Entwurf des Regierungsprogramms der SPD-SH 2017-2022.

Eckart Kuhlwein, Geschäftsführer

E-Mail: kuhlwein@naturfreunde.de

Homepage: www.spd-net-sh.de/ufo



SOZIALDEMOKRATISCHE GEMEINSCHAFT FÜR KOMMUNALPOLITIK e.V. (SGK)

Die SGK ist ein eingetragener Verein, in dem sich sozialdemokratische Kommunalpolitiker/innen zum Austausch von Informationen und Meinungen, zum Zwecke der Weiterbildung sowie der Optimierung ihrer kommunalpolitischen Aktivitäten organisiert haben.

Nach den Beschlüssen der Bundes-SPD „Starke Kommunalpolitik nur mit der SGK“, haben auch in Schleswig-Holstein die Landesvorstände von SPD und SGK in einem Grundsatzbeschluss ihre Zusammenarbeit vereinbart. Darin hat die SPD zugesagt, alle kommunalpolitisch tätigen aufzufordern, Mitglied in der SGK zu werden. Zudem gibt die Vereinbarung allen SPD-Mitgliedern die Möglichkeit, sich bei der Erfüllung ihrer kommunalen Aufgaben von der SGK beraten und begleiten zu lassen.

Im Berichtszeitraum wurde zum Beispiel unter der Federführung von Harald Rentsch eine Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Regierungsfractionen zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften erarbeitet.

Außerdem wurde auf der letzten Mitgliederversammlung beschlossen, die Landesregierung bei ihren Ziel, die Betragsfreiheit in den Kindertagesstätten zu unterstützen. Dabei wurde sie auch

angefordert die Finanzströme transparent und nachvollziehbar zu gestalten.

Bislang konnten die SGK-Mitglieder auf die „DEMO“ als Mitgliederzeitschrift zurückgreifen. Als Ergebnis einer Umfrage konnte eine nicht ausreichende Akzeptanz für dieses „Blatt“ festgestellt werden. Derzeit wird an einer Nachfolgelösung gearbeitet.

Bei den Direktwahlen können wir als SPD-Kandidat/in oder von der SPD unterstützt folgende Ergebnisse vorweisen.

Bürgermeisterwahlen in
Bad Segeberg – Dieter Schönfeld,
Preetz, Björn Demmin,
Itzehoe – Dr. Andreas Koeppen,
Möln – Jan Wiegels,
Altenholz – Carlo Ehrich,
Halstenbek – Claudius von Rüden,
Büdelndorf – Rainer Hinrichs.

Ferner waren wir an den Kompagnien in Heiligenhafen, Wedel, Wentorf, Schönkirchen beteiligt. Die Vorbereitungen für die Wahlen in Schönberg und Heide u.a. laufen derzeit. Weitere Beratungen in Schwarzenbek, Meldorf, Tornesch, Timmendorfer Strand, Bad Schwartau, Glückstadt, Kaltenkirchen u.v.m. beschäftigen uns täglich.

Die Seminarreihe „Erfolgreich in der Kommunalpolitik“ konnte mit dem Thema Öffentlichkeitsarbeit abgeschlossen werden, die ersten Planungen für eine Neuauflage laufen. In Sachen „Wahlsichtwerbung“ konnte in einer juristischen Auseinandersetzung ein Erfolg erzielt werden. Als Nachfolger von Harald Rentsch wurde Thies Thiessen in den Vorstand der Bundes-SGK gewählt.

Vorsitzender:

Bürgermeister Dr. Andreas Koeppen;

Geschäftsführer: Thies Thiessen und Gerhard

Schulz, Kontakt Tel.: 04621 27110,

E-Mail: SGK-Landesverband-SH@spd.de

Homepage: www.spd-net-sh.de/sgk



Kooperationspartner der SPD in Sachen Sicherheit im Norden



Sicherheitsdienst ///////////////

Personenschutz ///////////////

Objektschutz ///////////////

Detektei //////////////////////////////////////

Magnum Security GmbH

Hutmacherring 6 // 23556 Lübeck

0451 81668

www.magnum-security.de

info@magnum-security.de

DIE ARBEIT DER SPD-LANDTAGSFRAKTION

*Von Birgit Herdejürgen,
parlamentarische Geschäftsführerin*

Die SPD-Landtagsfraktion hat unter dem Stichwort „Versprochen - Gehalten“ im November 2014 ihre Halbzeitbilanz vorgelegt. Diese haben wir regelmäßig aktualisiert. Neben der Veröffentlichung als Broschüre kann die umfangreiche und aktuelle Darstellung der bislang abgearbeiteten Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag auf der Homepage der Fraktion abgerufen werden. Sie ist aus unserer Sicht eine gute Grundlage für alle, die die erfolgreiche politische Arbeit der Fraktion nach außen tragen möchten.

Der Geschäftsführende Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: Ralf Stegner (Fraktionsvorsitzender), Serpil Midyatli (Stellvertreterin), Martin Habersaat (Stellvertreter und Vorsitzender AK Bildung), Kirsten Eickhoff-Weber (Stellvertreterin) und Birgit Herdejürgen (Parlamentarische Geschäftsführerin und kommissarische Vorsitzende des AK Finanzen). An den Sitzungen nimmt Bernd Heinemann als Landtagsvizepräsident beratend teil. Dem erweiterten Fraktionsvorstand gehörten zusätzlich die Vorsitzenden bzw. kommissarischen Vorsitzenden der Facharbeitskreise an: Wolfgang Baasch (Soziales und Europa), Kai Dolgner (Innen und Recht), Sandra Redmann (Umwelt und Energie), Tobias von Pein (Wirtschaft und Verkehr), Regina Poersch (Europa). Als Obfrau für den Untersuchungsausschuss „Friesenhof“ begleitet Beate Raudies diese Sitzungen.

Wir besetzen seit Anfang der Legislaturperiode mit Peter Eichstädt (Soziales) und Thomas Rother (Finanzen) zwei Ausschussvorsitze. Mit der Konstituierung des neuen gemeinsamen Ausschusses zur Zusammenarbeit der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg wurde Martin Habersaat zum Ausschussvorsitzenden des schleswig-holsteinischen Gremiums gewählt.

Durch das Ausscheiden von Olaf Schulze, Simone Lange und Lars Winter, die alle drei zu Bürgermeister_innen gewählt wurden, haben wir drei neue Fraktionsmitglieder bekommen: Katrin Fedrowitz, Stefan Bolln und Johanna Skalski. Wir danken unserer ausgeschiedenen Kollegin und den Kollegen für die vertrauensvolle Zusammenarbeit und wünschen viel Freude und Erfolg bei ihren neuen Arbeitsschwerpunkten und im Privaten.

Zu unseren Arbeitsschwerpunkten:

BILDUNG

Die Bildungspolitik war und ist erklärter Schwerpunkt unserer Arbeit. Hier sind wir ein großes Stück vorangekommen. Unser Anspruch ist eine gute Bildung von Anfang an, um mehr Chancengleichheit von Geburt an zu erreichen. Dafür haben wir die Grundlagen gelegt.

Die Krippenbetreuung ist in Schleswig-Holstein deutlich ausgebaut worden. Unsere Vertreterinnen und Vertreter auf kommunaler Ebene haben dafür vor Ort gearbeitet. Das Land unterstützt die Kommunen dabei tatkräftig.

Seit dem 1. Januar 2017 werden Familien mit bis zu 100 Euro für ihr Kind in der öffentlich geförderten Krippe und in der Tagespflege monatlich entlastet. Dies ist für uns ein wichtiger Meilenstein hin zur grundsätzlichen Beitragsfreiheit der Kinderbetreuung.

Wir haben dafür gesorgt, dass Eltern, die nur ALG II/Sozialgeld beziehen, nun komplett von den KiTa-Gebühren befreit sind. Gleichzeitig entlasten wir aber auch Kommunen und verbessern stetig die Qualität von Krippen und Kitas. Seit August 2016 finanziert das Land die zweite Kraft am Nachmittag. Pädagogische Fachberatung und Angebote der Sprachbildung, Familienzentren und Hortmittagessen verbessern die Qualität unserer Betreuungslandschaft. Für Flüchtlingskinder wurden zusätzliche Betreuungsplätze geschaffen. Insgesamt gehen über 230 Mio. € vom Land an die Kindertagesstätten in Schleswig-Holstein. Etwa 28 Mio. € davon sind Bundesmittel.

Die Novellierung des Schulgesetzes und das neue Lehrkräftebildungsgesetz sind auf der Grundlage eines landesweiten Bildungsdialogs entstanden und haben sich bewährt. Es gibt in Schleswig-Holstein zwei weiterführende allgemeinbildende Schularten, die Gemeinschaftsschule und das Gymnasium. Die erste führt nach neun Jahren, die zweite im Regelfall nach acht Jahren zum Abitur. Darüber hinaus sind die beruflichen Schulen verlässlicher Partner in der beruflichen Bildung. Auch hier ist der Abschluss bis hin zum Abitur möglich. An den neugegründeten Oberstufen an Gemeinschaftsschulen konnten inzwischen die ersten Abiturjahrgänge verabschiedet werden. In Jugendberufsagenturen erhalten Jugendliche gebündelte Informationen beim Übergang in den Beruf. Das Projekt „Digitales Lernen“ hat im vergangenen Jahr Fahrt aufgenommen. Viele Schulen haben



bereits, unterstützt durch Landesmittel, zukunftsweisende Konzepte entwickelt. Dies werden wir verstärken.

Das alles ist Ergebnis eines beispielhaften Bildungsdialoges. Die Neuordnung der Lehrerbildung bringt mehr pädagogische Praxis von Anfang an und bereitet die Studierenden auf ihren Beruf optimal vor.

Wir haben den Stellenabbau an den Schulen gestoppt. Das war unter anderem deshalb nötig, weil in den letzten zwei Jahren viele minderjährige Flüchtlinge zu uns gekommen sind, die das Menschenrecht haben, in unser Bildungssystem integriert zu werden. Wir haben deshalb auch das Angebot „Deutsch als Zweitsprache“ ausgebaut. Mit den Schulassistentinnen und -assistenten haben wir ein weiteres Instrument zur Unterstützung der Schulen bei der Inklusion geschaffen. Das neue Hochschulgesetz hat mehr Mitbestimmung, mehr Eigenverantwortung der Studierenden und eine effizientere Verwaltung gebracht. Mit Neuregelungen zur Hochschulmedizin stärken wir Forschung und Lehre im UKSH. Wir haben zudem den studentischen Wohnungsbau vorangetrieben. Wir haben das Denkmalschutzgesetz novelliert und die Wahrung unseres kulturellen Erbes wieder in den Mittelpunkt gestellt. Ein Ergebnis eines umfangreichen Kulturdialoges war die Schaffung sogenannter Kulturknotenpunkte, die das kulturelle Leben in den Regionen befördern sollen.

SOZIALES

Seit dem 1. Januar 2016 haben wir bei der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten eine Beschwerdestelle für Kinder und Jugendliche eingerichtet, die stationär in Jugendhilfeeinrichtungen untergebracht sind. Außerdem ist bei sechs Runden

Tischen zur Heimerziehung mit vielen Akteuren herausgearbeitet worden, an welchen Stellschrauben Verbesserungen möglich und nötig sind.

Unser Facharbeitskreis ist zuverlässiger Partner im Rahmen der Dialogforen des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung zur Umsetzung des Landesaktionsplans und der damit verbundenen Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Neben den Mitteln, die das Land im Rahmen der Krankenhausfinanzierung regelmäßig zur Verfügung stellt, geben wir zusätzliche Mittel über das Infrastrukturprogramm IMPULS 2030 zum Abbau des Sanierungsstaus ins System. Die Kommunen leisten im Rahmen der ersten Tranche der Krankenhausfinanzierung für 2016 bis 2018 insgesamt 27 Mio. Euro Kofinanzierung. Land und Kommunen haben vereinbart, dass sich die Kommunen ab 2019 entsprechend den Vorgaben des Gesetzes zur Ausführung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes an der Finanzierung der Krankenhaussanierung beteiligen. Land und Kommunen beteiligen sich damit zu gleichen Teilen.

Durch die Förderung des Landes können wir seit April 2016 2.100 komplett kostenfreie Ausbildungsplätze im Bereich Pflege zur Verfügung stellen. Das sind 900 mehr als 2012. Wir haben darüber hinaus durch die Einführung eines dualen Pflegestudiengangs an der Uni Lübeck weitere Qualitätsverbesserungen auf den Weg gebracht. Außerdem sichert die von uns eingerichtete Pflegekammer die Rechte der Pflegenden und leistet so einen wichtigen Beitrag zu Aus-, Fort- und Weiterbildung in der Pflege. Die Hospizversorgung ist ein Bereich, der in der öffentlichen Diskussion zunehmend an Bedeutung gewinnt und den sensiblen Umgang mit Betroffenen und Angehörigen verlangt. Wir haben die Angebote im ambulanten und stationären Bereich

verbessert. Darüber hinaus soll eine Koordinierungsstelle eine bessere Vernetzung der Akteure erreichen.

Die langjährige Forderung nach Verbesserung der Gleichstellungsarbeit im kommunalen Bereich wird nun durch gesetzliche Regelungen und entsprechende Finanzierung sichergestellt.

ARBEIT

Unser Quartett aus Tariftreue- und Vergabegesetz (TTG), Landesmindestlohngesetz und dem Register zum Schutz des fairen Wettbewerbs inklusive der Stärkung der Mitbestimmung hat sich bewährt. Es sind Instrumente für gute Arbeit und wir unterstützen damit effektiv Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Unternehmen sind nicht länger dem ruinösen Wettbewerb durch Niedriglohnkonkurrenz ausgesetzt.

Eine Evaluation des TTG hat gezeigt, dass es besonders im Niedriglohnsektor effektiv wirkt. Entsprechend der Tarifentwicklung im öffentlichen Dienst wurde der Mindestlohn nach TTG zum 1. Januar 2017 auf 9,99 Euro erhöht. Damit wird sichergestellt, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch in Zukunft bei der Erfüllung von Aufträgen der öffentlichen Hand nicht schlechter bezahlt werden als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes.

WIRTSCHAFT UND VERKEHR

Die Fortführung der großen Infrastrukturprojekte Schleswig-Holsteins ist uns nach wie vor sehr wichtig. Nach dem Prinzip „Gründlichkeit vor Schnelligkeit“ haben wir es geschafft, die Planung der A20 auch dort weiter voranzubringen, wo die Vorgängerregierung versagt hat.

Im Frühjahr 2016 wurde die bisherige Planung durch das Bundesverwaltungsgericht weitgehend bestätigt. Dies zeigt einerseits, dass der sorgfältige Umgang mit den kritischen Aspekten derartiger Vorhaben unumgänglich ist. Andererseits wird sehr deutlich, dass die angeblichen Verkehrsexperten von Schwarz-Gelb zwar gern große Töne spucken, in der konkreten Arbeit aber versagt haben. Nun liegt es beim Bund, seiner Verantwortung bei der Finanzierung der A20 einschließlich des Elbtunnels nachzukommen.

Die Planungen für die Hinterlandanbindung der Fehmarn-Belt-Querung schreiten weiter voran. Auch die im Entwurf zum Bundesverkehrswegeplan vorgesehenen Projekte für Schleswig-Holstein werden die Infrastruktur der Straßen, Schienen- und Wasserwege in Schleswig-Holstein ein gutes Stück voranbringen. Wir haben zudem die Mittel

für die Sanierung von Landesstraßen auf jährlich rund 47 Millionen Euro erhöht, um unsere Infrastruktur auch dauerhaft auf einem guten Stand zu halten.

Dazu passt auch, dass wir freiwerdende Mittel über die Bildung sogenannter Sondervermögen für Infrastrukturvorhaben vorgesehen haben. Nicht nur die Verschuldung des Haushaltes ist eine Belastung für kommende Generationen. Auch unterlassene Investitionen werden in die Zukunft fortgeschrieben. Dem treten wir wirkungsvoll entgegen. Verstärkte Infrastrukturförderung und Förderung innovativer Unternehmen gehören zu den Leitlinien unserer Politik für ein zukunftsfähiges Schleswig-Holstein. In der Wirtschaftsförderung haben wir darum umgesteuert. Förderung ohne klare Ziele und Strukturen nach dem Windhundverfahren gibt es nicht mehr. Die 2013 gegründete Fachkräfteinitiative und das Bündnis für Industrie.SH haben die Arbeit aufgenommen und werden den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein nachhaltig stärken.

Der Tourismus ist für Schleswig-Holstein ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Wir stehen in Konkurrenz mit anderen norddeutschen Bundesländern. Mit der gerade im Entstehen befindlichen Marketingstrategie begegnet die Tourismusagentur Schleswig-Holstein (TASH) aktuellen Herausforderungen. Es war fahrlässig zu glauben, diese Prozesse könnten sich quasi von allein organisieren. Hier die notwendigen Strukturen zu schaffen ist Aufgabe des Landes, um nicht von aktuellen Entwicklungen anderer Bundesländer abgehängt zu werden.

UMWELT UND ENERGIE

Der Ausbau der erneuerbaren Energien steht für uns ganz oben auf der Agenda. Nach dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts aus dem Jahr 2015, das die bisherige Ausweisung von Windeignungsflächen für ungültig erklärt hat, werden nun die Regionalpläne Wind neu aufgestellt. Wir haben in diesem umfangreichen Verfahren von Anfang an auf eine breite Bürgerbeteiligung und Transparenz gesetzt. Dies werden wir so fortsetzen. Zum verträglichen Ausbau der Stromnetze führen wir den intensiven Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern. Unsere Devise bei Stromtrassen ist Verstärkung vor Ausbau. Bei der Westküstentrasse wurde gute Bürgerbeteiligung erfolgreich praktiziert.

Mit der Novellierung des Landesnaturschutzgesetzes stärken wir die biologische Vielfalt. Dies wird ergänzt durch die von uns auf den Weg gebrachte landesweite Erfassung des Naturhaushalts.

tes (Biotopkartierung). Den Tierschutz haben wir z.B. durch ein Verbandsklagerecht verbessert. Wir haben das Landeswassergesetz geändert und damit die Voraussetzungen für einen an den aktuellen Gefährdungsszenarien orientierten nachhaltigen Küsten- und Hochwasserschutz auf den Weg gebracht. Dies wird flankiert und ergänzt durch unsere „Wattenmeer 2100“ - Strategie.

Konventionelle und ökologische Landwirtschaft müssen nebeneinander bestehen können. Wir haben die Förderung für den ökologischen Landbau wieder eingeführt, die von Schwarz-Gelb gestrichen worden war.

Die ländlichen Räume sind in besonderer Weise von den aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen betroffen. Wir wollen den Wandel als Chance begreifen. Deshalb haben wir aktiv die Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Aspekten gesucht. Im Dialog mit den Akteuren vor Ort haben wir in sieben regionalen Veranstaltungen (2015-2016) in ganz Schleswig-Holstein über Lösungsansätze und Zukunftsperspektiven für die ländlichen Räume diskutiert und diese zu einem Positionspapier zusammengefasst, das auch als Broschüre erhältlich ist.

EUROPA UND MINDERHEITEN

Wir haben unsere Schwerpunkte für die neue EU-Förderperiode 2014-2020 durchgesetzt. Dazu gehören die Förderung von guter Arbeit über den Europäischen Sozialfonds, die Beibehaltung der Förderung von Tourismus und Kultur über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung sowie die weitere Förderung der Aktiv-Regionen. Mit den Kontakten in der Nord- und Ostseeregion spielt das Bundesland Schleswig-Holstein und gerade auch die SPD-Landtagsfraktion eine besondere Rolle bei Kooperationsbestrebungen, die eigentlich den Nationalstaaten vorbehalten sind. Schleswig-Holstein hat auf Initiative der Regierungsfractionen hin den Beobachterstatus beim Nordischen Rat erhalten.

Im Rahmen einer Besuchsreihe haben Ralf Stegner und Birte Pauls die Minderheitenverbände des Landes besucht und dort positive Rückmeldungen zur Wertschätzung der Minderheiten durch unsere Politik erhalten.

Wir haben die Umsetzung des Handlungsplans Sprachenpolitik aktiv unterstützt. Unter anderem haben wir eine Gesetzesnovelle zur Stärkung der Minderheitensprachen verabschiedet. Mit dem Gesetz wurden die Möglichkeiten der Anwendung der

Regional- und Minderheitensprachen bei Behörden gestärkt, die Regional- und Minderheitensprachen in den Bildungsauftrag in Kindertagesstätten übernommen und zweisprachige Orts- und Hinweistafeln auf Friesisch ermöglicht.

INNEN UND RECHT

Die Novellierung des kommunalen Finanzausgleichsgesetzes war lange überfällig. Nach Vorlage des Gesetzentwurfes durch den Innenminister haben unsere Kolleginnen und Kollegen auf zahlreichen Veranstaltungen die notwendigen Veränderungen erläutert und die Kritik konstruktiv aufgenommen. Dadurch wurden bei den Änderungen durch die Fraktion einige Unwuchten (z.B. bei den ländlichen Zentralorten) beseitigt. Der neue KFA kann mit seinem Soziallastenansatz aus unserer Sicht zu einer sachgerechteren Verteilung der kommunalen Mittel beitragen.

FLÜCHTLINGE

2015 hat SH ca. 55.000 Flüchtlinge aufgenommen, von denen ca. 35.000 im Land geblieben sind. Für Unterbringung und Versorgung, incl. Integrationspauschale, Sprachkurse, Lehrerstellen usw. wurden im Haushalt 2016 über 800 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. 2016 sind deutlich weniger Flüchtlinge eingereist.

Das Land erstattet den Kommunen einen Großteil der Kosten für Unterbringung und Versorgung, zusätzlich gibt es die Integrationspauschale. Weitere Vereinbarungen mit der kommunalen Ebene sehen zusätzliche Mittel in Höhe von 138 Mio. € vor. Mit zusätzlichen Sprachkursen, einem Programm zur Vorbereitung auf eine Berufsausbildung und der konsequenten Beschulung schulpflichtiger Kinder und Jugendlicher wollen wir gute Voraussetzungen schaffen, damit Integration gelingt. Wir stehen für eine humanitäre Flüchtlingspolitik und setzen diese auch um.

Ein großes Dankeschön geht an alle, die sich in ihrem Umfeld in großer Solidarität für Flüchtlinge und Migranten einsetzen.

POLIZEI

Den geplanten Personalabbau haben wir gestoppt und stattdessen 200 zusätzliche Planstellen seit 2012 eingerichtet sowie die finanziellen Grundlagen für weitere 300 Stellen im Landeshaushalt 2016 gelegt, die durch mehr Ausbildungsplätze unterlegt sind. Die Ausstattung der Polizei wurde modernisiert. Es gibt mehr Urlaubsausgleich für Nachtdienste, eine Anhebung des Einstiegsamtes und der Erschwerniszulage. Noch nie war die

Landespolizei so modern ausgestattet wie heute. Damit haben wir gute Voraussetzungen geschaffen, um die aktuellen Herausforderungen wie Wohnungseinbruchsdiebstahl und Cyber-Crime zu meistern. Im Rahmen des Haushalts 2017 wurden 400 Stellenanhebungen verabredet. Die öffentliche Sicherheit ist bei uns in guten Händen; hier wird nicht gespart.

FINANZEN

Mit großen Schritten geht die Konsolidierung des Landeshaushaltes voran. In den vergangenen Jahren konnte das strukturelle Defizit weiter erheblich gesenkt werden. Damit bleibt das Land deutlich unter der gesetzlichen Obergrenze. Die Haushaltsjahre 2013 und 2015 konnten bereits mit Überschüssen abgeschlossen werden. Den Haushalt für 2017 haben wir ohne neue Schulden geplant. Damit ist der Grundstein dafür gelegt, langfristig die bestehenden Schulden des Landes abzubauen. Mit den Überschüssen ist es uns nicht nur gelungen, Schulden des Landes zu tilgen. Wir haben mit dem Investitionsprogramm IMPULS 2030 auch begonnen, den drückenden Sanierungstau bei unserer Infrastruktur anzugehen. Bis 2030 werden so rund 2,3 Milliarden Euro investiert, um Krankenhäuser, Straßen, Kultur- und Sporteinrichtungen, Hochschulen und IT-Netze zu modernisieren. Wir haben damit gezeigt, dass die Finanzpolitik der Vorgängerregierung keinesfalls „alternativlos“ ist. Solide Finanzen und Einhaltung der Schuldenbremse sind kein Widerspruch zu Investitionen in Bildung und Infrastruktur. Auch unserer humanitären Verantwortung gegenüber den Menschen, die auf der Flucht vor Krieg und Verfolgung nach Schleswig-Holstein gekommen sind, konnten wir nachkommen, ohne das Ziel des ausgeglichenen Haushaltes aus den Augen zu verlieren. Wir sind uns bewusst, dass an vielen Stellen mehr wünschenswert wäre. Daher werden wir weiter versuchen, mit den knappen Mitteln maximale Wirkung zu erzielen.

Selbstverständlich sind wir nach wie vor in unserer Arbeit durch den Rahmen beschränkt, den uns die Schuldenbremse lässt. Um die Konsolidierungshilfen des Bundes in Höhe von jährlich 80 Mio. € zu erhalten, muss die Regierung gegenüber dem Stabilitätsrat dokumentieren, mit welchen konkreten Maßnahmen wir die Haushaltskonsolidierung vorantreiben.

FRAKTION IM DIALOG

Der Bericht erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Wir haben in den vergangenen Monaten eine Reihe von Initiativen auf den Weg gebracht,

die hier nicht explizit aufgeführt sind. Ihr findet Informationen zu den einzelnen Arbeitskreisen auf unserer Internetseite. Als regelmäßiger Austausch hat sich unsere „Kommunale Runde“ bewährt, zu der wir weiterhin einladen werden. Sprecht uns an, wenn bestimmte Themen aus eurer Sicht behandelt werden sollen. Darüber hinaus haben wir neben Veranstaltungen zu bestimmten aktuellen Themen Veranstaltungsformate wie z.B. den Sozialratschlag oder die europa-akzente, mit denen wir bestimmte Zielgruppen ansprechen, die aber selbstverständlich für alle Genossinnen und Genossen offen sind.

Einmal im Quartal lädt unser Fraktionsvorsitzender zum „offenen Büro“ ein. Mit Regionalkonferenzen oder auswärtigen Fraktionssitzungen gehen wir auch in die Fläche. Auf all diese Diskussionen mit euch und mit den Menschen in Schleswig-Holstein freuen wir uns.

Besuchsreihen des Fraktionsvorsitzenden und der Fachsprecherinnen verstärken Schwerpunkte unserer Arbeit (Hochschule, Polizei, Minderheiten). Durch Bereisungen der Arbeitskreise und der Fraktion in andere Bundesländer intensivieren wir Kontakte, sammeln neue Ideen und koordinieren gemeinsame Initiativen bundesweit.

Die Fraktion hat in diesem Jahr drei Broschüren herausgegeben: „Gute Schulpolitik – Wissenswertes von A-Z“, „Starke Kita SH – Mehr Betreuung, mehr Bildung, mehr Qualität“ und „Gute Politik – Die Zukunft der ländlichen Räume gemeinsam gestalten“. Diese richten sich an Interessierte, die sich in vertiefender Weise mit diesen Themen befassen möchten. Hinzu kommt ein Flyer zum Thema „Bezahlbarer Wohnraum für alle!“, in dem die wichtigsten Daten und Programme in kurzer, übersichtlicher Form zusammengestellt sind.

Nach den Plenartagungen erscheint jeweils ein Newsletter, der die wichtigsten Themen der betreffenden Tagung aufgreift und auf weiterführende Informationen verweist. Er wird vom Landesverband an alle Mitglieder mit E-Mail-Adresse verschickt. Bisher gab es in diesem Jahr 9 Newsletter.

Alle Materialien sind auf unserer Website www.spd.ltsh.de eingestellt (im Download-Bereich bzw. Newsletter).

SPD-Landtagsfraktion

E-Mail: info@spd.ltsh.de

Homepage: www.spd.ltsh.de

DIE ARBEIT DER LANDESGRUPPE DER SPD-BUNDESTAGSABGEORDNETEN

INITIATIVEN IN REGIERUNGSVERANTWORTUNG

Die SPD-Bundestagsfraktion hat seit dem letzten Berichtszeitraum weitere wichtige Projekte innerhalb der Großen Koalition umgesetzt, von denen auch die Menschen in Schleswig-Holstein profitieren. Auch wenn es wegen der Blockadepolitik der CDU/CSU nicht gelungen ist, unsere Politikkonzepte dabei vollkommen durchzusetzen, so sind es doch erkennbar wichtige Schritte in die richtige Richtung.

Dazu einige Beispiele für unsere erfolgreiche Reformpolitik: So haben wir beispielsweise die Regeln gegen den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen verschärfen und die Einführung der Flexi-Rente in unserem Sinne durchsetzen können. Auch haben wir Fortschritte vor uns bei der Lohngleichheit für Frauen. Bei den Kosten für die Integration von Flüchtlingen wird der Bund die Länder und Kommunen von 2016 bis 2018 jährlich zusätzlich mit zwei Mrd. Euro als Integrationspauschale unterstützen. Die Mittel für die soziale Wohnraumförderung für die Jahre 2017 und 2018 werden erneut um 500 Mio. Euro erhöht und den Ländern zugeteilt. Im Zuge der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen erhöht der Bund die Unterstützung der Länder von 8,5 auf 9,7 Mrd. Euro. Die Inves-

titionskraft ärmerer Kommunen wird durch ein starkes Investitionsprogramm von sieben Mrd. Euro gestärkt.

INHALTLICHE SCHWERPUNKTE DER LANDESGRUPPE

Die eigenen Schwerpunkte der Landesgruppe ergeben sich naturgemäß aus den besonderen Anliegen des Landes Schleswig-Holstein und der norddeutschen Länder (u.a. auch dokumentiert in der sehr engagierten Mitarbeit in der „Küstengang“ der Nord-MdBs), aber auch aus unserem Profil als Landesverband und den inhaltlichem Profil der neun SPD-MdBs aus Schleswig-Holstein. Diesen haben wir nicht nur in engagierten Beiträgen in den Fraktionsdebatten, wo unsere Landesgruppe sich deutlich überproportional angesichts von 193 Kolleginnen und Kollegen insgesamt einbringt, sondern auch mit öffentlichen Stellungnahmen, Erklärungen zu Protokoll und kritischen Redebeiträgen im Plenum dokumentiert. Die Themenfülle der letzten Monate im Berichtszeitraum weist hier insbesondere aus:

- Ostseepolitik; Minsker-Abkommen und Verhältnis zu Russland
- Bundeswehreinsätze im Ausland; Ausstattung von Bundeswehr und Bundespolizei in SH
- Freihandelspolitik; CETA und restriktive Bedingungen



- Veto gegen Glyphosat-Einsatz; neue Orientierung im Tierschutz
- Anti-Fracking-Gesetz
- Ausgestaltung der Energiewende
- Neufassung des Bundesverkehrswegeplans; SH-Landesinteresse und norddeutsche Infrastruktur
- Hochschulpakt; Programm für den wissenschaftlichen Nachwuchs und Exzellenzinitiative
- Investitionsprogramm für die Schulen
- Bildungsintegration für Flüchtlinge; Sprachförderung
- Bundesteilhabegesetz für Menschen mit Behinderung
- Verstärkung der frühkindlichen Bildung
- Haushaltsplanungen und besondere Förderung von Kultureinrichtungen in SH; Minderheitenförderung

NETZWERKPFLEGE UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT:

Die Landesgruppe trifft sich regelmäßig zum Gespräch mit den Interessensvertretungen und Politiker*innen aller Ebenen. Regelmäßigen Austausch gibt es mit dem Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes Bezirk Nord, der Leitung der Arbeitsagentur Regionaldirektion Nord, dem Vorstand des Landeshandwerksrates Schleswig-Holstein e.V., dem Vorstand der Deutschen Bahn AG sowie Minister*innen und Staatssekretär*innen aus Bund und Gesprächspartner aus der Fraktions- und der Parteiführung.

Darüber hinaus treffen sich die Landesgruppenmitglieder zum Austausch mit Vertreter*innen der Landesregierung und der Landtagsfraktion. Diese sind regelmäßig Gast bei den Donnerstagsfrühstücken der Landesgruppe. Auch Repräsentant*innen von den Grünen und dem SSW haben wir hierbei zu Gast. Hervorzuheben sind die regelmäßigen Besuche des SPD-Landesvorsitzenden und Fraktionsvorsitzenden Ralf Stegner bei den Landesgruppenfrühstücken und die Teilnahme der Bundestagsabgeordneten an Sitzungen und Veranstaltungen der Landtagsfraktion und verschiedener Parteigremien. Hier gibt es einen sehr engen guten Austausch.

Zur Information über bundespolitische Themen in den Wahlkreisen und den beiden Betreuungswahlkreisen bieten die Mitglieder der Landesgruppe rund 20 Fraktion-vor-Ort-Veranstaltungen pro Jahr an zu aktuellen Themen wie Pflege,

Arbeit, Rente, Integration, Inklusion, Breitbandausbau, Wohnungsbau und Demokratiebewusstsein, in der Regel in Kooperation mit den örtlichen Landtags- und Kommunalpolitiker*innen. Drei bis vier Mal im Jahr veröffentlicht die Landesgruppe ihren Infobrief „Bundestag direkt“, der an alle Mitglieder der SPD Schleswig-Holstein und weitere Interessierte per E-Mail versandt und auf der Homepage der Landesgruppe bereitgestellt wird. Auf der Homepage <http://landesgruppe.spd-schleswig-holstein.de/> finden sich weiterführende Informationen über die Arbeit der Landesgruppe.

Die Referentin der Landesgruppe, Sandra Lechelt, ist erreichbar unter:

Tel.: 030/227-75318, Fax: 030/227-76817 und E-Mail: sh-lg.spd@bundestag.de.

Auf der Homepage der Landesgruppe unter <http://landesgruppe.edr-pi.de/> finden sich weiterführende Informationen über die Arbeit der Mitglieder der Landesgruppe.



oben: Ernst Dieter Rossmann bei einem Pflegepraktikum in Tornesch

unten: Matthias Ilgen auf einem KiTa-Besuch



EINZELBERICHTE DER SPD-BUNDESTAGSABGEORDNETEN

BETTINA HAGEDORN



Nun schon fast 15 Jahre vertrete ich die Interessen der Bürgerinnen und Bürger von Ostholstein und Nordstormarn im Bundestag, wo ich seit 2002 als Mitglied im wichtigen Haushaltsausschuss arbeite, dessen stellvertretende Sprecherin für die

SPD-Bundestagsfraktion ich seit 2009 bin. Seit 2013 verantworte ich als Berichterstatterin für das Verkehrsministerium den mit über 27 Mrd. Euro größten Investitionsetat des Bundes und damit das Ressort, das eine enorm wichtige Rolle für den Ausbau von Verkehrsinfrastruktur und Breitbandnetz im Norden spielt.

Dieser Erfolg für Schleswig-Holstein ist messbar: Bis 2012 stand unter Schwarz-Gelb kein Cent für die überfällige Grundsanierung des Nord-Ostsee-Kanals (NOK) im Bundeshaushalt. Seit 2014 hat der Haushaltsausschuss – und nicht etwa das CSU-Verkehrsministerium! – über 1,3 Mrd. Euro für den Neubau der 5. Schleuse in Brunsbüttel mit Trockeninstandsetzungsdock, für den Ausbau der Oststrecke samt Levensauer Hochbrücke sowie für den Ersatz der beiden kleinen Schleusenammern in Kiel-Holtenau bewilligt. Die Vertiefung des NOK und die Neutrassierung der Saatseekurve sind außerdem mit knapp 300 Mio. Euro im neuen Bundesverkehrswegeplan im „Vordringlichen Bedarf – Engpassbeseitigung“ absolut abgesichert. Der Ausbau des Elbe-Lübeck-Kanals ist dort mit 838 Mio. Euro ebenfalls im vordringlichen Bedarf verankert und die Planungen dafür starten mit 20 neuen Planern sofort.

Bis 2013 galt für die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung mit mehr als 2.000 Beschäftigten in Schleswig-Holstein neo-liberale Kahlschlagpolitik. Wir Sozialdemokraten haben die Kehrtwende versprochen... und gehalten: Seit 2014 haben wir insgesamt 232 neue Stellen für die WSV geschaffen – überproportional in Schleswig-Holstein, um

den NOK-Ausbau massiv voranzutreiben. Allein von den mit dem Bundeshaushalt 2017 beschlossenen 78 Stellen für WSV-Planungspersonal sind 48 für Schleswig-Holstein.

Im Haushaltsausschuss habe ich erfolgreich für mehr Investitionen in saubere Energie (LNG) bei Hafeninfrastruktur und Behördenschiffen wie Scharhörn und Mellum sowie für Schiffsneubauten für Zoll, Bundespolizei und Marine gekämpft, die auch Arbeitsplätze auf unseren Werften im Norden sichern werden. Außerdem habe ich ein deutliches Plus an Lärmschutzinvestitionen erreicht und dazu einen zukunftsweisenden Antrag zum übergesetzlichen Lärmschutz an europäischen Schienengütertrassen und zur Stärkung verbindlicher Bürgerbeteiligung erarbeitet, der im Januar 2016 EINSTIMMIG vom Parlament beschlossen wurde – mein persönlich wichtigster Erfolg. Zur Umsetzung der Schienen-Hinterlandanbindung der Fehmarnbeltquerung – wenn sie denn kommt – und für das in Ostholstein dazu arbeitende Dialogforum bedeutet dieser Antrag eine deutliche Stärkung seiner Arbeit im Sinne der betroffenen Anwohner.

Seit 2002 bin ich außerdem Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss, dessen Vorsitz ich 2013 übernommen habe. In dieser Funktion streite ich mit dem Bundesrechnungshof letztlich sehr erfolgreich bei der Deutschen Bahn für massive Investitionen in unsere Sundbrücke als Wahrzeichen Schleswig-Holsteins, die trotz fester Beltquerung langfristig vom Bund erhalten werden soll. Nicht zuletzt gehöre ich seit 2009 dem SPD-Fraktionsvorstand an und – nach 20 Jahren aktiver Kommunalpolitik bis 2003 u.a. als ehrenamtliche Bürgermeisterin und Amtsvorsterin am Bungsberg – ist mir auch meine Arbeit seit 2005 als stellvertretende Sprecherin der AG Kommunalpolitik der SPD-Bundestagsfraktion sehr wichtig.

Wahlkreisbüro: Tel: 04521-71611,
E-Mail: bettina.hagedorn@wk.bundestag.de
Bundestag: Tel: 030-22773832,
E-Mail: bettina.hagedorn@bundestag.de
Homepage: www.bettina-hagedorn.de

GABRIELE HILLER-OHM



Als direkt gewählte Abgeordnete vertrete ich seit 2002 die Hansestadt Lübeck und 27 Gemeinden in den Ämtern Berkenthin und Sandesneben.

Seit 2015 habe ich 9 Fraktion-vor-Ort-Veranstaltungen in Schleswig-Holstein durchgeführt, 12 Bundestagsreden gehalten, 210 Pressemitteilungen veröffentlicht und fand fast 300 Mal Erwähnung in der Presse. Beim Internetportal abgeordnetenwatch.de für Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern bin ich aktuell fleißigste Bundestagsabgeordnete in Schleswig-Holstein. Im Wahlkreis habe ich mich besonders für die Zukunft unserer Demokratie engagiert und einen Runden Tisch „Wählen gehen!“ einberufen, mit mehreren Veranstaltungen und konkreten Aktionen zur Erhöhung der Wahlbeteiligung.

Als tourismuspolitische Sprecherin koordiniere ich die tourismuspolitischen Vorhaben der Fraktion und bin im ständigen Austausch mit den Akteuren aus Tourismuswirtschaft, Gewerkschaften und Politik. Im Rahmen der Arbeitsgruppe habe ich mehrere hochrangige Fachgespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Tourismusbranche, -verbände und -vereine sowie Gewerkschaften durchgeführt, u. a. zu guter Arbeit und Ausbildung im Tourismus, der Integration von Geflüchteten im Gastgewerbe, der Stärkung des Tourismus im ländlichen Raum, besserem Verbraucherschutz für Reisende sowie Gesundheits- und Wassertourismus – alles Themen, die auch für das Urlaubsland Schleswig-Holstein wichtig sind. Politisch eingesetzt habe ich mich auch für eine Änderung der Baunutzungsverordnung, damit unsere Kommunen Rechtssicherheit haben, wenn sie in Wohngebieten Ferienwohnungen zulassen wollen. Aktuell kämpfe ich für den Erhalt der Traditionssieger in unseren Küstenorten.

Als tourismuspolitische Sprecherin koordiniere ich die tourismuspolitischen Vorhaben der Fraktion und bin im ständigen Austausch mit den Akteuren aus Tourismuswirtschaft, Gewerkschaften und Politik. Im Rahmen der Arbeitsgruppe habe ich mehrere hochrangige Fachgespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Tourismusbranche, -verbände und -vereine sowie Gewerkschaften durchgeführt, u. a. zu guter Arbeit und Ausbildung im Tourismus, der Integration von Geflüchteten im Gastgewerbe, der Stärkung des Tourismus im ländlichen Raum, besserem Verbraucherschutz für Reisende sowie Gesundheits- und Wassertourismus – alles Themen, die auch für das Urlaubsland Schleswig-Holstein wichtig sind. Politisch eingesetzt habe ich mich auch für eine Änderung der Baunutzungsverordnung, damit unsere Kommunen Rechtssicherheit haben, wenn sie in Wohngebieten Ferienwohnungen zulassen wollen. Aktuell kämpfe ich für den Erhalt der Traditionssieger in unseren Küstenorten.

Im Ausschuss für Arbeit und Soziales habe ich mit dafür gesorgt, dass Leiharbeit und Werkverträge reguliert werden. Als Berichterstatterin setze ich mich für eine Weiterentwicklung des Teilzeitrechts ein, um den bereits bestehenden Rechtsanspruch auf Teilzeit um ein Rückkehr-

recht in Vollzeit bzw. zur vorherigen Arbeitszeit zu ergänzen. Mit Erfolg habe ich mich für die Gleichstellung von Frauen und Männern engagiert: Im Mai 2015 ist die gesetzliche Frauenquote in Aufsichtsräten in Kraft getreten. Und nun bringen wir auch ein Entgeltgleichheitsgesetz auf den Weg, das dazu beitragen soll, die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern zu schließen.

Im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft bin ich stellvertretendes Mitglied. Als tourismuspolitische Sprecherin arbeite ich im Fraktionsvorstand mit. Weiterhin bin ich stellvertretende Sprecherin der Landesgruppe Schleswig-Holstein. Ich engagiere mich in der Küstengang, in der wir die maritime Politik für Norddeutschland vorantreiben, sowie in den Arbeitsgruppen für Verteilungsgerechtigkeit, Demokratie, Inklusion und Kommunalpolitik. In der Projektgruppe #NeueChancen arbeite ich an kreativen Ideen für ein gerechteres Bildungssystem. Innerhalb der Fraktion gehöre ich der Parlamentarischen Linken an. Zudem bin ich Mitglied der deutsch-nordischen Parlamentariergruppe.

Bundestagsbüro: Tel.: 030/227-73514,

E-Mail: gabriele.hiller-ohm@bundestag.de

Wahlkreisbüro: Tel. 0451/3846895,

E-Mail: gabriele.hiller-ohm@wk.bundestag.de

Homepage: www.hiller-ohm.de

www.facebook.com/GabiHillerOhm

www.twitter.com/GabiHillerOhm

Gruppenfoto: Gabriele Hiller-Ohm mit einer Schulklass bei einer Ausstellung



MATTHIAS ILGEN



Liebe Genossinnen und Genossen, auch als „einfacher Abgeordneter“ kann man eine Menge bewegen! Als Koordinator für Existenzgründungen kümmere ich mich für die SPD-Fraktion um Unternehmensgrün-

der aller Art. Insbesondere die soziale Absicherung der Solo-Selbständigen liegt mir besonders am Herzen. Hier machen wir mit den Verbesserungen bei Krankenversicherung und dem noch anstehenden Rentenpaket entscheidende Schritte in Richtung Erwerbstätigen-Versicherung.

Zu meinen weiteren Arbeitsfeldern im Ausschuss für Wirtschaft und Energie zählen die Freien Berufe sowie die Kultur- und Kreativwirtschaft sowie. Mit einem Gesetz zur Förderung des deutschen Films und der deutschen Filmwirtschaft haben wir im Deutschen Bundestag kürzlich dafür gesorgt, dass nicht nur die Qualität und Vielfalt des deutschen Films, sondern auch die dichte Kinolandschaft in Deutschland weiterhin bestehen bleiben. Das Kulturgut Film darf auch künftig nicht allein nach wirtschaftlichem Einzelerfolg bemessen werden!

Im Ausschuss für Verteidigung, dem ich seit der Ernennung Hans-Peter Bartels zum Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages angehöre, befasse ich mich mit den Themen Marine, Europäischer Kooperation sowie Rüstungsexporten. Gerade im Bereich unserer über das Maß ausgelasteten Marine gilt es stets einen kritischen Blick auf die Vielzahl von Auslandseinsätzen der Bundeswehr zu haben. Das Ende von „Operation Active Endeavour“ ist ein guter Schritt, auch die Operation Atalanta muss künftig kritischer beäugt werden. Wir dürfen uns nicht verzetteln, sondern müssen unsere Präsenz auf die Einsätze konzentrieren, wo die Linderung menschlichen Leides und die Durchsetzung humanitärer Hilfe im Vordergrund stehen.

Für meinen Wahlkreis ist es mir im Zuge des Sonderprogramms Kultur gelungen, Bundesmittel in Höhe von 10 Millionen Euro zu aktivieren und damit zu ermöglichen, alle 18 Kirchen auf

Eiderstedt zu sanieren. Ein wichtiger Beitrag für den Erhalt dieser Kulturlandschaft und auch für den Tourismus in Schleswig-Holstein. Auch für die weitere finanzielle Förderung des Nordfriisk Instituts habe ich mich kürzlich erfolgreich einsetzen können – ein ganz wichtiges Signal an die Minderheit und ein entscheidender Beitrag zum Erhalt und zur Erforschung der friesischen Kultur.

Ich will Menschen Politik erklären. Daher besuche ich halbjährlich alle Klassen der Mittel- und Oberstufen in meinem Wahlkreis, um mit den Schülerinnen und Schülern über aktuelle politische Themen zu diskutieren. Die Besuche der vergangenen 12 Monate drehten sich um das Flüchtlingsthema – hier hat sich gezeigt, dass es entgegen mancher Vorurteile weiterhin viel Interesse und Engagement unter jungen Menschen für politische Fragen gibt. Dieses zu stärken, begreife ich als meine Hauptaufgabe.

Darüber hinaus besuche ich mit dem Veranstaltungsformat „Politik-vor-Ort“ in beinahe jeder sitzungsfreien Woche Städte und Dörfer in meinem Wahlkreis, um lokale Themen aufzugreifen und diese mit Landes- und Bundespolitik zu vernetzen. Angefangen von Maut im Grenzland, über Innenstadtentwicklung und medizinische Versorgung bis hin zu Infrastruktur, Inklusion und Integration. Politik ist alles, was Menschen interessiert...

Büro Berlin Tel.: 030-227-74907

Wahlkreisbüro Husum: 04841-9398349

Wahlkreisbüro Heide: 0481-4811002

Homepage: www.matthias-ilgen.de

E-Mail: matthias.ilgen@bundestag.de

Facebook: <https://www.facebook.com/matthias.ilgen/>

Im Gespräch mit den Stadtwerken Niebüll



DR. BIRGIT MALECHA-NISSEN



Seit drei Jahren vertrete ich den Wahlkreis Plön-Neumünster und Amt Boostedt-Rickling.

Im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur bin ich ordentliches Mitglied. Meine Schwerpunkte dort sind die

Themen Seeschifffahrt, das Maritime Bündnis für Ausbildung und Beschäftigung, norddeutsche Seehäfen und deren Hinterlandanbindungen sowie Bundeswasserstraßen.

Als Koordinatorin für den Bundesverkehrswegeplan 2030 für Schleswig-Holstein habe ich mich dafür eingesetzt, dass drei weitere Schienenprojekte des Landes in den potentiellen Bedarf aufgenommen wurden. Ebenfalls erfolgreich angestoßen wurde der Reformprozess der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung (WSV), der regionale Kompetenzen sichern und Stellenabbau verhindern soll.

Seit April 2015 bin ich Vorsitzende der SPD-Küstengang, einer Gruppe von Abgeordneten aus den norddeutschen Ländern. Die Küstengang kümmert sich um alles Maritime, auch im Hinblick auf die wichtigen Themen Digitalisierung und Automatisierung. Unser Ziel ist es hier, dem Norden eine deutliche Stimme zu verleihen.

Als Geologin setze ich mich für umweltfreundlichere Technologien wie LNG (verflüssigtes Erdgas) ein. Wir als SPD-Fraktion haben mit der Fortschreibung der Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie einen wichtigen Erfolg erzielt, auch im Hinblick auf das geplante LNG-Terminal in Brunsbüttel. Dies ist eine unabdingbare Voraussetzung dafür, dass der Verkehrssektor seinen Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele leistet. Zusätzlich setze ich mich für die Förderung von Landstrom ein, um die Feinstaubbelastung in Städten reduzieren.

Auf der Nationalen Maritimen Konferenz 2015 haben wir ebenfalls viel erreicht, damit die See- und Binnenhäfen als Drehscheiben des nationalen und internationalen Warenaustauschs auch zukünftig die wirtschaftlichen und logistischen Herausforderungen meistern können. Die Verlagerung von Güterverkehr auf Schiene und

Wasserstraße trägt dazu bei, dass die Klima- und Umweltschutzziele der Bundesregierung erreicht werden.

In den Ausschüssen für Wirtschaft, Umwelt, Verteidigung sowie wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit bin ich stellvertretendes Mitglied. Parallel engagiere ich mich in der Querschnittsarbeitsgruppe Migration und Integration. Hierbei mache ich mich insbesondere für Frauen auf der Flucht stark. Des Weiteren bin ich Stellvertretende Kreisvorsitzende der SPD Kreis Plön und Vorsitzende des SPD-Ortsvereines Probsteierhagen.

Homepage: www.malecha-nissen.de

Büro Berlin

E-Mail: birgit.malecha-nissen@bundestag.de,

Tel. 030-227-75165

Bürgerbüro Plön

E-Mail: birgit.malecha-nissen.mdb@bundestag.de,
de, Tel. 04522-7656060

Gemeinsam für den Verkehr in Schleswig-Holstein: Birgit Malecha-Nissen mit Hamburger Verkehrsminister Horsch, mit Bundesverkehrsminister Dobrindt und Landesverkehrsminister Meyer





Seit 2005 vertrete ich den Wahlkreis 4 (Rendsburg-Eckernförde) im Bundestag. Meinen Schwerpunkten Familie, Senioren, Frauen und Jugend bin ich auch in dieser Legislaturperiode treu geblieben: Seit 2014 bin ich Familienpo-

litischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Weiterhin bin ich immer noch Stellvertretendes Mitglied im Innenausschuss und im NSU-Untersuchungsausschuss.

Daneben engagiere ich mich im Vorstand der „Parlamentarischen Linken“, im Vorstand der Landesgruppe Schleswig-Holstein und im Vorstand der „Denkfabrik in der SPD-Bundestagsfraktion“. Zudem hat mich die SPD-Bundestagsfraktion wieder als Mitglied in die Gremien für Minderheiten des Bundestages und des Landtages in Schleswig-Holstein entsandt.

Ich finde, dass wir – gemessen an unserem Wahlergebnis von 2013 – durchaus ordentliche Erfolge vorzuweisen haben.

Mindestlohn, Rente mit 63, Mietpreisbremse, sowie Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen waren und sind Themen, die ohne sozialdemokratische Regierungsbeteiligung nicht angepackt worden wären.

Auch in „meinem“ Fachbereich Familie, Senioren, Frauen und Jugend haben wir mit unserer Ministerin Manuela Schwesig Vieles erreicht: das Elterngeld Plus, neue Bundesprogramme zur Stärkung der Qualität in der Kinderbetreuung, die Weiterentwicklung und –finanzierung der Mehrgenerationenhäuser, die Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags, die Einführung der Frauenquote und einiges mehr.

Unsere Familienpolitik der vergangenen drei Jahre kann sich sehen lassen.

Um alleinerziehende Familien gezielt zu unterstützen, können alleinerziehende Steuerpflichtige den sogenannten Entlastungsbetrag steuerlich geltend machen. Wir haben ihn von 1308 Euro auf 1908 Euro angehoben.

Seit dem 1.8.2013 gibt es einen Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz. Diesen hatte die SPD in der Großen Koalition 2007. Dabei hat die SPD auch dafür gesorgt, dass sich der Bund am Ausbau und auch danach an den Betriebskosten der Einrichtungen beteiligt, um die Länder und Kommunen bei der wichtigen Aufgabe des Kitaausbaus zu unterstützen.

Passgenaue Angebote für die Kindertagesbetreuung sind ein wirksames Instrument moderner Familienpolitik. Sie machen es vielen Eltern erst möglich, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen oder diese fortzusetzen. Notwendig sind flexible, am Bedarf der Familien ausgerichtete Betreuungszeiten. Deshalb wurde Anfang dieses Jahres das Programm „KitaPlus“ mit einem Volumen von 100 Mio. Euro aufgelegt. Damit wollen wir längere Öffnungszeiten in Kitas finanzieren.

Das Elterngeld Plus entlastet junge Eltern: Familien werden flexibler in ihrer Planung nach der Geburt eines Kindes, und Arbeitgeber verlieren ihre gut ausgebildeten Fachkräfte nicht mehr an die Familienphase – die Kombination von Teilzeitarbeit und Elterngeldbezug macht es möglich.

Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ unterstützt Initiativen, Vereine und engagierte Bürgerinnen und Bürgern in ganz Deutschland, die sich für ein vielfältiges, gewaltfreies und demokratisches Miteinander einsetzen. Wir haben durchgesetzt, dass die Mittel für dieses Programm von 29 Millionen Euro, die es zu Anfang dieser Legislatur waren, auf 50 Millionen Euro aufgestockt wurden und dass im Bundeshaushalt 2017 104 Millionen Euro dafür veranschlagt sind. Das ist ein wichtiges Signal an die Zivilgesellschaft.

Natürlich können wir mit der Union nicht unser komplettes SPD-Regierungsprogramm umsetzen. Umso erfreulicher ist, dass wir einige wichtige sozialdemokratische Projekte durchsetzen konnten. Doch eines unserer wichtigsten familienpolitischen Projekte – die Reform der Familienleistungen und die Einführung eines neuen, gerechteren Kindergeldes – kann leider erst unter anderen Mehrheitsverhältnisse angepackt werden.

Neben der Arbeit in meinem Wahlkreis, dem flächengrößten Kreis in Schleswig-Holstein, habe ich die Betreuung von Schleswig-Flensburg übernommen. Natürlich sind mir dabei enge Grenzen gesetzt und ich kann die Ortsvereine nicht in dem Maße besuchen, wie es wünschenswert und notwendig wäre, aber ich bin bemüht, die Kreisvorstände und die Genossinnen und Genossen nach Kräften zu informieren und zu unterstützen.

Wahlkreisbüro: Tel: 04331-86 85 765
E-Mail: soenke.rix@wk.bundestag.de
Bundestag: Tel: 030-227-77270
E-Mail: soenke.rix@bundestag.de
Homepage: www.soenke-rix.de

DR. ERNST DIETER ROSSMANN



Seit 1998 vertrete ich den Wahlkreis 7 (Kreis Pinneberg) im Bundestag. Meine Arbeit in Berlin konzentrierte sich auch in den letzten zwei Jahren auf meine Aufgaben als Sprecher der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung, als

Mitglied im Fraktionsvorstand der SPD und als Sprecher der SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein. Darüber hinaus übe ich mit großer Freude zwei Ehrenämter aus als Vorsitzender des Deutschen Volkshochschulverbandes und des SPD-Ortsvereins Elmshorn. Weiterhin mitwirken darf ich in der SPD-Grundwertekommission. In der Fraktion bin ich Mitglied in der Gruppierung der Parlamentarischen Linken, für deren Sprecher – Aufgabe ich aber nach zwei Wahlperioden nicht wieder kandidiert habe.

Mein Grundverständnis als Abgeordneter im Spannungsfeld zwischen Wahlkreis und Bundestag, zwischen Landesinteressen und Bundespolitik, zwischen fachpolitischen Aufgaben und grundsätzlicher Orientierung der SPD ist nach wie vor: Basisnah, pragmatisch, zukunftsorientiert, links und frei! Für die Arbeit in der Fraktion und im Fraktionsvorstand hat dieses einmal mehr geheißen, mich auch deutlich zu Wort zu melden, und zwar in aller Unabhängigkeit und ohne falsche Rücksichtnahmen. Für die Aufgaben

als Sprecher der Landesgruppe ist es mir darauf angekommen, unsere Gruppe gut zusammen zu halten und den engen Kontakt zur Landtagsfraktion, aber auch zu den Landesgremien wie dem Landesausschuss zu halten. Basis – Rückkopplung ist immer wichtig. Denn wir sind mehr als reine Fachpolitiker.

In meinem Fachgebiet der Bildungs- und Forschungspolitik selbst und als Obmann der Fraktion für diese Fragen haben wir in den auch letzten zwei Jahren sehr vieles einiges erreichen können, und das nicht nur mit Blick auf ganz Deutschland, sondern auch für das Land Schleswig – Holstein und seine Bildungs- und Forschungseinrichtungen:

Besonders am Herzen hat mir die Reform des Schüler- und Studenten - BAföG und des Meister -, Techniker und Fachwirte BAföG gelegen. Hier geht es immer wieder neu um deutliche Verbesserungen für mehr Chancengleichheit und auch um die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung. Da sind wir ein gutes Stück vorangekommen. Mit der BAföG-Reform profitieren die Geförderten seit August 2016 aus höheren Förderhöchstätzen (von 670 auf 735 €) und der Steigerung der Einkommensfreibeträge um 7%. Letztere bringt 110.000 mehr Geförderte. Weitere Verbesserungen sind die Schließung der Förderlücke zwischen Bachelor und Master und die Ermöglichung der elektronischen Antragsstellung. Der Bund übernimmt komplett die Kosten für das BAföG. Davon profitiert Schleswig-Holstein jährlich mit ca. 36 Millionen €. Besonders wichtig für mich: Auch beim Meister-BAföG, das wir jetzt Aufstiegs – Bafög nennen und das für unsere sozialdemokratische Kernklientel außerhalb der Hochschulen besonders wichtig ist, haben wir die Fördersätze und vor allen Dingen die Zuschussanteile (III) deutlich erhöht. Neu ist auch, dass Bachelor-Absolventen und Studienaussteiger jetzt auch Zugang zur Förderung haben, wenn sie den Meister machen wollen.

Darüber hinaus haben wir gemeinsam mit den Ländern die drei Wissenschaftspakte mit einem Gesamtvolumen von 5,5 Milliarden € für die nächsten Jahre beschließen können: Die Weiterentwicklung der Exzellenzinitiative mit 533 Mio. € jährlich für mehr Spitzenforschung an den Unis, den Pakt für den Wissenschaftsnachwuchs mit 1.000 zusätzlichen Tenure-Track-Stellen und

das Programm innovative Hochschule. Mit der Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes haben wir die Arbeitsbedingungen von Wissenschaftlern/-innen verbessert und Befristungen erschwert. Außerdem haben wir den Hochschulpakt für mehr Studienplätze bis 2023 verlängert und ebenso den Pakt für Forschung und Innovation. Mir besonders wichtig: Es gibt auch zusätzliche Mittel insbesondere für die Forschung und den Transfer an den Fachhochschulen.

Auch in meinem Ehrenamt als Bundesvorsitzender der Volkshochschulen weiß ich: Die Unterstützung und Integration von Flüchtlingen läuft über Deutschlernen, Orientierungskurse, Integration in Kindertagesstätten und Schulen, berufliche Bildung und Weiterbildung. Hierzu haben wir nicht nur die Integrationskurse deutlich ausgeweitet – und endlich bessere Honorare für die Sprachlehrkräfte geschaffen, sondern auch die kommunalen Bildungskordinatoren eingerichtet. Eine Vielzahl an Programmen wie „Lesestart“, „Sprach-Kitas“, „Bildungsketten“, „Berufsorientierung“, „Kultur macht stark“, die Kollegs an den Unis und die Beratung und Förderung nach dem Anerkennungsgesetz etc. leisten einen Beitrag zur leichteren Integration geleistet.

Zentrale Zukunftsprojekte bleiben für mich die Nationale Bildungsallianz und Investitionen in die digitale Infrastruktur der Bildungseinrichtungen sein. Als weiteren Schritt in dieser Richtung sehe ich die Grundgesetzänderung mit dem Aufbrechen des Kooperationsverbotes, um die 3,5 Milliarden € in die Sanierung und Moderni-

sierung kommunaler Bildungseinrichtungen und zusätzliche Milliarden auch in die Ertüchtigung der digitalen Ausstattung zu investieren. Ohne SPD wäre dies nie passiert. Die vollkommene Abschaffung des Kooperationsverbotes für den gesamten Bildungsbereich bleibt selbstverständlich unser Ziel, damit Bund, Länder und Kommunen frei für die Bildung zusammenwirken können.

In der Wissenschafts- und Forschungspolitik profitiert Schleswig – Holstein von der Exzellenzinitiative und zahlreichen Fachprogrammen. Im Land gibt es Verbindungen zu vier großen Helmholtz – Einrichtungen und anderen Spitzeneinrichtungen. Meeresforschung und Life Science sind profilierte Highlights in der Forschungslandschaft von Schleswig – Holstein. Die Vollen- dung des XFEL-Röntgenlasers in Schenefeld im Kreis Pinneberg ist eine weltweit herausragende Forschungsmaschine. Die Forschungsflotte wird erneuert. Die Zusammenarbeit der Institute zur Meeresforschung wächst mit zentralen Initiativen aus dem Geomar Helmholtz – Zentrum für Ozeanforschung.

Berlin

Tel.: 030/227-73447, Fax: 030/227-76318

E-mail: ernst-dieter.rossmann@bundestag.de

Wahlkreis

Tel.: 04101/200639, Fax: 04101/553665

E-mail: ernst-dieter.rossmann@wk.bundestag.de

Homepage www.ernst-dieter-rossmann.de

Diskussionsrunde bei der AWI Helgoland



DR. NINA SCHEER



Seit der Bundestagswahl 2013 vertrete ich den Wahlkreis Herzogtum Lauenburg/Stormarn-Süd (Wahlkreis 10) im Deutschen Bundestag. Hier bin ich Mitglied im Ausschuss für Wirt-

schaft und Energie und stellv. Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Bau und Reaktorsicherheit sowie des Beirats der Bundesnetzagentur. Meine Berichterstattung liegt bei den Themen Energieeffizienz/Wärme, Europäische Energiepolitik, Atompolitik sowie Umwelt und Energiethemen bei TTIP/CETA. In der SPD-Bundestagsfraktion bin ich Ansprechpartnerin für Erneuerbare Energien und Umweltwirtschaft, Mitglied der Parlamentarischen Linken, der SPD-Küstengang, der Denkfabrik und Mitglied der Tarifgemeinschaft.

Seit vielen Jahren setze ich mich für eine gelingende Energiewende ein. Diese muss zunehmend sektorübergreifend gestaltet werden – in Verknüpfung der Bereiche Strom, Mobilität und Wärme. Darin liegen große Chancen insbesondere für das Energiewendeland Schleswig-Holstein. Zukünftig wird es verstärkt auf die Ablösung der Atom- und auch Kohleenergie ankommen sowie den hiermit einhergehenden Strukturwandel. Darüber hinaus setze ich mich intensiv mit Handelspolitik auseinander. Nach meiner festen Überzeugung dürfen Handelsabkommen nicht zu pauschalen Verpflichtungen von Staaten führen, Handelshemmnisse abzubauen. Dies widerspräche demokratischen gesellschaftlichen Gestaltungsansprüchen, zumal vor dem Hintergrund unserer internationalen Nachhaltigkeits- und Klimaschutzverpflichtungen. Unser innerparteilicher Diskurs hat bereits zu einem spürbaren Beitrag an Veränderungen in den aktuellen Verhandlungsprozessen um Freihandelsabkommen geführt. Er steht auch für eine verstärkte Einbindung der Parlamente, jene es nun einzufordern gilt, um so zu einer reformierten und zugleich demokratisch verankerten Ausrichtung zu gelangen: Wir brauchen Fairhandel statt Freihandel. Als Mitglied der Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD habe ich die Auseinandersetzung mit diesen Fragen initiiert und an entsprechenden Positionierungen sowie Stellungnahmen mitgewirkt, so auch für die SPD-Bundestagsfraktion und in Form der

Veröffentlichung ‚Handel braucht Wandel - Für eine Neuausrichtung der europäischen Handelspolitik‘ (vgl. http://www.nina-scheer.de/images/PDF/2015-10-16-Nina_Scheer-Handel_braucht_Wandel.pdf).

Politik lebt von Kommunikation, daher ist mir der Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern sowie Genossinnen und Genossen vor Ort ein besonderes Anliegen. Neben vielen Gesprächen, Bürgersprechstunden in meinen beiden Wahlkreisbüros (Ahrensburg und Geesthacht), die ich mir mit den örtlichen Landtagsabgeordneten und Ortsvereinen teile, eigenen ‚Fraktion-vor-Ort‘ Veranstaltungen und Veranstaltungen meinen Reihen ‚Chancen ergreifen – Zukunft gestalten‘ sowie ‚Politisches Frühstück‘ war ich bundesweit, teilweise auch im Ausland, auf zahlreichen Veranstaltungen, u.a. bei meinen Kolleginnen und Kollegen, zu Gast. Für die SPD-Bundestagsfraktion nahm ich etwa auf dem Parlamentarierforum der IRENA, der Regierungsorganisation für Erneuerbare Energien, in Abu Dhabi teil.

Aktuell wirke ich als Mitglied der Perspektivarbeitsgruppe Umwelt, Klimaschutz, Verbraucherpolitik Landwirtschaft an der Erarbeitung des Bundestagswahlprogramms mit.

Jenseits der innerfraktionellen Funktionen ist es mir wichtig, der parlamentarischen Themenvielfalt politisch gerecht zu werden. Insofern beteilige ich mich stets an meinungsbildenden Diskussionen meiner Fraktion und konnte auch hier gestaltend mitwirken – zum Beispiel bei der Reform des Sexualstrafrechts und gegen eine erneute achtzehnjährige europäische Zulassung von Glyphosat und Maßnahmen gegen wachsende Antibiotikaresistenzen.

Wahlkreisbüro Ahrensburg Tel.: 04102-6916011

Wahlkreisbüro Geesthacht Tel.: 04152-8054740

Berliner Büro Tel.: 030-22773537

E-Mail: nina.scheer@bundestag.de

Homepage: www.nina-scheer.de

facebook.com/ninascheer.spd

KARIN THISSEN



Im Mai 2015 bin ich in den Bundestag nachgerückt und vertrete den Wahlkreis Steinburg/Dithmarschen Süd, zu dem auch Teile des Kreises Segeberg gehören. Im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft sind meine Schwerpunk-

te Lebensmittelsicherheit und Tierschutz in der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung. Das ist für mich als Tierärztin mit über 20 Jahren Berufserfahrung an Schlachthöfen zum einen ein Herzensanliegen, zum anderen die Möglichkeit, mit Fachlichkeit den parlamentarischen Prozess voranzubringen und gleichzeitig in den relevanten Berufsverbänden für die SPD zu werben. In diesem Zusammenhang habe ich mich auch mit Till Backhaus, Agrarminister in Mecklenburg-Vorpommern, für die Gründung des SPD-Netzwerks Agrar- und Ernährungswirtschaft eingesetzt. Damit wollen wir die Agrarpolitik als eigenständiges Politikfeld innerhalb unserer Partei stärken.

Ein Kernthema, mit dem ich in Berlin vom ersten Tag an betraut war, ist der Antibiotikaeinsatz. Gemeinsam mit Kollegen aus dem Gesundheitsausschuss, dem ich stellvertretend angehöre, habe ich einen Antrag zur Antibiotika-Reduktion in der Human- und Tiermedizin erarbeitet. Wir fordern den zielgenauen Einsatz von Antibiotika und ein Verbot für den Internethandel von Antibiotika auf EU-Ebene. Auch ökonomische Fehlanreize sollen ein Ende haben. Der Antrag soll noch in diesem Jahr vom Bundestag beschlossen werden.

Schleswig-Holstein und gerade die Westküste sind ländlich geprägt. Mit Brunsbüttel habe ich dennoch das landesweit größte Industriegebiet in meinem Wahlkreis. Hier befindet sich der ideale Ort für das geplante LNG-Terminal – das wissen nicht nur die hiesigen Unternehmen und Wirtschaftsverbände. Zudem wächst der Hafenstandort – schon jetzt sechstgrößter Seehafen Deutschlands – weiter. Darum setze ich mich auch für den Ausbau und die Elektrifizierung der Bahnstrecke Itzehoe-Wilster-Brunsbüttel ein. Hierfür habe ich gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen aus der Landesgruppe geworben, vor Ort mit den Betrieben und Verbänden Ge-

sprache geführt und dem CSU-Verkehrsminister immer wieder verdeutlicht, warum hier Investitionen nicht aufgeschoben werden dürfen. Für Fortschritt bei der Infrastruktur in Schleswig-Holstein und für mehr Lebensmittelsicherheit bundesweit will ich auch in der nächsten Legislatur kämpfen.

Berlin:

Telefon (030) 227 75002

Telefax (030) 227 70002

Wahlkreisbüro

Telefon (04821) 439 69 20

Telefax (04821) 439 69 22

E-Mail Karin.thissen@Bundestag.de

FRANZ THÖNNES



Der Wahlkreis 8 (Segeberg – Stormarn-Mitte) wird von mir seit 1994 im Deutschen Bundestag vertreten. Die Jahre 2015 und 2016 waren auf nahezu allen politischen Ebenen vom Umgang mit den zu uns gekommenen Schutzsuchenden geprägt. Um

ein genaues Bild von der Situation im Wahlkreis zu erhalten, habe ich Flüchtlingseinrichtungen, Bürgermeister, Initiativen und DaZ-Klassen besucht sowie Fraktion-vor-Ort-Veranstaltungen organisiert. Der überwiegende positive Grundtenor hat mir gezeigt, dass wir die Herausforderung weitgehend gut beantworten. Wertvolle Hinweise sind in meine parlamentarische Arbeit eingeflossen.

Das zweite bestimmende Thema in der Wahlkreisarbeit war der Einsatz gegen das umweltgefährdende Fracking. Auch hier gab es gut besuchte Fraktion-vor-Ort-Veranstaltungen mit meinen MdB-Kollegen Mathias Ilgen und Matthias Miersch. Außerdem traf ich mich mit Experten aus dem Wahlkreis und habe ihre Vorschläge in die Bundestagsfraktion eingebracht. Schließlich ist es gelungen das unkonventionelle Fracking, wie es in Amerika praktiziert wird, zu verbieten. Bei uns wird es also keinen Einsatz dieser gefährlichen Art der Technologie geben!

Meine beiden jährlichen Betriebspraktika habe ich

in der Tischlerei Lach in Norderstedt sowie in der Flüchtlingsunterkunft im Levo-Park bei Bad Segeberg absolviert. Ergänzt wurden diese Aktivitäten durch Fraktion-vor-Ort-Veranstaltungen, Bürgerdialoge und Diskussionsrunden zu den aktuellen außenpolitischen Herausforderungen, auch in anderen Kreisverbänden.

Seit Beginn der 18. Legislaturperiode bin ich stellv. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, Mitglied in der Parlamentarischen Versammlung der OSZE und stellv. außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Als Berichterstatter für die Ostseeregion, Russland, Ukraine, die GUS-Staaten sowie die Arktis beschäftigten mich vorrangig der Konflikt in der Ukraine und die Beziehungen zu Russland. In vielfältigen Diskussionsforen mit Vertretern beider Länder in Berlin, Moskau und Kiew oder bei anderen Veranstaltungsformaten versuche ich meinen Beitrag zur Beilegung der Krise zu leisten. Trotz aller Schwierigkeiten gilt es eine diplomatische Lösung zu finden und die Minsker-Abkommen umzusetzen. Ein von mir mit erarbeitetes Positionspapier: „Stärke zeigen allein genügt nicht - Für eine glaubwürdige und kooperative Sicherheitspolitik in und für Europa“ der SPD-Bundestagsfraktion sowie meine 10 Thesen zur Russland-Politik sind unter <http://www.thoennes.de/arbeitschwerpunkte/auswaertiger-ausschuss/> eingestellt. Dabei gilt aus meiner Sicht: Soviel Dialog und Kooperation wie möglich und so viel Sicherheit wie nötig.

Seit fünf Jahren bin ich teilnehmender Schirmherr des „Egon-Bahr-Fellowship-Programms“ der FES, zum jährlichen, einwöchigen Austausch von 20 jungen politisch Aktiven aus Russland und Deutschland. Im August 2015 wurde außerdem eine Sommerschule der FES mit jungen Sozialdemokraten aus Russland, Weißrussland, der Ukraine und Schleswig-Holstein in St. Petersburg und Weliki Nowgorod von mir begleitet. Derzeit arbeite ich mit dem DGB und dem Arbeitgeberverband Nordmetall sowie der FES an einem Sozialpartner-Projekt „Sozialer Dialog“ mit Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden in der Ukraine. Vergleichbares gilt für Moldau.

Weiterhin bin ich Vorsitzender der 54 Mitglieder umfassenden Deutsch-Nordischen Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag, leite dessen Delegation in der Ostsee-Parlamentarierkonferenz und bin Mitglied in dessen Ständigen Ausschuss. Aktiv bin ich zudem im Lenkungsausschuss des

Baltic Sea Labour Forums, einer grenzüberschreitenden Plattform von Sozialpartnern und Politik im Ostseeraum. Arbeitsmobilität, Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und faire Arbeitsbedingungen sind hier Themen. Als MdB bin ich auch ordentliches Mitglied im „Gremium für Fragen der deutschen Minderheit in Nordschleswig“ des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Weitere Mitgliedschaften innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion bestehen in der Küstengang, der AWO-Parlamentariergruppe und der Tarifgemeinschaft.

Den SPD-Landesverband unterstützte ich bei den Parteikontakten im Ostseeraum, unter anderem im Rahmen des Austausches mit schwedischen Genossinnen und Genossen aus Skåne.

Einen detaillierten Arbeitsbericht sowie weitere Informationen über meine Aktivitäten findet man auf www.thoennes.de.

Bundestag Tel.: 030/227-7 11 28,
E-Mail: franz.thoennes@bundestag.de
Bürgerbüro Tel.: 04551/96 83 83,
Homepage: www.thoennes.de
facebook.com/franzthoennes

DIE ARBEIT IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Von Ulrike Rodust, MdEP

Als Mitglied im Fischereiausschuss und Koordinatorin der S&D-Fraktion für diesen Politikbereich liegt der inhaltliche Schwerpunkt meiner Arbeit im Europäischen Parlament auf der Fischereipolitik. Seit der Europawahl 2014 ist die Arbeit hier vor allem von der Umsetzung der Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik geprägt. Nach mehreren geplatzen Trilogien ist es im Juni dieses Jahres endlich gelungen, einen Managementplan für die Ostsee-Fischerei zu beschließen. Das ist ein erster wichtiger Schritt zur nachhaltigen Bewirtschaftung unserer Fischbestände in Europa. Die Mehrjahrespläne sind an wissenschaftlichen Erkenntnissen ausgerichtet, mit ihnen sollen kritische Bestände in der Ostsee zügig wieder aufgebaut werden.

Die im Ostseemanagementplan festgelegten Maßnahmen waren auch der Leitfaden zur Bewältigung der jüngsten „Dorschkrise“. Die im Juni 2016 vom Internationalen Rat für Meeresforschung (ICES) vorgelegten Zahlen zur kritischen Bestandsentwicklung des westlichen Dorschs und die daraus resultierende Empfehlung, die Fangquote um mehr als 85 Prozent zu reduzieren, stellte die Fischereibetriebe an der Ostsee vor teils existentielle Probleme. Im Juli, August und September habe ich deshalb Entscheidungsträger aus Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, dem Bund, der EU und den Fischereiverbänden zu drei „Runden Tischen zur Zukunft der Ostseefischerei“ eingeladen und mit den Experten erörtert, mit welchen flankierenden Maßnahmen, die Härten für die Ostseefischer abgefedert werden könnten. Am 10. Oktober beschloss der Fischereirat dann eine Quotenkürzung von 56 Prozent sowie erstmals auch Beschränkungen für die Freizeitfischerei – die mittlerweile fast ebenso viel Dorsch entnimmt, wie die Berufsfischerei. Auch die weiteren beim Runden Tisch vorgeschlagenen Maßnahmen wie die Möglichkeit zur finanziellen Unterstützung für die vorübergehende oder endgültige Stilllegungen von Fischereifahrzeugen und die Einhaltung von Laichschonzeiten wurden vom Fischereirat beschlossen. Jetzt kommt es auf den Bund und die Länder an, dafür zu sorgen, dass bei den Betrieben vor Ort auch ausreichend Mittel ankommen um die Fischerei an unseren Küsten zu erhalten.

Seit September bin ich Berichterstatterin für den Nordseemanagementplan und damit federführend verantwortlich für den ersten umfassenden Plan



für dieses Meeresbecken. Dieser Mehrjahresplan ist sehr komplex: er regelt die Wechselwirkungen in gemischten Fischereien, soll den Erhaltungszustand von Beständen verbessern und den Fischern mehr Planungssicherheit ermöglichen. Darüber hinaus macht die neu zu regelnde Fischerei auf Grundfischarten in der Nordsee mehr als 70 Prozent des gesamten Fischereisektors aus – mit einem Anlandewert von mehr als 850 Millionen Euro. Der Mehrjahresplan für die Nordsee betrifft sieben große EU-Fischereinationen plus Norwegen. Dass zu den Mitgliedsstaaten, deren Fischereien betroffen sind, auch Großbritannien zählt, gibt dem Plan angesichts des Brexit-Votums noch zusätzliche Brisanz.

Weitere Themen, die uns im Fischereiausschuss beschäftigen sind der Kampf gegen die illegale Fischerei (IUU) sowie die externe Dimension der EU-Fischereipolitik. Um dieses hochspannende Thema und seine Auswirkungen zu veranschaulichen, habe ich im vergangenen Jahr den Comic „Im Zeichen des Fisches“ herausgegeben. Ihr erhaltet ihn beim Parteitag. Der Kieler Comic-Zeichner Volker Sponholz zeigt seinen Leserinnen und Lesern darin auf, wie sich Entscheidungen europäischer Politik ebenso wie die jedes einzelnen Konsumenten auswirken – und das weit über den eigenen Kontinent hinaus. Die hier thematisierte Frage nach dem Umgang mit Flüchtlingen und Fluchtursachen, die angeschobenen Handelsabkommen, der Brexit und die Krise der EU sind DIE Themen, die unsere Arbeit im Europäischen Parlament immer noch wesentlich prägen.

Dabei ist die Frage der Flüchtlinge nach wie vor ungelöst. Die direkten Auswirkungen des EU-Türkei-Deals sind nicht zu übersehen: zwar ist die Zahl der über die Türkei einreisenden Flüchtlinge massiv gesunken. Gleichzeitig kommen aber wieder verstärkt Schutzsuchende über die noch gefährlichere zentrale Mittelmeerroute. Europa ist also weit

davon entfernt, die Lage im Griff zu haben, allenfalls sind die Probleme verlagert. Länder in Afrika und dem Nahen Osten sollen sich um Flüchtlinge kümmern. Doch ohne eine nachhaltige Flüchtlingspolitik inklusive Bekämpfung von Fluchtursachen, ohne umfassende legale Einwanderungswege und ohne überzeugende eigene Anstrengungen zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen wird es in Europa nicht gehen, solange sich vor allem Menschen aus Kriegsgebieten nicht von der Flucht abhalten lassen.

Wie sehr aber breite Teile der europäischen Bevölkerung von der Furcht vor Zuwanderung erfasst sind, hat uns das britische Referendum gezeigt, das ganz Europa in Schockstarre versetzt hat. Das Europäische Parlament hat als Reaktion darauf die britische Regierung in einer Resolution im Juli 2016 aufgefordert, unverzüglich mit den Ausstiegsverhandlungen zu beginnen. Unsere Position war und ist, dass die Verhandlungen sachlich aber mit aller Härte geführt werden müssen, weil wir befürchten, dass ein Dominoeffekt eintreten könnte, mit weiteren Referenden und Austritten und unübersehbaren Konsequenzen für die europäische Einheit.

Der Ausgang der US-Wahlen und der unerwartete Sieg von Donald Trump wird nicht ohne Folgen für die EU bleiben: Das Freihandelsabkommen TTIP ist nun endgültig vom Tisch, das Thema der gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) wird in Anbetracht der vermuteten künftigen US-Außenpolitik neu diskutiert werden und der weltweite Klimaschutz wird einen gewaltigen Rückschlag erleben angesichts der Ankündigung, künftig in den USA wieder verstärkt in Kohleabbau oder andere klimafeindliche Bereiche zu investieren.

Beim geplanten Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada haben Sozialdemokraten aus ganz Europa wichtige Verbesserungen an CETA durchgesetzt, dies ist vor allem meinem Kollegen

Bernd Lange, Vorsitzender des Handelsausschusses und federführend bei den Sozialdemokraten für die Freihandelsabkommen, zu verdanken. Mit CETA wird das Ende der intransparenten privaten Schiedsstellen eingeläutet und so neue Maßstäbe für faire Handelsabkommen gesetzt. Wir haben immer gesagt, dass wir ergebnisoffen prüfen und entscheiden werden, denn nur ein gutes Handelsabkommen wird die Zustimmung des Europäischen Parlamentes erhalten. Unsere Position zu Handelsabkommen hat Bernd Lange Anfang 2015 auch vor dem Landesparteirat der SPD-SH erläutert.

Da ich diesen direkten Austausch mit den unterschiedlichen europäischen Fachpolitikern für sehr wichtig halte, habe ich im Berichtszeitraum mehrere Veranstaltungen mit Kolleg/innen aus dem Europäischen Parlament organisiert: So waren in diesem Jahr Joachim Schuster zur europäischen Wirtschaftspolitik in Lübeck, Susanne Melior zum Thema Glyphosat in Neumünster sowie in Kiel Constanze Krehl zu den Auswirkungen und Möglichkeiten der europäischen Strukturfonds für die Kommunen in Schleswig-Holstein bei mir zu Gast.

Im Berichtszeitraum habe ich auch weiterhin versucht, nach Kräften in Schleswig-Holstein präsent zu sein und in diesen schwierigen Zeiten für europäische Politik zu werben. Denn die Situation in Europa ist sehr ernst! In vielen Ländern der Europäischen Union werden die Demokratie und die Freiheit bedroht. Sei es in Österreich durch die FPÖ, in Frankreich durch den Front National oder in den Niederlanden durch die Partei von Wilders. In all diesen Ländern drohen Wahlsiege der Nationalisten und Rechtspopulisten, in Polen und Ungarn ist die Rechtsstaatlichkeit bereits massiv bedroht. Auch bei uns sind viele Menschen verunsichert, die Folge ist, dass sie sich abschotten wollen und demokratiegefährdende Parteien wählen.

Wir sollten für die Demokratie kämpfen, endlich mal auf die Straße gehen und unsere Freiheit verteidigen und nicht geschehen lassen, dass Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz in Europa wieder die Oberhand gewinnen! Ich appelliere an Euch, sprecht mit Euren Familien, Freunden und Nachbarn über Europa. Was bedeutet es für jeden einzelnen? Welche Folgen hat es, wenn sich Nationalismus und Populismus in Europa durchsetzen. In dieser Situation sind wir alle gefragt!

Europabüro Ulrike Rodust
Kleiner Kuhberg 28-30
24103 Kiel
Tel. 0431 – 90 60 622
info@ulrike-rodust.eu
www.ulrike-rodust.eu



Ulrike Rodust mit Minderheitenbeauftragten aus Schleswig-Holstein und Martin Schulz (Foto: Europäisches Parlament)

ANZEIGE SCHOTTDRUCK



**POLITIK HEISST:
ETWAS WOLLEN.**
(OLOF PALME)

SCHLESWIG-HOLSTEIN

SPD

WIR KÖNNEN DAS.
WIR WOLLEN DAS.
WIR MACHEN DAS.